

Oskar Weggel

Asien im Jahre 2050

Versuch einer virtuellen Umrißbestimmung

Teil 3: Das Themenprofil: Welche Fragestellungen bestimmen das Handeln?

Gliederung:

- 3.1 Wandel der Themenpalette
- 3.1.1 Blick zurück: Wie sich die Problemstellungen in den vergangenen 50 Jahren gewandelt haben - und mit ihnen der Zeitgeist
- 3.1.2 Blick nach vorn: Die Fragestellungen der Zukunft
- 3.2 Sicherheitsbelange: Von abnehmender Bedeutung?
- 3.2.1 Warum „Asien“ lange Zeit vom Glauben an die Nützlichkeit des Kriegs geheilt ist
- 3.2.2 Ordnungsvisionen: Wie lassen sich Sicherheitsrisiken einschränken?
 - 3.2.2.1 Abrüstung
 - 3.2.2.2 Einbindung statt Eindämmung
 - 3.2.2.3 Herstellung von Gleichgewichten
 - 3.2.3 Restkonflikte als Anlaß für zwischenstaatliche Auseinandersetzungen
 - 3.2.4 Terrorismus und Probleme der inneren Sicherheit
 - 3.3 Mitbestimmungs- und Emanzipationsfragen
 - 3.4 Die Soziale Frage auf dem Vormarsch
 - 3.4.1 Bevölkerungsexplosion: Von den schwindelerregenden Dimensionen Asiens
 - 3.4.2 Folge 1 der Bevölkerungsexplosion: Wachsende Gefällestufen
 - 3.4.2.1 Gefällekatégorie Nr.1: Zwischen den Volkswirtschaften
 - 3.4.2.2 Gefällekatégorie Nr.2: Zwischen den Regionen
 - 3.4.2.3 Gefällekatégorie Nr.3: Zwischen Metropolen und Dörfern
 - 3.4.2.4 Der Ausgleichsdruck und seine Konsequenzen
 - 3.4.3 Folge 2 der Bevölkerungsexplosion: Bodenverluste und Versorgungspässe
 - 3.4.3.1 Schrumpfende Anbauflächen
 - 3.4.3.2 Das Bauerntum - auf dem Aussterbeetat?
 - 3.4.3.3 Die Schere zwischen schrumpfender Nutzfläche und wachsender Nachfrage nach Lebensmitteln
 - 3.4.4 Die soziale Frage meldet sich zu Wort
 - 3.4.4.1 Vier Aspekte als Paradigmata
 - 3.4.4.1.1 Militär- und Sozialausgaben
 - 3.4.4.1.2 „Überschüssige Arbeitskräfte“
 - 3.4.4.1.3 Defizite im Gesundheits- und Erziehungswesen
 - 3.4.4.1.3.1 Gesundheitliche „Entbehrungen“
 - 3.4.4.1.3.2 Ausbildungsmängel
 - 3.4.4.1.4 Einkommensgefällestufen
 - 3.4.4.2 „Sozialpolitik“ im traditionellen Asien
 - 3.4.4.3 Perspektiven asiatischer „Sozialpolitik“
 - 3.5 Zeitbombe Umweltdumping
 - 3.5.1 Armut und Skrupellosigkeit
 - 3.5.2 „Kogai“
 - 3.5.3 Gegenmaßnahmen - und ihre Grenzen

3.1

Wandel der Themenpalette

Ziel des nachfolgenden Abschnitts ist es, auf den ständigen Wandel der Probleme in Asien hinzuweisen, also Fragen in der Reihenfolge ihrer - wechselnden - Dringlichkeit zu benennen. Mit den Antworten, sei es nun mit den bereits erteilten, oder sei es mit den in fernerer Zukunft möglicherweise empfehlenswerten, soll sich dagegen erst ein späterer Abschnitt beschäftigen.

3.1.1

Blick zurück: Wie sich die Problemstellungen in den vergangenen 50 Jahren gewandelt haben - und mit ihnen der Zeitgeist

Gemessen an den Jahrtausenden, mit denen Inder, Chinesen, Vietnamesen, Koreaner oder Japaner zu rechnen pflegen, wenn sie die Geschichte ihres Landes durchmessen, mögen sich die fünf Jahrzehnte bis zum Jahr 2050 zwar nur wie ein Wimpernschlag ausnehmen. Wie ereignisreich eine solche historische Sekunde trotzdem sein kann, wird sogleich deutlich, wenn man den Blick nicht 50 Jahre in die Zukunft, sondern 50 Jahre zurück in die Vergangenheit wandern läßt: auf Antrieb erscheint die Welt dann wie ausgewechselt - und hier wiederum vor allem Asien, das noch in den 50er Jahren des 20. Jh. mit wenigen Ausnahmen noch ein Objekt kolonialer Vormächte gewesen war, das mittlerweile aber zum Schauplatz mehrerer höchst eigenständig und wirkungsmächtig handelnder Nationen und Kräfte geworden ist, die alle Voraussetzungen dafür erfüllen, bis zur Mitte des 21. Jh. auch wirtschaftlich zum Dreh- und Angelpunkt zu werden.

Die Hauptzäsur für den Neuaufstieg Asiens liegt beim Jahr 1945, als Japan, das mit seinem Angriff auf China 1937 den Zweiten Weltkrieg in Fernost vom Zaun gebrochen hatte, kapitulieren und seine Eroberungen zurückgeben mußte, angefangen von China, Taiwan, Hongkong und Singapur über die Philippinen, Indonesien, die Straights-Settlements, Birma, Laos und Kambodscha bis hin zu Mikronesien und Teilen Melanesiens.

Mit dem Rückzug der japanischen Besatzungskräfte begann dann zunächst einmal eine Leidenszeit; denn überall flammten jetzt Kriege auf, die erstaunlicherweise weniger der nationalen Befreiung als vielmehr der Durchsetzung eines bestimmten Wegs innerhalb der neubefreiten Länder dienen sollten, sei es nun der westlichen oder der „sozialistischen“ Spielart. Ganz in diesem Sinne kam es in China zu einem dreijährigen Bürgerkrieg (1946-1949), bei dem sich am Ende die KPCh unter Mao Zedong durchsetzen konnte, in Vietnam zum Ersten Indochinakrieg (1946-1954), der mit dem Sieg Nordvietnams und dem Rückzug der französischen Besatzungsmacht endete sowie zum schlimmsten aller „Kriege nach dem Krieg“, nämlich dem Kräfteressen auf der koreanischen Halbinsel, wo die stalinistische Sowjetunion gegen die neue Weltmacht USA einen Stellvertreterkrieg führte, indem sie sich nordkoreanischer und chinesischer Truppen als verlängerter Werkzeuge bediente.

All diese Auseinandersetzungen endeten in einem Meer von Blut (in Korea kamen beispielsweise über 2 Mio. Menschen ums Leben, darunter mehr als 1 Mio. chinesischer „Volksfreiwilliger“) und warfen den Neuaufbau der beteiligten Länder um Jahre, ja teilweise um Jahrzehnte zurück, während zur gleichen Zeit einige andere asiatische Volkswirtschaften, unter ihnen Taiwan, Hongkong, die Philippinen - und z.T. sogar schon wieder Japan - erhebliche Kriegsgewinne einstreichen konnten.

Der Koreakrieg wurde auch zum Fanal der Teilung Asiens in zwei „Lager“ - die des „Kapitalismus“ und des „Sozialismus“, wie es hieß. Im Zuge dieser Dichotomisierung bildeten sich nicht nur in Europa, sondern auch in Asien innerhalb weniger Jahre völlig neue Fronten heraus: ehemalige Kriegsgegner, angefangen von Japan und den USA bis hin zu Japan und seinen asiatischen Nachbarn, schlossen sich auf verblüffende Weise innerhalb von oft nur Monaten zu einem Bündnis zusammen, während gleichzeitig aus einstigen Alliierten, z.B. den USA und dem kommunistischen China, Gegner auf Leben und Tod wurden.

Die Sowjetunion schloß in aller Eile mit ihren asiatischen Partnern, nämlich der VR China, der DVR Korea, der DR Vietnam, der Mongolischen Volksrepublik sowie mit den Volksfronten in Laos und Kambodscha „Freundschafts- und Verteidigungsverträge“ oder aber Hilfsverträge ab, um sie bei der revolutionären Neuordnung ihrer Gesellschaften zu unterstützen, die ihrerseits wieder der Anfang zur Revolutionierung der Welt überhaupt sein sollte. Der gesamte eurasiatische Kontinent schien damals - „von Magdeburg bis Shanghai - rot zu werden“.

Die USA, die sich in dieser kritischen Situation zum Retter der „freien Welt“ berufen sahen, begannen ebenfalls schon in den frühen 50er Jahren in aller Eile einen Abwehrgürtel aufzubauen, der von den Alliierten über Südkorea, Japan, Okinawa, Formosa, die Philippinen und Südvietnam sowie Thailand reichte und von dort jenseits des indischen Kontinents im CENTO seine Fortsetzung fand. Hierbei schlossen die USA eine Fülle von bilateralen Verteidigungsverträgen und versuchten diese bilateralen Sicherheitsvereinbarungen überdies nach dem Prinzip, daß „doppelt genäht besser hält“, auch noch durch multilaterale Pakte zu verstärken, nämlich durch eine (allerdings schon im Ansatz gescheiterte) NEATO (Northeast Asian Treaty Organization), durch die nur bruchstückweise zustande gekommene SEATO (mit acht Mitgliedern, von denen nur zwei, nämlich die Philippinen und Thailand „südostasiatisch“ waren) und durch die CENTO (Central Treaty Organization, 1955), der nur ein einziges asiatisches Mitglied, nämlich Pakistan, angehörte.

Zusätzlich zu dieser militärischen Einkreisung des „roten“ Asien verhängten die Amerikaner ein Handelsembargo über die VR China, leisteten der Jiang Jieshi (Chiang Kaishek)-Regierung Militärhilfe und bauten Taiwan zu einem vorgeschobenen „Flugzeugträger der freien Welt“ sowie zu einer chinesischen Musterprovinz aus, die im Falle der Wiedervereinigung als Blaupause für einen Neuaufbau Gesamtchinas dienen sollte.

Außerdem unterstützte Washington die prowestlichen Länder im strategischen Vorfeld des „roten Blocks“ in ihrem Bemühen, „counter insurgency“ zu betreiben, wobei es auch vor der Hilfe für undemokratische Regime keineswegs zurückschreckte - Hauptsache, sie bekannten sich zum „Antikommunismus“. Ziel der USA war es, ein weiteres Vordringen „des“ Kommunismus zu verhindern (containment), ja, seinen Einfluß, wo immer möglich, wieder zurückzudrängen (roll back), und im Vollzuge dieser Politik bei den asiatischen Partnern stets „glaubwürdig“ zu bleiben - ein Gesichtspunkt, der als Leitmotiv vor allem in den zu Beginn der 70er Jahre unter sensationellen Umständen ans Tageslicht gekommenen „Pentagon Papers“ immer wieder auftauchte.

Die Verbündeten der Sowjetunion wiederum wollten diese Abschirmungspolitik, die sie ja weitaus härter traf

als die UdSSR, nicht tatenlos zusehen, sondern nahmen umso verbissener den „antiimperialistischen“ Kampf auf und inszenierten oder unterstützten Aufstandsbewegungen im asiatischen Umfeld, wobei vor allem die im chinesischen Hinterland bewährte Strategie des „Volkskriegs“ auf die „Volksbewegungen“ in den Nachbarländern übertragen wurde. Fünf Elemente sollten dabei maßgebend sein, nämlich die Führung jeder Aufstandsbewegung durch die lokale KP, die Bildung von sog. „befreiten Stützpunktgebieten auf dem Lande“, der Aufbau von Volksarmeen, die Anwendung von Volkskriegs- (Guerilla-) Regeln und die Eigenständigkeit jedes revolutionären Einsatzes, der allenfalls subsidiär von außen her unterstützt werden sollte.

Unter der Führung lokaler kommunistischer Parteien, die mit Komintern-Hilfe bereits in den 20er, 30er und 40er Jahren das Licht der Welt erblickt hatten, entstanden seit den späten 40er Jahren zahlreiche zumeist aus landlosen Bauern und städtischen Intellektuellen rekrutierte „Volksarmeen“ wie die (malaiischen) „Volksguerillastreitkräfte von Sarawak“, die philippinische HUK, die birmanische „Weiße Flagge“ sowie die Vietcong- und die Pathet Lao-Formationen, die den Streitkräften der in den betreffenden Ländern mittlerweile etablierten Regierungen jahrelange Kämpfe lieferten und von außen her mit Waffen, Ausbildung, Partisanensendern und durch Sympathiepropaganda unterstützt wurden, wobei das China Mao Zedongs eine zentrale Rolle spielte.

Auch das erste Treffen von Führern der asiatischen und der afrikanischen Welt, das 1955 in Bandung stattfand, und das dazu beitragen sollte, einen dritten Weg zwischen den beiden „Lagern“ zu eröffnen, konnte an dieser Aufspaltung Asiens in zwei Teile (hie China, dort Indien, hie Nordvietnam, dort Kambodscha) nichts ändern.

Die 60er Jahre erwiesen sich auf weite Strecken hin als eine Fortsetzung der (klassen-) kämpferischen 50er Jahre - mit dem Unterschied allerdings, daß das Jahrzehnt mit dem Eklat des sinosowjetischen Konflikts eröffnet wurde, der die linken Bewegungen weltweit, vor allem aber in Asien, vor die heikle Wahl stellte, sich entweder hinter die KPCh oder aber die KPdSU zu stellen. Der einst so mächtig erscheinende, ganz Eurasien überspannende „Rote Block“ hatte damit einen Riß bekommen, von dessen selbstzerstörerischen Auswirkungen sich, wie man heute weiß, das linke Lager nie mehr ganz erholen konnte.

War die Welt noch bis Ende der 50er Jahre in zwei Lager zerfallen, nämlich das „kapitalistische“ und das „sozialistische“, so hatte sich nun also auch das „sozialistische Lager“ in zwei Teile gespalten - mit der Folge, daß die Welt vielfältiger wurde.

Was Asien anbelangt, so gerieten die meisten linken Bewegungen dort bereits zu Beginn der 60er Jahre in chinesisches Fahrwasser.

Moskau suchte sich dieser Tendenz entgegenzustemmen und begann 1966, also nur zwei Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Indochinakriegs, mit einer großen Asienoffensive, in deren Gefolge es ihm gelang, wenigstens die Führungen Nordvietnams und Indiens auf seine Seite zu ziehen.

Dagegen blieben die kommunistischen Parteien in den übrigen asiatischen Ländern, mit Ausnahme zweier Moskaufraktionen, von denen sich maoistische „Neo-KPs“ abgespalten hatten, eindeutig auf China-Kurs, vor allem in

Birma („Weiße Flagge“), in Thailand, Malaysia, Indonesien und auf den Philippinen: die China-Option hatte den Vorteil geopolitischer Nähe, aber auch den Nachteil einer Radikalisierung, die sich in zwei Extrembewegungen (zehnjährige Kulturrevolution in China, 1966-1976, „Steinzeitkommunismus“ der Roten Khmer, 1975-1979) entlud und dazu führte, daß die „Maoisten“ sowohl in China selbst als auch in den umliegenden Regionen an Glaubhaftigkeit verloren.

Während sich die linken Bewegungen in Asien entlang der sinosowjetischen Bruchlinie spalteten, entfaltete sich aufseiten der antikommunistisch ausgerichteten Regime eine Dreifachstrategie, die sich mit den Stichworten Antikommunismus, Marktwirtschaft und Neo-Autoritarismus kennzeichnen läßt:

- Antikommunismus: In vielen Teilen Asiens, vor allem in Südkorea, auf Taiwan und in Hongkong, aber auch in Japan und in einigen Ländern Südostasiens wurde der Antikommunismus seit den 50er Jahren zu einer Art Glaubensbekenntnis, der sich nicht nur in den bereits erwähnten bilateralen Verteidigungsverträgen mit den USA niederschlug, sondern 1967 auch zur Gründung des antikommunistischen Bündnisses der ASEAN führte.

- „Marktwirtschaft“: Zwar lag das spätere „Wirtschaftswunder“ der antikommunistischen Länder damals noch in weiter Ferne: Singapur z.B. war (zumindest in den Jahren 1963/65) noch ein wirtschaftlich unansehnliches Anhängsel Malaysias, Hongkong bestand aus einer Massierung von Shantytowns, Südkorea kurierte an den Wunden des Koreakriegs und Taiwan befand sich immer noch auf der Suche nach seiner wahren Identität.

Gleichwohl schien sich dort überall die Marktwirtschaft als einzig gangbarer Weg anzubieten. Dies zeigte sich vor allem anhand der frühen Musterländer Hongkong und den Philippinen, die als einzige unter all den späteren „Drachen“ und „Tigern“ damals am besten dastanden. Hongkong profitierte im ersten Nachkriegsjahrzehnt hauptsächlich vom „Blockadeboom“ (gegen die VR China), vom (chinesischen) „Bürgerkriegsboom“ und vom „Koreakriegsboom“. Auf Taiwan hatte die Guomindang-Führung in den frühen 50er Jahren die Landreform durchgeführt und das Land 1958 zum Weltmarkt hin geöffnet. Auch Singapur, das 1965 aus der Malaysischen Föderation ausgeschlossen worden war, hatte sich, mangels anderer Alternativen, bereits damals weitgehend zum Weltmarkt hin geöffnet. Aufbruchstimmung auch in Südkorea, wo das Militär unter der Führung des (1979 ermordeten) Park Chung Hee 1961 einen Staatsstreich durchgeführt und die koreanische Wirtschaft nach japanischem Muster aufgebaut hatte.

Obwohl (oder besser: gerade weil) sich die „Vier kleinen Drachen“ allen damals modischen „autozentristischen“ Anweisungen verweigert hatten, profitierten sie von der Dynamik des Weltmarkts und konnten sich innerhalb weniger Jahre zu Wirtschaftswunderländern emporarbeiten, deren Modell am Ende sogar von ihren einstigen Hauptwidersachern, nämlich den Kommunisten nachgeahmt wurde.

- Autoritäre Führung: Zwar spielten die meisten prowestlichen Regime Asiens den USA zuliebe eine Komödie der guten Absichten und gaben sich lediglich nach außen hin einen demokratischen Anstrich, während sie „zuhause“ einen autoritären Kurs verfolgten, wobei vielfach Militärs den Ton angaben: in Indonesien hatte beispielsweise Oberst Suharto 1965 die Macht ergriffen; an der Spitze Thailands stand General Thanom Kittikruch und in

Südkorea eine Militärdiktatur. Taiwan wurde nach Kriegsende regiert; in Kambodscha übernahm 1970 General Lon Nol die Führung und auf den Philippinen verkündete Ferdinand Marcos 1972 das „Kriegsrecht“. Auch Ministerpräsident Lee Kuan Yew baute Singapur zu einem straff organisierten - und expressis verbis als solches bezeichneten - „neo-autoritären“ Gemeinwesen aus.

Hatte sich in den 60er Jahren die Zwei-Welten-Theorie in Asien bereits dadurch ad absurdum geführt, daß das „sozialistische Lager“ seinerseits in zwei Teile zerfallen war, so kam es nun, in den 70er Jahren, zu einer weiteren Entzerrung der einstigen Zwei-Lager-Konstellation. Zwei äußere Ereignisse ließen diese Entwicklung besonders spürbar werden, nämlich der Besuch des damaligen amerikanischen Präsidenten Nixon in Beijing (1972), dem eine umfassende Anerkennung der VRCh durch die westliche Welt folgte, und die Beendigung des Vietnamkriegs im Jahre 1973.

Zwar kam es mit dem Sieg der Kommunisten in den drei Indochinastaaten Vietnam, Kambodscha und Laos 1975 nochmals zu einem dramatischen, zumindest vom nichtkommunistischen Asien so empfundenen Rückfall in altes „Lager“denken, doch deutete der Sturz der Linksradi-kalen in China, angefangen von Lin Biao (1972) bis hin zur Verhaftung der „Viererbande“ (1976), darauf hin, daß die maoistische Bewegung - und mit ihr das alte Klassenkampf- und Freund/Feind-Denken zu einem vorläufigen Ende gekommen war.

Fast gleichzeitig verfielen die marxistisch regierten Staaten Asiens (China, Vietnam, Kambodscha, Laos, Mongolei und Nordkorea) immer mehr in einen wirtschaftlichen Lähmungszustand, während Japan und die prowestlichen „Vier kleinen Drachen“ einen offensichtlich unaufhörlichen ökonomischen Aufstieg vollzogen. Ihr Erfolg zog auch andere prowestliche Staaten mit in den Sog und veranlaßte sie, ebenfalls auf Reformkurs zu gehen: im Mai 1972 kehrte beispielsweise der lange Zeit als malaiischer „Ultra“ verschriene Mahathir Mohamad in die UMNO (United Malays National Organization) zurück und erhielt grünes Licht für die Durchsetzung seiner Programmvorstellungen, die er noch wenige Jahre vorher in seinem Buch *The Malay Dilemma* niedergelegt hatte, mit denen er damals aber noch auf Empörung - und auf verschlossene Ohren gestoßen war.

Gleichzeitig begann auf den Philippinen der junge charismatische Senator Benigno Aquino gegen die Marcos-Diktatur zu agitieren und ebenfalls Reformvorschläge zu präsentieren.

Weit in den Schatten gestellt wurden all diese Ereignisse aber durch den Sieg der Reformer beim 3. Plenum des XI. ZK 1978 in China, der eine epochale Wende „von den Klassenkämpfen großen Stils hin zu den Vier Modernisierungen“ brachte - und in dessen Gefolge auch in anderen sozialistischen Staaten Reformen anzulaufen begannen, u.a. in der Sowjetunion (Gorbatschow, 1985), in Vietnam, in der Mongolei, in Laos und in Kambodscha.

Die 80er Jahre brachten eine weitere Differenzierung und Fortentwicklung all jener Ansätze, die bereits in den 70er Jahren beschlossen worden waren. Schon Mitte der 80er Jahre schienen der Kalte Krieg und die „Zwei-Lager-Theorie“ psychologisch zehntausend Jahre zurückzuliegen. Die Globalisierung, wie sie in den 90er Jahren auch den hochindustrialisierten Westen mit voller Wucht erreichte, hatte in Asien bereits damals erste Kreise zu ziehen begonnen: dies zeigte sich nicht zuletzt in einem gewalti-

gen Investitionsboom, der vor allem der VR China zugute kam, darüber hinaus aber auch in dem (ebenfalls von ausländischen Investitionen begünstigten) Aufstieg der „Drei kleinen Tiger“ Indonesien, Thailand und Malaysia, die den Spuren der Vier kleinen Drachen folgten. Das Turbowachstum mußte allerdings in sämtlichen NICs mit hohen sozialen Preisen bezahlt werden, nicht zuletzt auch in der VR China, die Ende der 80er Jahre von immer steiler werdenden Einkommensgefällen, von wachsender Korruption und von Inflation erfaßt wurde, so daß sich Krisenerscheinungen einstellten, die im Frühsommer 1989 zu Demonstrationen und zu jenem Tiananmen-Massaker führten, das den Reformprozeß zumindestens drei Jahre zurückwarf.

Mit dem Wirtschaftswachstum begann in zahlreichen Ländern Asiens auch ein neuer Mittelstand zu entstehen - und mit ihm eine neue Öffentlichkeit, die zahlreichen Diktatoren zum Verhängnis wurde: Im März 1986 wurde Ferdinand Marcos von der philippinischen „People's Power“ gestürzt und mußte einer lächelnden Dame im gelben Kostüm Platz machen - Corazón Aquino, der Witwe des vom Marcos-Regime liquidierten Benigno Aquino. Auch in anderen Ländern zeigte der Ruf nach verstärkter Mitbeteiligung Wirkung - nicht zuletzt auf Taiwan, wo der todkranke Präsident Jiang Qingguo den Oppositionsparteien grünes Licht gab. In Korea sah sich Staatspräsident Roh Tae Woo im Juli 1987 gezwungen, der Bevölkerung direkte Präsidentenwahlen zuzugestehen und auch in Hongkong beschloß das britische Government, der Bevölkerung mehr demokratische Rechte einzuräumen, nachdem Großbritannien 1984 den Übergang Hongkongs an die VR China zugesagt hatte. Nur in China selbst konnten die Partizipationsforderungen noch einmal abgeblockt werden, wenn auch auf blutige Weise, nämlich am 4. Juni 1989.

Hand in Hand mit dem Wirtschaftswachstum in vielen Ländern kamen auch, wie erwähnt, soziale Probleme und nicht zuletzt ungewöhnliche wirtschaftliche Rückschläge auf die „Tiger“ und „Drachen“ zu. Sogar das mit Abstand erfolgreichste Wirtschaftsland Japan, dem man noch kurze Zeit vorher prognostiziert hatte, es könne das ganze 21. Jh. prägen, stand Anfang der 90er Jahre plötzlich vor den gleichen Krisensymptomen wie sie westlichen Industrieländern seit Jahren vertraut waren.

Fazit: Während in den 50er und 60er Jahren der Sicherheitsaspekt für viele der gerade aus kolonialer Bevormundung entstandenen Staaten noch an erster Stelle gestanden hatte, begann er in den 70er, vor allem aber in den 80er und 90er Jahren immer mehr anderen Themen Platz zu machen, nämlich dem Wirtschaftsaufbau, der sozialen Frage und - neu in Asien! - der Umweltkrise.

3.1.2

Blick nach vorn: Die Fragestellungen der Zukunft
Sechs Themenschwerpunkte lassen sich - mit wechselndem Schwergewicht - im asiatischen Bereich ausmachen, nämlich (1) „Sicherheit“ (Stichworte: „äußere und innere Sicherheit, Abrüstungsfragen, Territorialkonflikte“), (2) „Identität“ (kulturelle Identität, Frauenfragen), (3) „Mitbestimmung“ (Demokratie im allgemeinen und Emanzipation im besonderen), (4) „Wirtschaft“ (Aufbaustrategie, Rohstoffe, Energie, Industrialisierung/Landwirtschaft), (5) „Soziale Sicherheit“ (Bevölkerungsexplosion mit der Folge wachsender Gefälle, zunehmender Versorgungsengpässe und abnehmender sozialer Sicherheit) und (6) Umweltfragen. Das angesichts zunehmender Mobilität immer brisanter werdende Problem der Flüchtlings- und

Migrantenströme soll hier unter sozialpolitischen Aspekten behandelt werden.

Während in den ersten fünf Jahrzehnten des nachkolonialen Zeitalters vor allem Sicherheitsbelange im Vordergrund gestanden haben (dazu 3.2), rücken in dem hier zu untersuchenden Zeitraum der nachfolgenden 50 Jahre immer mehr wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte in den Vordergrund. Von abnehmender Bedeutung dürfte dagegen, ebenso wie die Sicherheitsfrage, auch die Identitätsfrage sein, die in den Jahren unmittelbar nach der Entkolonialisierung noch fast allen asiatischen Völkern besonders auf den Nägeln gebrannt hatte, die im Zeichen wirtschaftlicher Erfolge - und eines damit einhergehenden neuen Selbstbewußtseins - an Brisanz jedoch verloren, ja zu einer „Renormalisierung“ im Sinne wachsender Rückbesinnung auf „asiatische Werte“ geführt hat (Einzelheiten dazu sind in Abschnitt 6 dieser Serie auszuführen). Gleichmäßig fortwirkend demgegenüber jedoch dürfte die Mitbestimmungsfrage bleiben - und hier wiederum die Forderung nach Emanzipation der Frauen, die vor allem in den islamischen und metakonfuzianischen Gesellschaften auf der Tagesordnung steht.

3.2

Sicherheitsbelange: Von abnehmender Bedeutung?

Die vorliegende Untersuchung ist methodisch von dem Prinzip bestimmt, alle Eventualitäten mit geringerer Eintrittswahrscheinlichkeit Fall für Fall auszusondern.

Wie bereits unter 3.1 ausgeführt, spricht die historische Verlaufskurve dafür, daß Sicherheitsfragen gegenüber Wirtschafts-, Sozial- und Umweltproblemen an Bedeutung verlieren. Allerdings sind hiermit nur Sicherheitsprobleme gemeint, wie sie von anderen Staaten ausgehen können. Soweit dagegen kriminelle oder terroristische Gefährdungen der Sicherheit anstehen, kann von einem Rückgang oder gar von einem Verschwinden zumindest aus heutiger Sicht ganz gewiß nicht die Rede sein.

3.2.1

Warum „Asien“ lange Zeit vom Glauben an die Nützlichkeit des Kriegs geheilt ist

Noch in den Schriften Mao Zedongs war der Krieg als „höchste Kampfform bei der Lösung von Widersprüchen“ gepriesen worden; er setze die Politik ja lediglich mit anderen Mitteln fort: Politik sei Krieg ohne Blutvergießen, so wie Krieg Politik mit Blutvergießen sei“, hieß es in seiner Schrift „Über den langwierigen Krieg“ vom Mai 1938.¹ Die „politische Macht kommt aus den Gewehrläufen“. ² „Wenn man will, daß es keine Gewehre mehr geben soll, muß man das Gewehr in die Hand nehmen“. ³

Zitate dieser Art ließen sich beliebig fortsetzen und zeigen, daß bei den Maoisten das Vertrauen auf die Wirksamkeit des Kriegs dasselbe war wie das Vertrauen in die Revolution schlechthin, deren höchste Ausdrucksform der Krieg ja sei!

Blickt man auf das Asien der Nachkriegszeit, so zeigt es sich allerdings, daß der Krieg dort keineswegs Vater aller Dinge war - es sei denn, allen Unglücks.

Bei genauerem Hinsehen erweist es sich, daß die erzielten Ergebnisse - von einer einzigen Ausnahme (Paracel-

¹ *Ausgewählte Werke*, Bd. II, S. 178 f.

² Ebd., S. 261.

³ Ebd., S. 262.

Inseln!) abgesehen - auch am Verhandlungstisch hätten erreicht werden können.

An Kriegen, die nicht nur der Kategorie der Guerilla- oder der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zuzurechnen sind, haben China seit 1945 sechs, Indien und Vietnam je vier, Indonesien zwei und Korea einen geführt. China hat sich am Koreakrieg beteiligt (1950-53), hat 1950 einen Feldzug gegen das damals noch unabhängige Tibet unternommen, der durch die tibetische Kapitulation in Form der „17-Punkte-Vereinbarung vom 23. Mai 1951“ praktisch beendet wurde, 1962 einen Grenzkrieg gegen Indien geführt, hat den sinosowjetischen Grenzzwischenfall im Ussuri-Bereich (1969) mit angeheizt, hat 1974 der damaligen Südvietnamesischen Republik die letzten Teile des Paracel-Archipels entrissen und im Frühjahr 1979 einen „Erziehungsfeldzug“ gegen Vietnam geführt.

Sechs Merkmale waren all diesen Unternehmungen gemeinsam, nämlich „geduldiges“ Zuwarten, Gegenschlag aus heiterem Himmel, konventionelle Bodenkriegsführung, „legalistisches“ Begründungsverhalten, Demütigungsabsicht und freiwilliger Rückzug.⁴

Indien hat seit seiner Unabhängigkeit insgesamt vier Kriege geführt, und zwar drei gegen Pakistan (1947/49 um Kaschmir, 1965 um Kaschmir und 1971 um Ostpakistan/Bangladesh) sowie einen gegen die Chinesen, nämlich bei den Grenzgefechten von 1962. Die drei Auseinandersetzungen mit Pakistan wurden gewonnen, die mit den die Chinesen im Hochgebirge dagegen verloren. Die beiden Kaschmirkriege führten zur Teilung von Jammu und Kaschmir zwischen den verfeindeten Nachbarstaaten, der Ostpakistankrieg zur Gründung eines neuen Staats, Bangladesh, der höchstwahrscheinlich auch dann entstanden wäre, wenn Indien den Bengalen nicht zur Hilfe gekommen wäre.

Was den Grenzstreit mit China anbelangt, so liegt seit vielen Jahren ein chinesisches Angebot auf dem Tisch, das auf eine Paketlösung hinausläuft und der Indischen Union vorschlägt, die umstrittenen Gebiete an der gemeinsamen Westgrenze der VR China im Tausch gegen die (weitaus umfangreicheren) Ostgebiete zu überlassen. Wenn es hierüber bisher nicht zur Einigung gekommen ist, so lag dies vor allem an Indien, d.h. am Widerstand des indischen Parlaments. Indische Regierungen wären wahrscheinlich seit langem bereit gewesen, auf den chinesischen Paketvorschlag einzugehen, so beispielsweise der frühere Ministerpräsident Rajiv Gandhi bei seinem Chinabesuch im Dezember 1988.⁵

Immerhin kam es im September 1993 zwischen Indien und China zu einem „Abkommen über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden entlang der Waffenstillstandslinie an der chinesisch-indischen Grenze“.⁶ Allerdings unterhält Indien in den Kampfgebieten nach wie vor rund 60.000 Mann - auf chinesischer Seite dürften es sogar noch mehr sein.

Außer in den vier erwähnten Kriegen wurden indische Truppen auch im Zusammenhang mit weiteren, allerdings weitaus unbedeutenderen, Konfliktfällen eingesetzt, so beispielsweise 1948 bei einer Polizeiaktion gegen den Nizam von Hyderabad, 1961 bei der Vertreibung der portugiesischen Kolonialherren aus Goa und 1987/89 bei der Expe-

dition nach Sri Lanka, die für Indien mit einer Blamage - und dem Rückzug seiner Truppen - endete.

- Vietnam hat seit seiner formellen Unabhängigkeit von 1945 vier Kriege geführt, von denen ihm allerdings drei aufgezungen wurden, nämlich 1946/54 durch die ehemaligen französischen Kolonialherren (Erster Indochinakrieg), 1964/73 durch die USA (Zweiter Indochinakrieg) und im Frühjahr 1979 durch die VR China, die Vietnam dafür „bestrafen“ wollte, daß es die beiden Nachbarstaaten Kambodscha und Laos gegen den erklärten Willen Chinas in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht und daß es überdies rund 200.000 Hoa/Auslandschinesen aus Vietnam vertrieben hatte.

Sein viertes Kriegsabenteuer hat Vietnam allerdings auf eigene Initiative vom Zaune gebrochen, indem es sich zwischen Dezember 1978 und September 1989 auf das Abenteuer einer zehnjährigen Besetzung Kambodschas einließ, das nicht nur mit einem für das sieggewohnte Vietnam beschämenden Rückzug endete, sondern auch beträchtliche Opfer forderte: Bei der Beendigung des Rückzugs gab Hanoi am 5.9.89 ein Kommuniqué heraus, demzufolge seit 1977 in Kambodscha 25.000 vietnamesische Soldaten und 30.000 vietnamesische Zivilisten ums Leben gekommen seien. Zeitweilig habe Vietnam bis zu 200.000 Mann an Kampftruppen im Nachbarland unterhalten;⁷ es habe mit der Truppenentsendung in Kambodscha zwei Ziele verfolgt, nämlich das kambodschanische Volk vor dem Völkermord zu retten und gleichzeitig die SRV im Vorfeld zu verteidigen; beides sei, wie es etwas kleinlaut hieß, erreicht worden.

Und Indonesien? Als einziges Land Südostasiens (neben Vietnam) hat Indonesien seine Unabhängigkeit mit Waffen erkämpfen müssen und zu diesem Zweck noch Anfang der 60er Jahre gegen holländische Truppen im Gebiet des heutigen Westirien gekämpft. Außerdem wollte Präsident Sukarno die Gründung des Staats Malaysia, dem damals auch Singapur noch angehörte, verhindern (September 1963) und entsandte zu diesem Zweck Truppen. Die militärischen Auseinandersetzungen dauerten drei Jahre (bis August 1966) und gingen erst mit der Entmachtung Sukarnos (im März 1966) zuende. Malaysia überstand die „Konfrontations“-Politik; wenn Singapur schon zwei Jahre später wieder aus der Föderation ausgeschlossen wurde, so hatte dies nichts mit Sukarnos Manövern, sondern mit Konflikten zwischen Singapur und Kuala Lumpur zu tun.

- Was schließlich Korea anbelangt, so hatte es den blutigsten aller „Kriege der Nachkriegszeit“ zu durchstehen: allein über Seoul und über weite Teile Südkoreas rollte die Kriegswalze nicht weniger als dreimal hinweg und hinterließ einen Trümmerhaufen, von dessen Folgen Südkorea sich erst Ende der 60er Jahre, Nordkorea aber bis auf den heutigen Tag nicht erholen konnte.

Von diesen militärischen Großereignissen einmal abgesehen, die sich auf verhältnismäßig wenig Länder konzentrierten, gab es im Laufe der Nachkriegszeit zahllose Guerillaaktionen, von denen nahezu jedes asiatische Land heimgesucht wurde, sieht man einmal von glücklicheren - und zumeist auf Inseln liegenden Ländern wie Japan, Taiwan oder Hongkong ab.

Genannt seien hier der Guerillakrieg auf der Malaiischen Halbinsel (1948), die Auseinandersetzungen mit Minoritätenvölkern in Birma, in Laos, in Zentralvietnam und

⁴Kielmansegg, Weggel *Unbesiegbar? China als Militärmacht*, Stuttgart, Herford, 1985, S.44-64.

⁵C.a., 1989/1, Ü 7.

⁶Dazu C.a., 1993/9, Ü 1, 1994/2, Ü 4.

⁷Näheres dazu m.N. SOAa, 1989/11, S.518f.

in Kambodscha, der militärisch ausgetragene muslimisch-„katholische“ Gegensatz auf den südlichen Philippinen, der erst 1996 durch einen Waffenstillstand beendet wurde, des weiteren die Dauerscharmützel zwischen Regierungstruppen und Dacoits in Pakistan, die Spannungen im Punjab, die Aktionen der Tamilen-Tiger auf Sri Lanka, die blutigen Kämpfe zwischen indonesischem Militär und der Bevölkerung Timors, die Dauerauseinandersetzungen von Regierungstruppen mit der südthailändischen Guerilla, die lange Zeit kommunistische, heute aber z.T. separatistische Ziele (Gründung eines Staats Patani!) verfolgt sowie nicht zuletzt die neue Front zwischen Fundamentalisten und moskaufreundlichen Regierungen in den zentralasiatischen Staaten, vor allem in Tadschikistan und Usbekistan.

Von lokalen Auseinandersetzungen dieser Art abgesehen, ist Asien jedoch längst kriegsmüde, zumal die glänzenden Ergebnisse einiger asiatischer Volkswirtschaften mittlerweile die zweifache Einsicht haben aufkommen lassen, daß es besser sei, Konflikte mit dem Yen, dem Yuan oder dem Baht auszukämpfen als mit dem Gewehr, und daß, zweitens, mit dem neuen Mittelstand eine soziale Schicht auf die Bühne getreten ist, die kraft ihrer finanziellen Potenz in der Lage ist, Mitbestimmungsforderungen durchzusetzen und dem alten „Mittelstandersatz“, nämlich dem Militär, Paroli zu bieten. Dadurch wurde das Offizierskorps domestiziert und Gefechtsbereitschaft durch Dialogbereitschaft ersetzt.

3.2.2

Ordnungsvisionen: Wie lassen sich Sicherheitsrisiken einschränken?

Für Asien gelten hier im Prinzip die gleichen drei Grundoptionen wie für die übrige Welt, nämlich Abrüstung, Einbindung sowie Herstellung von Gleichgewichten.

3.2.2.1

Abrüstung

Drei große Regelwerke sind von den meisten asiatischen Staaten bis Mitte der 90er Jahre bereits unterzeichnet worden, nämlich die Konventionen (1) über Nichtweiterverbreitung von ABC-Waffen, (2) über Selbstbeschränkungen bei der Weitergabe von Raketen⁸ und (3) über das Verbot von Nukleartests; lediglich Indien und Pakistan wollen sich, wie sie 1996 erklärten, dem zuletzt genannten Verbot nicht unterwerfen.

Daneben gibt es regionale Abkommen über nuklearwaffenfreie Zonen, z.B. im Himalayagebiet sowie im gesamten ASEAN-Bereich.

Zu Abkommen über konventionelle Abrüstung sowie über die Konversion konventioneller Waffen ist es in Asien dagegen bisher kaum gekommen - und es bestehen auch wenig Aussichten, daß dies auf mittlere Sicht geschieht, da hier zwei mächtige Gegenkräfte am Werk sind, nämlich erstens das offensichtlich unüberwindliche Interesse des internationalen Waffenhandels, weiterhin im Geschäft zu bleiben und, zweitens, die panische Furcht vieler asiatischer Länder vor ihren Nachbarn (z.B. Pakistans vor Indien, Singapurs vor Malaysia und Indonesien sowie fast aller asiatischen Staaten vor China).

Eine führende Rolle bei der Aufrüstung asiatischer Länder spielt seit den frühen 90er Jahren Rußland, dessen frühere Wirtschaftsstrukturen nach dem Ende der Sowjetunion (1991) z.T. weggebrochen sind, so daß als einer der

wenigen heilen - und devisenbringenden - Bestandteile nur noch die Waffenindustrie übriggeblieben ist.

Rußland unterhält vor allem mit dem einstigen Hauptfeind China seit 1992 - wieder einmal wie schon in den frühen 50er Jahren! - ein enges Verhältnis der Waffenbrüderschaft.⁹ Es beteiligt sich ferner engagiert an der jährlich in Singapur abgehaltenen Rüstungsmesse „Asia Airspace“ und hat sich hierbei nicht nur mit China, sondern auch mit anderen asiatischen Staaten in Verbindung gesetzt.

Mitte der 90er Jahre bestreiten die asiatischen Rüstungsimporte rund 35% aller Waffeneinfuhren der Welt, wobei eine weitere Steigerung um jährlich 6% in Aussicht steht.

Zwischen 1993 und 1995 wurden aus Asien 60 MiG-Jagdflugzeuge bestellt, darunter 18 von Malaysia, 10 von Indien, 6 von Vietnam und 24 von China. Auch Myanmar zeigte sich interessiert.

Insgesamt wird im Asien der späten 90er Jahre mit einem Bedarf von rund 1500 Jagdflugzeugen und Kampfbombern gerechnet. An den bis Ende 1995 abgesetzten Flugzeugtypen hat die russische SU-27 mittlerweile Rang 3 hinter den amerikanischen F-16 und F/A-18 einnehmen können.

Bis Ende 1995 hatte Rußland mit Rüstungsexporten in Höhe von 3,9 Mrd. DM einen Umsatz am weltweiten Waffenhandel in Höhe von 13,6% erreicht.

Vor allem im Asiengeschäft liefern sich USA und Rußland mittlerweile - und wohl noch auf längere Sicht - ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Abrüstungsinteressen einerseits und Rüstungsgewinne andererseits stehen hier in einem paradoxen - und obszönen! - Widerspruch. Solange der indisch-pakistanische Konflikt weitergeht, solange China aus Rußland modernste Waffen bezieht, solange Abgrenzungsfragen, wie z.B. der Spratly-Konflikt offenbleiben und solange mikronationalistische Bewegungen auf ihr Recht pochen, dürfte sich an diesem Rüstungsdilemma wohl kaum etwas ändern.

3.2.2.2

Einbindung statt Eindämmung

In den Jahren des Kalten Kriegs war ein Großteil der westlichen Strategie, wie erwähnt, darauf gerichtet gewesen, die Ausbreitungsdynamik „des“ Ostblocks mit Mitteln des Containment und des Roll back zu beantworten.

Beide Zielsetzungen haben sich seit dem Untergang der UdSSR überlebt, spuken in der asiatischen, vor allem in der chinesischen Vorstellungswelt, aber immer noch weiter. Beijing glaubt offensichtlich hinter jedem westlichen Bremsmanöver ein „containment“ wittern zu müssen. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre gehört dieser Begriff in der Tat mit zu den Lieblingsvokabeln der chinesischen Massenkommunikationsmittel, der immer dann inflationären Gebrauch erfährt, sobald das Verhältnis zwischen China und den USA wieder einmal ins Visier rückt. „Containment“-Überlegungen werden den Amerikanern bei allen möglichen Anlässen unterstellt, sei es nun, daß sie sich schützend vor Taiwan stellen, sei es, daß sie wieder einmal die Menschenrechtsfrage ansprechen oder sei es, daß sie Forderungen nach einem gediegeneren Schutz von geistigem Eigentum erheben.

⁸Beijing hat das MTCR, Missile Technology Control Regime beispielsweise am 3.10.94 unterzeichnet, C.a. 1995/7, S.604.

⁹Zum Besuch des russischen Verteidigungsministers Pavel Gratschow Mitte Mai 1995, C.a. 1995/5, Ü 2.

Selbst wenn Beijing den Amerikanern hier zu Unrecht übelmeinende Absichten unterstellt, sollten Ängste dieser Art doch nicht auf die leichte Schulter genommen werden; wo nämlich Containment-Befürchtungen sich verfestigen, ja zum Faible werden, taucht auch die Gefahr nationalistischer Trotzreaktionen auf. Hier bestätigt sich erneut die alte Erfahrung, daß es aus dem Wald heraushalt, wie man in ihn hineinschreit.

Umgekehrt kann man davon ausgehen, daß asiatische „Schwergewichte“ wie China, Japan oder Indonesien ein umso „weltbürgerlicheres“ Verhalten annehmen, je stärker man sie in Spielregeln einbindet, die für alle verpflichtend sind und die deshalb nicht zuletzt auch den Interessen dieser Staaten entgegenkommen. China beispielsweise, das 2000 Jahre lang eine Ordnungsrolle in Asien gespielt hat, ist kraft dieser Ordnungstradition prinzipiell bereit, in Fragen von globaler Bedeutung, wie der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, dem Kampf gegen Drogenhandel oder gegen den internationalen Terrorismus sowie in Fragen der Familienplanung und der Großökologie mit der internationalen Gemeinschaft mitzuziehen. Auch die Zugehörigkeit zur WTO liegt im ureigensten Interesse der VR China, wengleich es gegen ihren Beitritt einstweilen noch einige taktische Hinderungsgründe geben mag.

Will „der“ Westen also vermeiden, daß sich bei asiatischen Ländern Trotzverhalten, ja Trotzidentität, oder gar der Wille durchsetzt, daß die „Welt am chinesischen Wesen genesen“ soll, so empfiehlt es sich, nicht den Weg der Eindämmung, sondern den der Einbindung zu gehen.

Ansätze in dieser Richtung haben sich in vielfacher Hinsicht bereits herausgebildet; künftig geht es darum, sie noch weiter auszubauen, und zwar vor allem in zweifacher Richtung, nämlich bei der Herausbildung von „Institutionen mit Fingerspitzengefühl“ und bei der Erarbeitung von Spielregeln, die ähnlich stabilisierend wirken, wie es einst bei den Ritualisierungsregeln in der konfuzianischen Gesellschaftsordnung der Fall gewesen war:

- Der bisher originellste Versuch, die militärischen Mächte Asiens in ständige Gespräche einzubinden, ist das 1994 auf Initiative Singapurs gegründete ARF (ASEAN Regional Forum), dessen „asiatische“ Eigenart darin besteht, schwierige Fragen möglichst informell und ohne Gesichtsverlust anzugehen. Das ARF gehört mittlerweile zu einer „Dreierveranstaltung“, die sich - mit einem zeitlichen Gesamtumfang von etwa einer Woche - aus der mittlerweile schon traditionsreichen ASEAN-Außenministerkonferenz, aus der „Partnerkonferenz“ (zwischen ASEAN-Außenministern und ihren Amtskollegen aus wichtigen Drittstaaten) und - eben - aus dem Forum zusammensetzt. Das ARF soll von einer bestimmten Tagesordnung möglichst freigehalten werden und zielt auch nicht auf sofortige Lösung von Sachfragen ab. Hauptsächlich ist nicht, daß etwas Konkretes bei den Besprechungen herauskommt, sondern daß man zusammenkommt, sich gegenseitig besser verstehen lernt und daß auf diese Weise eine Vertrauensatmosphäre entsteht, die als solche bereits einer Anwendung von Gewalt vortaut.

Ähnliche Vorstellung liegen übrigens auch den ASEM („Asia-Europe Meetings“) zugrunde, deren erste in Form einer Gipfelkonferenz im März 1996 in Bangkok stattfand, und bei denen es weniger um Sachfragen als vielmehr um „Atmosphäre“ geht. Nur durch häufige Begegnung von „wichtigen Politikern“ kann nach asiatischer Auffassung jene Vertraulichkeit hergestellt werden, die sich im Chinesi-

schen *qifen*, im Japanischen *kimochi* und im Koreanischen *kibun* nennt, und soviel wie „gute Stimmung“ heißt, wobei allen drei Ausdrücken der gleiche chinesische Begriff - und die gleiche Vorstellung - zugrundeliegt. Die dem ARF (so wie dem ASEM) zugrundeliegende Idee könnte vielleicht auch mit dem schönen deutschen Wort „Kamingespräche“ wiedergegeben werden.¹⁰

- Mitte der 90er Jahre kommt es auch immer häufiger zur Spielregelbeschwörung, die in Begriffe wie „Pacific Concord“ oder „Pacific Charta“ eingegangen ist, wobei jedes dieser Konzepte davon ausgeht, daß es gilt, Errungenschaften - vor allem wirtschaftlicher Art - , wie sie eine Reihe von asiatischen Staaten in den vergangenen Jahren hat verzeichnen können, so weit wie möglich abzusichern.

Auszugehen ist dabei von der wohl noch auf Jahrzehnte hin bestehenden Erwartung, daß die nach dem Ende des Bilateralismus sich herausbildende Sicherheitsarchitektur alles andere als einheitlich ist, und, anders als etwa die NATO, nicht eine Halle, sondern einen Wabenbau bildet, also zahlreiche bilaterale und multilaterale Absprachen und Bündnisse umfaßt, daß diese neue - und so vielfältige - Ordnung aber auch gewissen einheitlichen Spielregeln verpflichtet sein muß, wenn sie nicht erneut militärisch durchkreuzt werden soll.

Nun gibt es in der Region Asien zwar schon eine Fülle von internationalen, subregionalen und bilateralen Pakten und Sicherheitsvereinbarungen, angefangen von der UNO-Charta von 1945, der „Erklärung über den Weltfrieden und die Zusammenarbeit von Bandung“ (1955) und eine ASEAN Declaration on the South China Sea von 1992.

Da die Welt - und nicht zuletzt Asien - nach dem Ende des Bilateralismus aber ein so grundlegend neues Profil angenommen hat, erscheint die Einigung auf neue gemeinsame Grundsätze durchaus nicht überflüssig - und sei es auch nur, um eine gemeinsame Identität des asiatisch-pazifischen Raums zu beschwören.

Ganz in diesem Sinne ist zu erwarten, daß das mittlerweile aus 21 Mitgliedern bestehende ARF sich früher oder später auf einen „Pacific Concord“ einigt oder daß vielleicht im APEC/EAEC-Rahmen eine „Pacific Charta“ ergeht, wie sie probeweise in Kuala Lumpur am 22.11.96 veröffentlicht worden ist.¹¹ In einem solchen gemeinsamen Dokument müßten nicht nur prinzipielle Sicherheits- und Gleichgewichtsvorstellungen niedergelegt werden, sondern auch grundsätzliche sozioökonomische Gemeinsamkeiten (vielleicht sogar die Forderung nach einer „Wirtschaft mit menschlichem Antlitz“) sowie nicht zuletzt auch eine Stellungnahme über das Verhältnis von Individual- und Sozialrechten. Auf alle Fälle müßte auch klargestellt werden, daß Hegemonialvorstellungen mit den neuen asiatisch-pazifischen Spielregeln unvereinbar sind.

Vor allem für metakonfuzianische Länder, deren Ordnungsweg ja immer schon von Ritualismen und Spielregeln gesäumt war, wäre ein solches Regelwerk von einer Bedeutung, wie sie im Westen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

3.2.2.3

Herstellung von Gleichgewichten

Die Sicherheitsarchitektur der Zukunft dürfte, wie bereits erwähnt, wesentlich vielfältiger und filigraner sein, als sie

¹⁰Näheres dazu C.a., 1996/2, S.159-161.

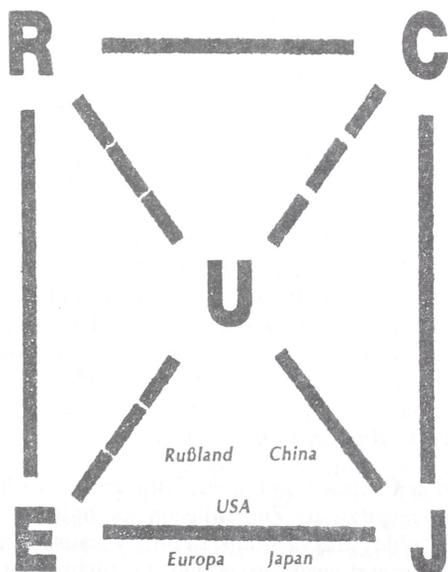
¹¹AWSJ, 7. u. 8.3.97.

es im Zeichen der grobgestrickten Politik des Kalten Kriegs und des Bilateralismus je hatte sein können. Im übrigen sei daran erinnert, daß es selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs weder diesseits noch jenseits des „Eisernen Vorhangs“ je zu wasserdichten Verteidigungsorganisationen gekommen ist: auf westlicher Seite blieben die SEATO oder die CENTO beispielsweise genauso lückenbehaftet wie das auf der Gegenfront von Moskau vorgeschlagene „Asiatische Sicherheitssystem“. Um wieviel weniger ist eine solche Geschlossenheit und Einheitlichkeit erst nach dem Ende der bilateralen Weltordnung zu erwarten!

In der Tat haben sich seit dem Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 in Asien die vielfältigsten Varianten von Gleichgewichtsmodellen herausgebildet, die vorerst zwar noch eher als Spielmaterial Verwendung finden, die eines Tages aber durchaus konkrete Gestalt annehmen könnten, seien es nun tripolare oder pentapolare Modelle, die entweder langfristig angelegt sind oder eher ad hoc gebildet werden, um bestimmte Fragen, wie z.B. das „Korea-Problem“, den „Taiwan-Komplex“, die „Frage des Südchinesischen Meers“ oder aber die harte Nuß der Abrüstung zu knacken.

Gleichgewichtskalküle entsprechen durchaus auch dem metakonfuzianischen Denken. Sie haben sich z.B. im außenpolitischen Verhalten der Volksrepublik China, vor allem aber in mehreren ihrer Doktrinen niedergeschlagen, sei es nun in der noch zu Beginn der 50er Jahre von China mitgetragenen stalinistischen „Zwei-Lager-Theorie“, sei es in der 1964 verkündeten „Zwischenzonen-“ oder aber in der 1974 proklamierten „Drei-Welten-Theorie“.¹²

Mit dem Beginn der Reformära, vor allem aber seit dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung hat sich in Beijing ein Denken in Dreieckskategorien angebahnt, das um mehrere nebeneinander bestehende Trigone („vier Dreiecke und eine Supermacht“) kreist.



Dreieck Nr.1 wird von den USA, Japan und China gebildet, das für die Stabilisierung Ostasiens langfristig von besonderer Wichtigkeit ist und dessen Solidität letztlich von den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der VRCh abhängt.¹³ Das Dreieck steht im Zeichen vielfältiger Span-

nungen, sei es nun von Handelskonflikten zwischen USA und Japan, sei es von menschenrechts- und taiwanbezogenen Problemen zwischen den USA und China oder sei es von Reibungen zwischen China und Japan, die sich aus wechselseitigen (!) Bedrohungsvorstellungen ergeben: hier „Wiederbelebung des Militarismus in Japan“, dort „Vormachtsambitionen Chinas“.

Dreieck Nr.2 setzt sich aus den USA, China und Rußland zusammen. Neben den erwähnten chinesisch-amerikanischen Spannungen und dem vor allem durch die NATO-Osterweiterung belasteten russisch-amerikanischen Verhältnis hat es hier in den Jahren 1996/97 zwischen China und Rußland eine Annäherung im Sinne „strategischer Partnerschaft“ gegeben, bei der es vor allem darum geht, den USA eine Vormachtrolle zu verweigern - und Washington dadurch zu Gleichgewichts-Zugeständnissen zu zwingen.

Dreieck Nr.3 besteht aus den Ecken USA, Europa, Japan und ist von gemeinsamen Sicherheitskalkülen, aber auch von wechselseitigen Handelskonflikten bestimmt.

Dreieck Nr.4 setzt sich aus den USA, Rußland und der EU zusammen, liegt also außerhalb des asiatischen Schauplatzes.

An allen vier Dreiecken ist jeweils nur *eine* Macht voll beteiligt, nämlich die USA, die sich damit erneut als die einzige noch verbliebene Supermacht erweisen.¹⁴

Der gesamte Bereich Asien wird auf globaler Ebene durch die Dreiecke „China-USA-Japan“ sowie „China-Rußland-USA“ berührt; daneben können sich aber auch regionale oder subregionale Dreiecke herausbilden, z.B. mit den Eckpunkten „USA-Japan-Südkorea“, „USA-ASEAN-Japan“ oder „USA-Rußland-Indien“.

Aus der Sicht Chinas und Japans kommt es darauf an, daß die globalen, aber auch die regionalen und subregionalen Dreiecke gegenseitig ausbalanciert werden und daß dabei stets auch den USA Grenzen aufgezeigt werden. Gleichgewichtsverzerrungen dürfen nicht hingenommen werden: daher auch die 1996/97 geschlossene chinesisch-russische „Strategiepartnerschaft“ gegen eine Hegemonie der USA!

Skeptiker dürften hier einwenden, daß es der VR China mit dieser Politik einzig und allein darum gehen könne, anstelle der USA selbst die Führungsposition zu übernehmen, und sei es auch nur im Dreieck Nr.1; dies gelte vor allem deshalb, weil egalitaristische Vorstellungen dem chinesischen Denken fremd sind, so daß konsequenterweise immer irgendjemand im Zentrum und damit ganz „oben“ steht. Dieser Einwand ist sowohl falsch als auch richtig: er ist falsch, weil eine „Supermachtenrolle im Sinne hegemonialer Ambitionen - also des klassischen *baquanzhuyi* - für China in der Tat indiskutabel ist.¹⁵

Er ist andererseits aber auch richtig, weil „Macht“ nach traditioneller - und noch heute geltender - chinesischer Auffassung nicht durch Waffen oder durch wirtschaftliches Wohlergehen, sondern durch Vorbildhaftigkeit erlangt wird: ein Staat, dem es gelingt, durch vorbildliche Ausbildung und Abstimmung all seiner Teile Modellcharakter zu erlangen, wird damit wie von selbst für andere zum „Polarstern“ - und besitzt insofern sowohl Autorität als auch Macht.

¹²Übersicht dazu bei Weggel, *Weltgeltung der VR China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus*, München 1986, S.43 ff.

¹³In diesem Sinne Lee Kuan Yew bei einer Rede in Washington Mitte November 1996, SCMP 17.11.96.

¹⁴Näheres m.N., C.a. 1995/9, Ü 4.

¹⁵Näheres dazu 2...

Chinas „Interessen“ sind also, traditioneller Auffassung zufolge, immer dann am besten gewahrt, wenn es andere nicht etwa unterjocht, sondern wenn es sie durch sein Vorbild in den Bann zieht. Es sind deshalb nicht expansionistische, sondern impansionistische Überlegungen, die aller chinesischen Außenpolitik zugrundeliegen: nicht um die Territorien, sondern um die Überzeugungen der Nachbarstaaten und anderer Länder geht es also letzten Endes! Chinas Ziel ist, um es nochmals zu wiederholen, nicht „Machtentfaltung“ (power projection), sondern Impansionismus.

Staaten sind deshalb - abweichend vom Konzept der „realistischen“ Morgenthau-Schule - nicht einfach nur „Billiardkugeln“, die nach bestimmten Eigengesetzlichkeiten hin und her rollen, und auf deren Ideologien und innere Verfaßtheit es überhaupt nicht ankommt, sondern es sind Agglomerationen von Menschen, deren Überzeugungen gewonnen werden müssen. Einstellungen, Überzeugungen und Ideologien sind - wiederum abweichend von der „realistischen“ Schule - keine bloßen Störfaktoren, sondern jene neuralgischen Punkte, bei denen außenpolitische „Erziehungsarbeit“ so recht einzusetzen hat.

Waffen und Dollar/Yuan spielen demgegenüber nur eine sekundäre Rolle. Ganz ausgeschlossen ist es keineswegs, daß China eines Tages doch zu einem nationalistischen Gemeinwesen wird, das die Fehler der europäischen Nationen noch einmal wiederholt; wahrscheinlich ist eine solche Entwicklung angesichts der determinierenden Kraft der chinesischen Tradition freilich nicht!

„Einschränken durch Gleichgewicht, herübergewinnen durch Modellhaftigkeit“ - dies etwa ist der Kerngehalt heutiger - und wohl auch künftiger - chinesischer Außenpolitik, die sich von den Vorstellungen der „Realisten“ so grundlegend unterscheidet.

„Sicherheit“ im umfassenden Sinne wird nicht durch Waffen, sondern durch den Ritualismus von „Spielregeln“, durch Herstellung von „Gleichgewichten“, durch die „richtigen“ Überzeugungen und durch *guanxi* hergestellt.

Japan hat schon in der Nachkriegszeit ganz in diesem Sinne einen Kurs „umfassender Sicherheitspolitik“ (*sōgō anzen hoshō*) beschritten,¹⁶ während die VR China sich auf Konfrontationsexperimente einließ, wie sie vor dem Hintergrund der chinesischen Tradition nicht fremdartiger hätten sein können und wie sie seit Beginn der Reformen ja dann auch schnell wieder eingestellt wurden.

China hatte seine eigene Modellhaftigkeit und seine Legitimation als „Reich der Mitte“ stets davon abgeleitet, daß es den „Himmelsweg“ verwirklichte, also *den* Weg schlechthin beschreite. Auch im modernen China hat die Suche nach *dem* Weg (*dao*) nie aufgehört. Mao glaubte den Stein des Weisen im permanenten Klassenkampf und in der Weltrevolution gefunden zu haben, während seine Nachfolger mittlerweile ihren (wirtschaftlich ja durchaus erfolgreichen) Reformkurs permanent als *den* Weg eines Entwicklungslandes anpreisen - und mit dieser Botschaft in der Tat ja auch bei vielen Ländern der Dritten Welt Gehör finden. Dem Vermächtnis Deng Xiaopings zufolge führt nicht eine Politik der Absonderung (, sei es nun durch Bildung einer „sozialistischen Gemeinschaft“, sei es durch „Blockpolitik“ oder sei es durch Schaffung von „Einflußsphären“) zum Ziel der Vorbildhaftigkeit, sondern nur ein Kurs, der im *gemeinsamen* Interesse möglichst vieler

Adressaten liegt, *weil* er den einzig richtigen Weg aufzeigt.

Gemeinsamkeit in diesem Sinne aber läßt sich am besten mit Hilfe jener „Fünf Koexistenzprinzipien“ herstellen, wie sie am 28.6.1954 von Indien, Birma und China gemeinsam aus der Taufe gehoben worden sind: gegenseitiger Respekt für Souveränität und territoriale Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen sowie friedliches Nebeneinander.¹⁷

Für die chinesische Außenpolitik ist es seit dem Bruch mit Moskau in den späten 50er Jahren charakteristisch, daß sie erstens Regionalisierungstendenzen stets als Bereicherung im Sinne des Antihegemonismus begrüßt hat und daß sie sich zweitens sträubt, selbst in Rüstungs- oder Abrüstungsallianzen einzutreten, daß sie also auch nicht bereit ist, multipolare Bündnisse durch ihre Teilnahme zu zementieren.

Auch aus diesem Grunde erweist sich eine Politik der Einbindung und der Gleichgewichtung als vielversprechend.

Typisch für den chinesischen Weg, außenpolitisch „interessant“ zu werden und dadurch impansiv zu wirken, ist die Politik Beijings gegenüber den (nach dem Zerfall der Sowjetunion neu entstandenen) Republiken Zentralasiens: Nachdem die Sowjetunion als integrierender Faktor hier weggebrochen - und weitgehend „uninteressant“ geworden ist, begann sich sogleich ein Wettstreit im Dreieck (wieder einmal ein Dreieck!) Türkei-Iran-China abzuzeichnen: Die Türkei liefert den (meist islamisch ausgerichteten) zentralasiatischen Turkvölkern das Modell eines säkularen (und möglichst pantürkischen) Staats, während der Iran ein religiös-fundamentalistisches Vorbild abgeben will.

Pantürkischer Integrationismus, islamischer Fundamentalismus oder aber chinesischer Reformismus - dies sind die drei Optionen, zwischen denen sich die Völker Zentralasiens letztlich zu entscheiden haben. China könnte hier, wenn es die Partie im Sinne seiner konfuzianischen Traditionen anpackt, die Autonome Region Xinjiang ins Spiel bringen, die zwar von ethnischen Spannungen keineswegs frei, wirtschaftlich aber den zentralasiatischen Nachbarstaaten weit überlegen - und insofern für sie auch attraktiv ist. Xinjiang noch stärker zu einem wirtschaftlich fortschrittlichen Gemeinwesen - und damit zu einer Art „Polarstern“ in Zentralasien - auszubauen: dies wäre ein den chinesischen Traditionen gemäßes Anliegen. Dies wußte auch der chinesische Ministerpräsident Li Peng immer wieder hervorzuheben, als er sich im April 1994 auf eine Reise nach Zentralasien begab. Der von ihm dabei immer wieder verwendete Ausdruck „Seidenstraße“ wies auf alte Verbindungen zu China - und nicht zuletzt auf die einstige chinesische Vorbildfunktion - hin.

Sollte es den Chinesen gelingen, Xinjiang weiterhin an der Entwicklungsspitze in Zentralasien zu halten, so wären damit veritable „impansionistische“ Voraussetzungen geschaffen: besetzt werden sollen ja nicht zentralasiatische Territorien, sondern zentralasiatische Vorstellungswelten!¹⁸

3.2.3

Restkonflikte als Anlaß für zwischenstaatliche Auseinandersetzungen

Von den Ansätzen für zwischennationale Konflikte, wie

¹⁶Dazu SOAa, 1997/3, S.227.

¹⁷Näheres C.a., 1995/3, Ü 1, 1994/6, Ü 5 und XNA, 28.6.94.

¹⁸Einzelheiten dazu in C.a., 1994/4, S.389-393.

sie sich noch in den Nachkriegsjahren (1945 ff.) überall in Asien bis in den Himmel zu türmen schienen, sind die meisten inzwischen so gut wie verschwunden, vor allem soweit es sich um Selbstbefreiungs- und um Weltanschauungskonflikte handelte, wie sie am Ende des Kolonialzeitalters auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen „Ost und West“ an der Tagesordnung gewesen waren, angefangen von „Korea“ bis hin zu „Vietnam“. Sieht man von einigen aus dem Zeitalter der ideologischen Konflikte übriggebliebenen Resten ab (man denke an das kommunistische Regime in Nordkorea oder aber an die Überbleibsel jener Khmer Rouge-Bewegung, die sich seit 1996 aufzulösen begann), so käme es keinem „realsozialistischen“ Regime heutzutage mehr in den Sinn, sich aus ideologischen Gründen auf militärische Auseinandersetzungen einzulassen.

Geblichen sind dagegen Streitigkeiten um eher handfest-materielle Interessen, sei es nun um Territorien oder um Rohstoffe. Brisanz besitzen bis auf den heutigen Tag vor allem zwei Arten von Konflikten, nämlich Grenz- und Wasserstreitigkeiten:

Den mit Abstand längsten Grenzverlauf in Asien hat die VR China zu verzeichnen - und zu verkraften. Ihre Landgrenzen teilt sie mit nicht weniger als 15 Nachbarn, nämlich Korea (Nord), Rußland, Mongolei, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal, Bhutan, Sikkim, Myanmar, Laos und Vietnam.

Grenzstreitigkeiten gab es lange Zeit mit der Sowjetunion (und zwar an drei Stellen, nämlich im Streckenbereich Pamir, im Xinjiang-Abschnitt und in Sibirien), mit Indien (ebenfalls an drei Stellen) und mit Vietnam. An den rund 100 nicht geklärten Grenzabschnitten Mitte der 80er Jahre war Amerika mit 24, Europa mit 20 und Asien mit 19 beteiligt, wovon wiederum 8 Dispute allein auf China entfielen: dreimal mit Vietnam, zweimal mit der Sowjetunion, zweimal mit Indien und einmal mit Japan).

Erstaunlicherweise hat China die meisten der Landabgrenzungsprobleme mittlerweile unter Dach und Fach bringen können: Grenzverträge (*bianjie tiaoyue*) konnte es beispielsweise mit Laos, Myanmar, Nepal, Afghanistan und der Mongolei schließen. Hinzu kamen Grenzabkommen (*bianjie xieding*) mit Pakistan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Rußland (und zwar sowohl über den Ost- als auch, im November 1995, über den Westabschnitt). Vorläufige Grenzregelungen kamen überdies mit Indien (7.9.93) und mit Vietnam (19.10.93) zustande. Nicht geregelt wurden bisher die Grenzabschnitte zwischen China und Nordkorea sowie zwischen China und den beiden Himalayastaaten Bhutan und Sikkim.

Offene Landgrenzkonflikte bestanden überdies lange Zeit zwischen Indonesien und Papua-Neuguinea, Myanmar und Thailand, den Philippinen und Malaysia, Thailand und Malaysia, Kambodscha und Vietnam, Laos und Thailand, Kambodscha und Thailand sowie zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir. Während die meisten der hier erwähnten Streitigkeiten mittlerweile geschlichtet worden sind, zumal es sich meist nur um ein paar Hügel oder Flußwindungen handelte, entfaltet das Kaschmirproblem nach wie vor beträchtliche Sprengkraft.

Anders als bei den Landabgrenzungskonflikten, ticken im maritimen Grenzgebiet noch mehrere Zeitbomben, sei es nun im Ostchinesischen Meer, wo sich Japan und die Volksrepublik China um die Diaoyutai (japanisch: Senkaku-) Insel streiten, sei es im Südchinesischen Meer, wo der

Spratly-Archipel unter nicht weniger als fünf Parteien (China, Taiwan, Vietnam, Malaysia und Philippinen) umstritten ist, oder sei es im Golf von Tongking, wo es zwischen China und Vietnam noch ungelöste Abgrenzungsfragen gibt.

Japan stellt nach wie vor drei maritime Gebietsansprüche, nämlich auf Senkaku/Diaoyutai (gegenüber China), auf vier von der Sowjetunion i.J. 1945 besetzte Nordkurileninseln (gegenüber Rußland) und auf Takeshima, das von den Koreanern Tokdo genannt wird (also gegenüber Korea). Der Streit um die ziemlich genau auf der Mittellinie zwischen Japan und Südkorea gelegene Insel geht auf die Zeit der japanischen Kolonialherrschaft über Korea, also auf die Jahre 1910 bis 1945 zurück. Beide Seiten behaupten, die herrenlose Insel als erste in Besitz genommen zu haben. Nach 1945 nahm Südkorea die Insel unter Kontrolle und unterhält dort seither laufend eine kleine Polizeieinheit. Als es im Februar 1996 zu Rückgabeforderungen der Japaner kam, kündigte das Verteidigungsministerium in Seoul sogleich Militärmanöver in der Umgebung der Inselgruppe an. Beide Seiten sind auf den Inselbesitz erpicht, weil sich Takeshima/Tokdo in einem fischreichen Gewässer befindet, das bei Anwendung der 200-Seemeilen-Kriterien dem Berechtigten riesige Seebereiche sichert.

Während Takeshima/Tokdo von den Südkoreanern kontrolliert wird, sind die anderen im gleichen Seegebiet gelegenen Inseln Danjo, Gunto und Torishima de facto unter der Kontrolle Japans geblieben.

Maritime Streitigkeiten gibt es ferner zwischen Taiwan und Japan (ebenfalls um die Diaoyutai/Senkaku-Insel), zwischen Vietnam und Kambodscha, zwischen Thailand und Kambodscha, zwischen Thailand und Vietnam, zwischen Malaysia und den Philippinen (Sabah-Konflikt), zwischen Malaysia und Thailand, zwischen Malaysia und Indonesien, zwischen den Philippinen und Indonesien, zwischen den Philippinen und Malaysia, zwischen Indonesien und Vietnam (hier handelt es sich um einen Sektor nördlich der Natuna-Inseln), zwischen Indonesien und China (wegen chinesischer Ansprüche auf die Gasfelder im Natuna-Bereich veranstaltete Indonesien im September 1996 seine bis dahin umfangreichsten Militärmanöver)¹⁹ sowie zwischen Malaysia und Singapur um Vorrechte in der Straße von Malakka.²⁰

Die meisten dieser Konflikte sind entweder beigelegt oder warten nur noch auf eine formelle Geste; so verlangt beispielsweise Malaysia von den Philippinen das formelle Eingeständnis, die Ansprüche auf Sabah nicht länger aufrecht-erhalten zu wollen.

Höhere Brisanz kommt nach alledem nur noch dem Spratly-Konflikt zu: dort, im Südchinesischen Meer, kreuzen sich nicht nur die Ost-West- und Nord-Süd-Weltschiffahrtsrouten vom Pazifik zum Indik, sondern befinden sich auch ergiebige maritime Öl- und Gaslager, von den reichen Fischbeständen in dieser Region gar nicht erst zu reden. Zwischen zwei der um Spratly konkurrierenden Staaten, nämlich China und Vietnam, ist es sogar schon zu Seegefechten gekommen. China möchte eine „Internationalisierung“ der Spratly/Nansha-Frage vermeiden und sowohl Abgrenzungs- als auch Nutzungsfragen nur bi-

¹⁹C.a., 1996/9, Ü 2.

²⁰Die Einzelheiten dieser Konflikte sind dargestellt in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien. Das Internationale Seerecht und seine regionale Bedeutung*, Bd. 145 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985.

lateral regeln.²¹ Außerdem schlägt es vor, die Rohstoffe im Spratly-Bereich zwar gemeinsam zu nutzen, die eigentlichen Souveränitätsfragen dadurch jedoch nicht zu präjudizieren.

Das oben erwähnte ARF wurde nicht zuletzt im Hinblick auf die brisante Spratly-Frage gegründet. Es ist zu erwarten, daß es hier langfristig zu einer vier- oder fünfseitigen Vereinbarung über die Nutzungsverhältnisse kommt. Die Eigentumsverhältnisse selbst dürften langfristig auf der Basis des Status quo geregelt werden.²²

Neben dem Streit um Grenzen und Territorien sind in Zukunft auch „Öko-Kriege“, vor allem „Wasserkriege“ nicht auszuschließen - vor allem in Zentralasien. Näheres dazu im Abschnitt „Umwelt“.

3.2.4

Terrorismus und Probleme der inneren Sicherheit
Zwischen den einzelnen asiatischen Staaten läßt sich, wie ja auch in der übrigen Welt, seit einigen Jahrzehnten eine offensichtlich nicht mehr aufhaltbare Tendenz zur Einhegung und Verrechtlichung des Kriegs, zur Zivilisierung militärischer Gewaltanwendung und zu internationaler Konfliktbearbeitung beobachten, die dafür sorgen dürfte, daß der „Friedens“-Prozeß nicht etwa nur bei einem labilen Zustand ruhender Gewalttätigkeit stehenbleibt, sondern sich zu einer soliden Bewegung mit berechenbaren Ergebnissen fortentwickelt. Vor allem die Erfahrung der verheerenden Zerstörungskraft moderner Kriege, wie sie in Korea und Vietnam zum Alptraum geworden ist, aber auch die Erkenntnis vom zunehmenden politischen Gewicht wirtschaftlicher Erfolge und nicht zuletzt der drastische Zusammenbruch vieler Militärregime in Asien haben zu dieser Wende geführt, deren konstruktive Auswirkungen sich langfristig zu stabilisieren scheinen.

Während die Gewaltanwendung durch den Staat (in Form von militärischen Unternehmungen gegen andere oder aber in Form von Menschenrechtsverletzungen gegen die eigenen Bürger) tendenziell abnimmt, weil die Kontrolle durch das Ausland, vor allem aber durch den wachsenden eigenen Mittelstand immer effizienter wird, befindet sich die Gewalt in der Gesellschaft, sei es nun in Form des organisierten Verbrechens oder aber des Terrorismus, steil im Aufwind.

Das organisierte Verbrechen, das in Asien auf eine lange Tradition zurückblicken kann (man denke an die chinesischen Triaden, an die japanischen Yakuza, an die indisch/pakistanischen Dacoits oder an das südostasiatische Seeräuberwesen), erfährt gegenwärtig, im Zeichen neuer Mobilität, neuer Technologien, aber auch neuer Verbrechensfelder, eine dramatische Revitalisierung. Sieben Hauptbereiche sind es beispielsweise, denen vor allem die chinesischen Triaden ihre Wiederbelebung - nicht zuletzt in der Volksrepublik! - verdanken, nämlich Drogenhandel, Spielbanken, Immobiliengeschäfte, Menschenhandel, Geldwäscherei, Waffenschieberei und Schleusung von „Asylanten“.²³ Fast überall handelt es sich hier um Bereiche, die ausbaufähig und damit „zukunftsträchtig“ sind, zumal die nationalen Verfolgungsbehörden immer weniger Chancen haben, das längst grenzüberschreitende Verbrechen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Schleusertätigkeit führt nicht nur zu illegalen Massen-

einwanderungen von chinesischen Staatsangehörigen in die USA sowie nach Europa, sondern neuerdings auch in die wirtschaftlich attraktiveren asiatischen Länder, z.B. nach Japan, wo das Parlament 1997 ein Gesetz erließ, demzufolge nicht nur die Immigranten, sondern vor allem die „Schlangenköpfe“ der Schleuserbanden schärfer verfolgt werden sollen. Die illegale Zuwanderung hat in Japan auch dazu geführt, daß Immigranten, die sich aufgrund der Einschleusung bis über den Hals verschulden mußten, immer mehr nach verbrecherischen Nebenerwerbsquellen Ausschau halten, sei es, daß sie Raubüberfälle durchführen oder daß sie sogar Auftragsmorde begehen. Auf ein Land wie Japan, das sich durch eine der niedrigsten Kriminalitätsraten der Welt auszeichnet, wirkt diese „neuzugewanderte Brutalität“ schockierend.

Viele der illegalen Zuwanderer sind mittlerweile auch im Bordell- und Strichermilieu tätig und spezialisieren sich, ähnlich dem in Deutschland hauptsächlich von Osteuropäern organisierten Pkw-Diebstahl auf die Entwendung von Fahrzeugen, die gewinnbringend aufs Festland geschleust werden - Schmuggel in der anderen Richtung.²⁴

Ein besonders dankbares Geschäftsfeld findet das organisierte Verbrechen neuerdings im Drogenhandel: in manchen Ländern, wie in Singapur, vor allem aber in Malaysia, gilt die Droge bereits seit Mitte der 80er Jahre als „Feind Nr.1“. Trotz radikaler Abwehrmaßnahmen, die mittlerweile auch zur schlagzeilenträchtigen Hinrichtung einiger Ausländer geführt hat, ist die Zahl der Abhängigen vom „Dada“, wie Rauschgift in Malaysia heißt, laufend gestiegen. 1994 lag die Zahl der Abhängigen bei rund 1% der Bevölkerung, in den Gefängnissen sogar bei 7% der Insassen.

Sogar in der VR China, die nach 1949 den einstigen Opiumkonsum rasch unter Kontrolle hatten bringen können, erreicht die Zahl der Rauschgiftkonsumenten mittlerweile von Jahr zu Jahr neue Rekorde - Mitte der 90er Jahre waren es rund 3 Mio. In Thailand und Vietnam sprechen Schätzungen von 600.000 bzw. 500.000 Süchtigen - also etwa genauso vielen „Junkies“, wie es sie in den um ein vielfaches bevölkerungsreicheren USA gibt.

US-Fahnder gehen davon aus, daß in dem zwischen Laos, Myanmar und Nordthailand gelegenen Goldenen Dreieck mittlerweile pro Jahr 2500 t Rohopium geerntet werden - noch vor 50 Jahren waren es dort lediglich 30 t gewesen. Niemand will, obwohl sich die meisten der Anbauländer mittlerweile in einem „Antidrogenpakt“ zusammengeschlossen haben, ernsthaft daran glauben, daß sich an diesen Anbauverhältnissen und Erntemengen in den nächsten Jahren etwas Wesentliches ändert. Nach UNO-Schätzung leben etwa 300.000 Hochgebirgsbauern der Region des Goldenen Dreiecks vom Schlafmohnanbau, und erzielen dort pro Hektar jährlich 7-8 kg Rohopium - mit wachsender Tendenz.²⁵

Obwohl sich der längst legendäre „Opiumkönig“ Khun Sa Anfang 1996 unter mysteriösen Umständen den birmanischen Truppen ergeben hat, wird gegen ihn keine Anklage erhoben. Darüber hinaus weigert sich die Regierung in Rangun, einem Auslieferungsantrag der USA stattzugeben.

²¹Dazu C.a., Mai 1995, Ü 4.

²²Weggel in Draguhn (1985), S.325 ff.

²³Dazu im einzelnen C.a., 1993/9, S.918-941, hier 927 ff.

²⁴C.a., 1997/3, Ü 4.

²⁵Zu Zahlen von 1994: ARF (Addiction Research Foundation), Statistical Information, International Profile, Ontario 1994.

Ausreden werden sich auch in Zukunft immer wieder finden lassen!

Selbst wenn aber „Natur“-Drogen eines Tages an Bedeutung verlieren sollten, bleibt den internationalen Drogenetzwerken doch ein zweifacher Trost: nach wie vor warten Millionen von Süchtigen auf ihre tägliche Dosis, und außerdem gibt es notfalls den Rückgriff auf die Designerdroge.

Und der Terrorismus?

Oben wurde festgestellt, daß die Gewaltanwendung durch den Staat in den meisten Ländern Asiens nachläßt - und die Chancen für den Frieden damit zunehmen. Friede ist allerdings mehr als lediglich Abwesenheit von Krieg. Definiert man nämlich „Frieden“ als Abwesenheit von Gewalt,²⁶ so darf es weder direkte noch „strukturelle Gewalt“ im Sinne krasser sozialer Ungerechtigkeiten geben. Wo Gewalt in diesem doppelten Sinne gleichwohl zutage tritt, kommt es immer wieder zu einem „Notwehr“-Verhalten der „Entrechteten“, das von der etablierten Staatsgewalt in aller Regel als solches nicht akzeptiert, sondern unter dem Siegel des „Terrorismus“ bekämpft wird.

„Notwehraktionen“ gehen darüber hinaus auch von solchen Gruppierungen aus, die sich in vermeintlichen Rechten (oder Vorrechten) angegriffen glauben, sei es nun von den „Tamilentigern“ in Sri Lanka, von den ländlichen Dacoits und Stadtguerilleros in Pakistan oder von Hindu-Fundamentalisten gegen Mohammedaner sowie von Hochkastenangehörigen gegen Harijans und Ureinwohner, insbesondere im indischen Bundesstaat Bihar.

Politisch motivierte Gewalttätigkeiten dieser Art dürften Hand in Hand mit den wachsenden Vestädterungs- und sozialen Polarisierungsproblemen, nicht zuletzt aber auch als Ausdruck von Minderheitenwiderstand zunehmen - man denke auch an die terroristischen Anschläge uighurischer Guerilleros auf Beijinger Behörden im Frühjahr 1997.

Trotz Zunahme der Kriminalität sowie terroristischer Gewaltaktionen dürfte die Sicherheitsfrage allerdings, anders als in den wohlhabenden Ländern des Westens, noch lange nicht zum politischen Hauptthema werden; haben die Bevölkerungen in den meisten Ländern Asiens doch ganz andere Sorgen, die sich vor allem auf den Kampf um den täglichen Reisnapf und manchmal auch aufs pure Überleben im Alltag richten.

3.3

Mitbestimmungs- und Emanzipationsfragen

Die Partizipationsfrage umfaßt einen weiten Bereich von Elementen, die das Verhältnis sowohl zwischen Staat und Individuum als auch zwischen Gesellschaft und Einzelperson berühren und die, weil hier fast überall in Asien mittlerweile zahlreiche Lösungswege beschritten worden sind, im Zusammenhang mit den Instrumenten und Methoden (Kap. 4 und 5) zu behandeln sind.

Im vorliegenden Kontext sei lediglich auf eine Einzelfrage des Gesamtkomplexes eingegangen, die aber vor allem in den konservativen Teilen Asiens immer häufiger thematisiert wird, nämlich auf die Emanzipation des weiblichen Teils der Bevölkerung, der, allen Gleichberechtigungsforderungen zum Trotz (Mao Zedong: „Der halbe Himmel für die Frauen!“) auch heute noch vielfach diskriminiert wird, sei es nun bei der Benachteiligung im Bildungs- und Gesundheitsbereich, sei es im beruflichen Sektor, wo Frau-

en immer noch als Lückenbüsserinnen herzuhalten haben oder sei es in Form einer vor allem auf chinesischen und indischen Dörfern betriebenen Form der selektiven Abtreibungspraxis.

Wie schon in anderen Bereichen gibt es auch bei der Behandlung von Frauen einen weiten Fächer unterschiedlichster Praktiken: In patriarchalischen Gesellschaften, wie sie unter dem Einfluß des Konfuzianismus, des Hinduismus oder des Islams entstanden sind, erweisen sich die Widerstände gegen den Aufstieg von Frauen beispielsweise als weitaus hartnäckiger als in den meisten Ländern Südostasiens, wo matriarchalische Strukturen den Beginn der christlichen Zeitrechnung noch viele Jahrhunderte überdauert haben, ja in einigen malaysischen Teilstaaten bis auf den heutigen Tag fortbestehen.

Vietnam nimmt eine Zwischenstellung ein, insofern hier matriarchalische Verhältnisse noch bis ins 3. nachchr. Jh. bestanden haben - man denke beispielsweise an die vielen antichinesischen Aufstandsbewegungen, die damals meist unter der Führung von Frauen stattfanden, bis am Ende der Konfuzianismus das Mutterrecht auch hier in seine Schranken weisen konnte.

Auch im konfuzianischen Kulturbereich allerdings haben sich die Verhältnisse keineswegs gleichmäßig weiterentwickelt; konnten doch die Mitbestimmungsforderungen in den marxistisch beeinflussten Gesellschaften Chinas und Vietnams ein weitaus kräftigeres Profil annehmen als beispielsweise in Japan und Südkorea!

Als „matriarchalische Gesellschaft“ par excellence gelten - zumindest im Sprachgebrauch vieler Journalisten²⁷ - bis auf den heutigen Tag die Philippinen. In der Tat nehmen die Frauen dort vor allem im Geschäftsleben eine dominierende Position ein: viele Betriebe stehen unter weiblicher Leitung; eine Frau gründete die Frauenuniversität, eine andere besitzt eines der größten und bekanntesten Warenhäuser im Luxusviertel Manilas, Makati, und überdies gilt das Sprichwort, daß „hinter jedem großen Mann eine Frau steht“: in diesem Zusammenhang fällt einem nicht zuletzt der Name Imelda Marcos ein - gar nicht zu reden von Corazón Aquino.

Zwei Antriebskräfte sind es, die zum Aufstieg vieler asiatischer Frauen beigetragen haben, nämlich erstens die Entstehung der neuen Mittelklassen in Asien, von der auch Politikerinnen, Unternehmerinnen und Literatinnen profitieren, und zweitens, so paradox dies auf Anhieb klingt, auch ein Teil der doch so sonst zumeist als unterdrückerisch gescholtenen Tradition: die in diesem Bestand versteckten Elemente werden sofort dann deutlich, wenn man an die Stellung der „älteren Schwester“ im asiatischen Familienverband denkt. In China ist es beispielsweise die *jiejie*, auf den Philippinen die *ate*, die von den jüngeren Geschwistern jeweils als eine Art Ersatzmutter betrachtet wird und die sich um all ihre Belange kümmert - ob sie die Nachgeborenen auf den Armen herumträgt, sie badet, ankleidet oder füttert. In den Augen der jüngeren Geschwister wird die *jiejie* auf diese Weise schon bald zu einer Respektsperson, die man um Rat fragt, die als Vermittlerin zwischen Eltern und Kindern auftritt, der man nicht weniger gehorcht als der Mutter und die vor allem nach dem Tod der Eltern dafür sorgt, daß die Familie nicht auseinanderfällt. Wer klug ist, schaltet bei Konflikten mit der Familie immer die ältere Schwester als „Mittelsfrau“ ein. (In der hindui-

²⁶Johan Galtungs, *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek bei Hamburg 1975.

²⁷Vgl. dazu *Asia Week* 9.6.95, S.32.

stischen Gesellschaft bleibt die gleiche Funktion übrigens beim ältesten Sohn belassen!)

Die geheime Macht der Frauen gründet sich nicht zuletzt auch darauf, daß es in vielen Gesellschaften zu den wichtigsten Pflichten eines Mannes gehört, ein guter Sohn zu sein - man denke an China, Korea oder Vietnam, nicht zuletzt auch an Indien oder die Philippinen. Von dieser „pietätvollen“ Zuneigung profitieren zumeist die Mütter.

Da Söhne in Asien zumeist permissiver erzogen werden als Töchter, läuft das Ergebnis dieses Prozesses häufig auf „starke Frauen und weiche Männer“ hinaus. Immer wieder wundert sich der europäische Beobachter, wie schnell Frauen, wenn sie dazu auch nur die geringste Chance erhalten, gleichsam im Handumdrehen auf souveräne Weise Positionen auszufüllen wissen: „From teacups to politics“ ist es in der Tat oft nur ein kleiner Schritt!

Zwar werden die Frauen zu Bescheidenheit, ja zu Schüchternheit und Sprödigkeit erzogen, wobei das philippinische „Maria clara“-Leitbild fast in ganz Asien verbindlich ist; doch wird die Fassade schnell durchbrochen, sobald dazu eine Chance besteht, die sich im allgemeinen auf dreifachem Weg ergibt - in Stichworten: Nepotismus, Feminismus und daraus sich entwickelte Eigengesetzlichkeiten:

- Die „nepotistische“ Startchance hängt fast immer damit zusammen, daß Ehemänner oder Väter Führungspositionen bekleidet haben:

In Indien folgte Tochter Indira Gandhi den Spuren ihres verstorbenen Vaters Jawaharlal Nehru, in Ceylon Sirimavo Bandaranaike denen ihres ermordeten Ehemanns Solomon Bandaranaike, in Pakistan die 1953 geborene Benazir Bhutto dem „Mandat“ ihres 1990 hingerichteten Vaters Zulfikar Ali Bhutto.

Die politische Szene in Bangladesh wurde jahrelang beherrscht vom Kampf zweier unerbittlicher Rivalinnen, deren Väter sich vor Jahren gegenseitig Mörder auf den Hals geschickt hatten, nämlich einerseits Begum Khalida Zia (geboren 1946), der Frau des ehemaligen Staatspräsidenten Ziaur Rahman, der 1981 ermordet wurde und dessen Tochter anschließend in die Politik ging, wo sie es 1991 bis zur Ministerpräsidentin brachte, und, auf der gegnerischen Seite, Hasina Wajed (geboren 1948), die Tochter des 1975 ermordeten Staatsgründers von Bangladesh, Sheikh Mujibur Rahman. Hasina Wajed hatte 1975 das Amt des Vorsitzenden der Awami-Liga „geerbt“ und führte seitdem einen Rachezug gegen die Familie Ziaur Rahmans und dessen Ehefrau Khalida Zia, in dessen Verlauf fast zwei Dutzend Politiker auf beiden Seiten auf zum Teil obskure Weise ums Leben kamen.

In Sri Lanka haben es seit 1995 Mutter und Tochter geschafft, das Amt der Minister- und der Staatspräsidentin gleichzeitig zu besetzen, nämlich Sirimavo Bandaranaike (erneut als Ministerpräsidentin) und ihre Tochter Chandrika Kumaratunga (als Staatspräsidentin).

„Nepotismus“ auch in Myanmar: die bekannteste Oppositionspolitikerin und Nobelpreisträgerin, Aung San Suu Kyi ist - als Tochter des Gründers und eigentlichen Nationalhelden im nachkolonialen Birma, nämlich des 1948 ermordeten Generals Aung San - zwar kein Regierungsmitglied, wohl aber die prominenteste Kritikerin des Militärregimes. Vermutlich wurde sie bisher lediglich durch den unangreifbaren Ruf ihres Vaters vor dem schlimmsten bewahrt.

Besonders eindrucksvoll hat sich die Macht der Frau, wie gesagt, auf den Philippinen entwickelt: zur Zeit des Diktators Ferdinand Marcos, der 1972 das Kriebsrecht über die Philippinen verhängt hatte, war seine Ehefrau Imelda - ehemalige Schönheitskönigin des Landes - zur Kabinettsministerin und zur Gouverneurin von Metro-Manila ernannt worden. Nach dem Sturz des Marcos-Regimes im Jahre 1988 konnte sich Corazón Aquino als Staatspräsidentin durchsetzen, nachdem kurze Zeit vorher ihr Ehemann, seines Zeichens prominentester Oppositionspolitiker des Landes, bei einer Rückkehr aus den USA auf dem Flughafen von Manila auf offener Szene erschossen worden war - und zwar höchstwahrscheinlich durch gedungene Helfershelfer des Ferdinand Marcos. Corazón Aquino stammte aus einer der 200 philippinischen Ilustrado-Familien, war also - eine Parallele zu Benazir Bhutto - Grundbesitzerstochter und verfügte schon dadurch über glänzende Ausgangsbedingungen, die sich, kaum war sie aus dem Schatten ihres Ehemanns hervorgetreten, sogleich als höchst nützlich zu erweisen begannen.

- Eigengesetzlichkeiten: Der Fall Corazón Aquino illustriert auch die Möglichkeiten, die sich aus dem Aufstieg einer Frau sogleich ergeben: kaum nämlich hatte Frau Aquino das Präsidentenamt übernommen, gab sie grünes Licht für den Einzug weiterer Frauen in die politische Arena und ebnete damit den Weg für ein Phänomen, das schon bald als „Pinay-Power“ bekannt wurde - „Pinay“ ist die verniedlichende Bezeichnung für „Philippininnen“. Bei den Wahlen im Sommer 1995 wurden beispielsweise 19 Frauen in das 215-sitzige Repräsentantenhaus, vor allem aber vier Frauen in den weitaus wichtigeren 24-köpfigen Senat gewählt, deren Herkunft erneut „nepotistische“ Aspekte erkennen läßt, nämlich die 65jährige Leticia Ramos Shahani, jüngere Schwester des Staatspräsidenten Fidel Ramos, die 48jährige Gloria Macapagal Arroyo, Tochter des früheren Staatspräsidenten Diosdado Macapagal (1961-65), die 42jährige Anna Dominique Coseteng, Tochter eines bekannten philippinischen Großkaufmanns, der unter den Verfolgungen des Marcos-Regimes hatte leiden müssen, und die Rechtsanwältin Miriam Defensor Santiago, die bereits 1992 um ein Haar die Präsidentenwahlen gewonnen hätte.

- Feminismus: Zwar war der Aufstieg dieser vier Senatorinnen zunächst einmal der Verwandtschaft oder den guten Beziehungen zu führenden Politikern zu verdanken. Einmal auf der Karriereschiene angelangt, entwickelten die Politikerinnen jedoch sogleich eine Dynamik eigener Art und sorgten dafür, daß der bei vielen Pinays vorhandene Feminismus eine neue Qualität erhielt, ja zu einem Antriebsfaktor eigener Art wurde: obwohl alle vier Senatorinnen verschiedenen Parteien angehörten, haben sie, wie Beobachter feststellen konnten, von den philippinischen Frauen doch eine einheitliche Botschaft mit auf den Weg bekommen: „if men have made a mess of things, why don't we try women for a change?“ („wenn die Männer alles verpfuschen, warum sollen wir es dann nicht einmal zur Abwechslung mit Frauen versuchen!?“)²⁸

Noch in den 60er Jahren wäre ein Treffen weiblicher Berufsvertreter in den meisten asiatischen Staaten als Exotikum empfunden worden. Mittlerweile jedoch sind überall Frauenvereinigungen aus dem Boden geschossen, sei es nun die philippinische „Womens Association of Scientists“, oder die indische „Self Employed Womens Association“.

In Singapur hat sich die Zahl der Managerinnen in den

²⁸AW, 9.6.95, S.30.

vergangenen Jahren verdreifacht und die der *Maeka* (weiblichen Unternehmerinnen) in Thailand sogar verfünffacht. Vergleicht man die Zahlen von 1995 mit denen von 1970, so hat sich die Zahl der beschäftigten Frauen, die statistisch auf 100 Männer treffen, in China von 74 auf 81, in Japan von 60 auf 64, in Hongkong von 50 auf 62, in Singapur von 36 auf 58, in Malaysia von 45 auf 55 und in Pakistan von 11 auf 16 erhöht. Lediglich in Thailand ist sie von 86 auf 77, auf den Philippinen von 49 auf 44 und in Indien von 43 auf 34 zurückgegangen; dort hatten sich die Frauen aber bereits früher in einer besseren Position befunden.

Im Gegensatz zu Süd- und Südostasien, vor allem den Philippinen, sind Frauen in metakonfuzianischen Gesellschaften bisher nur in seltenen Fällen bis an die Spitze gelangt, und zwar sowohl in China als auch in Japan und in Singapur.

In der VR China konnten Frauen zumeist nur dann bis ins Politbüro gelangen, wenn sie mit Spitzenpolitikern verheiratet waren. Sogar im ZK gehören weibliche Abgeordnete eher zu den Ausnahmerecheinungen. Unter den 1241 Mitgliedern, die zwischen dem II. und dem XIV. Parteitag ins ZK gelangten, befanden sich z.B. nur insgesamt 106 Frauen (=8%). Im Politbüro waren in der bisherigen Geschichte überhaupt nur fünf Frauen vertreten, darunter drei Ehefrauen bekannter Spitzenfunktionäre, nämlich Deng Yingchao (Ehefrau Zhou Enlais), Jiang Qing (Ehefrau Mao Zedongs) und Ye Qun (Ehefrau Lin Biaos). Auffallend gering ist ferner die Mitgliedschaft von Frauen in den Provinzfürhungen. Bis 1954 war vom ZK bezeichnenderweise keine einzige Frau mit einem Provinzführungsposten betraut worden. Zwischen 1957 und 1990 tauchten ebenfalls gerade einmal 32 ZK-Kandidatinnen an der Spitze von Provinzführungsorganen auf. Eine einzige von ihnen brachte es zum Posten eines Ersten Sekretärs in den Provinzparteiausschüssen.²⁹

Im (politisch konservativen) Japan, wo konfuzianische Grundsätze noch dominierender zu sein scheinen als in der VR China, kommen Frauen in politischen Spitzenpositionen sogar noch seltener zum Zuge als in China. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel: zwei dieser Ausnahmerecheinungen seien hier genannt, nämlich Tanaka Makiko, die in den frühen 90er Jahren Forschungsministerin innerhalb eines LDP-Kabinetts gewesen war, und Doi Takako, die, 1928 geboren und lange Zeit als Professorin an der Seiwa-Frauenuniversität tätig, 1948 in die Politik eingestiegen und 1986 zur Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans gewählt worden war.

Sogar in Singapur wirkt das „konfuzianische Vorurteil“ gegen weibliche Politikerinnen nach: während Singapurs Frauen in der freien Wirtschaft längst eine bedeutende Position einnehmen, sind sie in der Politik des Stadtstaats unterrepräsentiert. Während der Anteil von Frauen an politischen Positionen in Gesamtasien rund 10% beträgt, liegt er in Singapur bei lediglich 4%. 1989 wurde zwar der „Women's Wing“ innerhalb der allmächtigen PAP (People's Action Party) gegründet, doch haben es Frauen immer noch schwer genug, da ihrem Aufstieg zwei wichtige politische Institutionen entgegenwirken, nämlich der „Golf Circuit“ (also die „Golfclubmafia“) und die Armee.³⁰

Die Emanzipationsdebatte dreht sich nicht nur um die Fra-

ge der Gleichberechtigung, sondern richtet sich fast noch stärker auf die Abschaffung von Diskriminierungen, die sich aus der Tradition ergeben.

Zwar sind einige der schlimmsten Traditionen längst beseitigt worden, so z.B. die im hinduistischen Brauchtum verbreitete Witwenverbrennung, die bereits den Briten ein Dorn im Auge gewesen war, oder aber die Verheiratung der Frau gegen ihren Willen, die vor allem in den revolutionären Jahren der VR China mit besonderem Nachdruck bekämpft wurde.

Immer noch aber haben sich alte Gewohnheiten erhalten können, die mit dem wachsenden weiblichen Selbstbewußtsein kaum noch vereinbar sind, die aber trotzdem weiterbestehen, wenn auch meist unter dem Siegel der Verschwiegenheit und der Heimlichkeit: Zeichen des schlechten Gewissens und zugleich auch abnehmender Akzeptanz! Jedermann kennt die Antwort auf die Frage: „Was ist in Malaysia vollkommen legal, von vielen praktiziert, aber von nur wenigen offen eingeräumt?“ Die Antwort heißt „Polygamie“.

Die meisten Sultane Malaysias sind mit drei bis vier, der Sultan von Brunei mit 2 Frauen verheiratet. Nur Ministerpräsident Mahathir und sein Stellvertreter Anwar Ibrahim haben beschlossen, ein Monogamieexempel zu statuieren - und konnten sich damit zumindest des Beifalls der weiblichen Bevölkerung sicher sein, deren aktivster Teil, nämlich die „Sisters in Islam“ offen gegen die „unhaltbaren“ alten Bräuche kämpfen, vor allem dann, wenn es wieder einmal zu der traditionellen „Verstoßung“ einer Ehefrau kommt - und die islamischen Gerichte scheinbar widerstandslos zustimmen. Besonders laut wurde der Protest der „Sisters“, als der Staat Selangor 1996 die Regeln für Polygamie und zur gleichen Zeit auch die bisherigen Einschränkungen für die Verstoßung erleichterte - ein Schritt, der auch die „Association of Women Lawyers“ in Rage brachte.³¹ Die Aggressivität, mit der Frauenverbände gegen Traditionen dieser Art vorgehen - und die fast schüchterne, in jedem Fall aber auf Diskretion bedachte Verteidigung der Männer - läßt den Schluß zu, daß Polygamie, juristisch zwar weiterhin legal bleiben, gesellschaftlich im 21. Jh. aber kaum noch akzeptabel sein dürfte.

3.4

Die soziale Frage auf dem Vormarsch

Bei einem seiner letzten Interviews äußerte sich Chinas Reformler Deng Xiaoping über seine Vorstellungen zu den Hauptaufgaben von Staat und Parteiführung: Noch in den frühen Jahren der Volksrepublik habe er, Deng, nie daran gezweifelt, daß unter allen „staatlichen Interessen“ die Sicherheit (im Sinne von innerer Stabilität, vor allem aber im Sinne von nationaler Souveränität) an erster Stelle stehe. Seit Beginn der Reformen habe er jedoch begreifen müssen, daß eine elementare Verschiebung der Prioritätenfolge stattgefunden habe: heutzutage stünden die wirtschaftlichen Interessen ganz oben, weshalb sich auch der Armeeaufbau der Wirtschaftsentwicklung unterzuordnen habe, zumal die für das Militär unverzichtbaren Waffen nur von einer soliden Volkswirtschaft finanziert werden könnten.³²

Auch im „Testament des Nach-Dengismus“, das bereits beim XIV. Parteitag i.J. 1992 verabschiedet wurde, steht die „Wirtschaft im Zentrum“ - und damit automatisch

²⁹ Ausführlich zu diesen Zahlen Wolfgang Bartke, *Bibliographical Dictionary and Analysis of China's Party Leadership 1922-1988*, München, London, New York, Paris 1990, S. 435-437, 457 f.

³⁰ SOAa, 1996/1, Ü 61 m.N.

³¹ AW, 20.12.96.

³² Näheres m.N., C.a. 1995/3, Ü 1.

auch der mit dem Wirtschaftlichen unmittelbar verknüpften soziale Fragenbereich.

Deng hat mit Einsichten dieser Art nicht nur den Chinesen, sondern vermutlich allen Asiaten aus dem Herzen gesprochen; denn die Bevölkerungsexplosion geht weiter - und mit ihr die Frage, wie die Menschen im 21. Jahrhundert ernährt, mit Wohnungen versorgt, bekleidet, erzogen sowie infrastrukturell mit dem Nötigsten ausgestattet werden sollen. Zu diesem Zweck braucht Asien Wachstum - aber welches? - und ein Mindestmaß an „sozialer Gerechtigkeit“, damit nicht im Zeichen wachsender „struktureller Gewalt“ soziale Konflikte ausbrechen, die alle neuen Ernungenschaften schon im Ansatz wieder zunichte machen.

3.4.1

Bevölkerungsexplosion: Von den schwindelerregenden Dimensionen Asiens

In dem knappen Vierteljahrhundert zwischen 1970 und 1993 hat sich die Bevölkerung der gesamten Welt um 2% p.a. vermehrt. An erster Stelle stand Afrika (südlich der Sahara) mit 3,5% - Weltrekord! An zweiter folgte Lateinamerika (+2,5%) und an dritter Asien mit 2,3%. Die Bevölkerung Nordamerikas hat sich demgegenüber im gleichen Zeitraum nur um 1%, diejenige Europas sogar nur um 0,4% vermehrt.

Da „Asien“ ein so überaus diffuses Bild bietet, empfiehlt es sich, diesen Kontinent im Lichte der mittlerweile eingespielten Vierteilung zu differenzieren: Zentral/Westasien steht dann mit sage und schreibe +3,9% an der Spitze, gefolgt von Südasien (+2,8%), Südostasien (+2,5%) und - am Ende der Skala - Ostasien mit +1,7%.

Zu Beginn der 90er Jahre hat sich das „asiatische“ Wachstumstempo etwas verlangsamt, und lag, bezogen auf die eben erwähnten vier Subregionen bei 2,8% bzw. 2,3% bzw. 1,9% bzw. 1,1%. Diese abnehmende Tendenz scheint langfristig - also bis weit ins 21. Jh. hinein - maßgebend zu sein.

Trotz einer solchen Retardierung kommt es aber in den meisten asiatischen Staaten schnell zu weiteren Verdopplungen des Bevölkerungswachstums. Nachfolgend seien exemplarisch einige Jahre genannt, bis zu deren Erreichung die nächste Verzweifachung (gerechnet ab 1993) zu erwarten ist, falls die Wachstumstrends von 1993 anhalten. Den „Geschwindigkeitsrekord“ halten hier die Malediven, deren Bevölkerungsverdoppelung bereits i.J. 2014 erreicht ist. Es folgen Pakistan und Laos (2017), Kambodscha (2019), Nepal (2020), Bangladesh (2024), Malaysia und Vietnam (2025), Myanmar (2026), die Philippinen (2027), die Mongolei (2028), Indien (2031), Nordkorea (2033), Indonesien (2039), Sri Lanka (2049), Thailand (2060), VR China (2061), Südkorea (2066), Singapur und Taiwan (2073), Hongkong (2172) und Japan (2203).³³

Die wirtschaftlich mit Abstand erfolgreichste Nation Asiens, Japan, hat also den weitaus geringsten Bevölkerungszuwachs. Es folgen - erwartungsgemäß - die „Vier kleinen Drachen“, und dann erstaunlicherweise auch schon die VR China, die diese (für ihr volkswirtschaftliches Niveau eigentlich) untypische Entwicklung durch ihre seit 1980 eingeleitete Bevölkerungspolitik erreicht hat, der zwar häufig schwere Versäumnisse nachgesagt werden, die aber, wie Vergleiche mit anderen asiatischen Nationen zeigen, trotzdem höchst erfolgreich war!

Bereits hier, bei der „Bevölkerungsexplosion“ zeigt sich ein bemerkenswertes Gefälle zwischen den vier Hauptregionen des asiatischen Raums: während das (auch wirtschaftlich an der Spitze stehende) Ostasien am weitaus besten dasteht, nimmt Südostasien einen gesicherten zweiten Rang ein, während die Länder Südasiens sowie die (ebenfalls nach wie vor „armen“) drei Indochinaländer das Schlußlicht bilden - und zwar Hand in Hand mit den (1993 statistisch noch nicht im Detail erfaßten) zentralasiatischen Republiken.

Je gewaltiger aber die Bevölkerungslawine, umso schwieriger ist in Zukunft aller Voraussicht nach auch die Beschaffung von Arbeitsplätzen, von Wohnungen sowie von ausreichenden Erziehungsmöglichkeiten, und umso holpriger dürfte auch der Demokratisierungsprozeß verlaufen.

Und die Bevölkerungsdichte?

Obwohl Asien langsamer gewachsen ist als Lateinamerika oder Afrika, stellt es nach Zahl und Einwohnerdichte doch alle anderen Erdteile weit in den Schatten.

Da sind zunächst die Größenordnungen der beiden einwohnerstärksten Staaten des Kontinents, nämlich Chinas und Indiens, die mit ihren 2,06 Mrd. (1,176 bzw. 884 Mio.) Einwohnern im Jahre 1993 bereits 37% der Weltbevölkerung stellten. Aber auch die hinter diesen beiden Giganten folgenden anderen Einheiten des Kontinents lassen alle anderen Staaten der Welt verblassen, sieht man einmal von der GUS, den USA, Brasilien und Nigeria ab. So hat Indonesien 188 Mio., Japan 124 Mio., Pakistan 123 Mio. und Bangladesh 113 Mio. Einwohner.³⁴

Was die Bevölkerungsdichte anbelangt, so stand hier Hongkong (Zahlen bezogen auf das Jahr 1992) mit 5.588 Einwohnern pro qkm einsam an der Spitze, gefolgt von Singapur (4.548), Bangladesh (768), Taiwan (574), Republik Korea (441), Sri Lanka (265), Indien (264), Philippinen (218), Vietnam (209), Pakistan (150), Nepal (134), VR China (121) und Thailand (113).³⁵

Alle anderen Staaten liegen unter 100 Personen pro qkm - in Kambodscha sind es beispielsweise 50, in Laos 18, und in der Mongolei gar nur eine Person.

Allerdings spiegeln die pauschal auf den Gesamtstaat umgerechneten Werte den wirklichen Verdichtungszustand keineswegs realistisch wider, da beispielsweise die VR China in den Küstenbereichen extrem dicht besiedelt ist und in großstädtischen Kristallisationspunkten wie Shanghai oder Guangzhou an die Dichtigkeitswerte von Hongkong herankommt, während im Westen oft ganze Landstriche menschenleer sind.

Die Bevölkerungsexplosion sorgt nicht nur für wachsende Gefällestufen, und führt - im Gefolge der Ausdehnung von Städten und Dörfern - zu einem substantiellen Verlust von Ackerland, sondern sie verschärft darüber hinaus auch andere, ohnehin bereits vorhandene Mißstände, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Ausbildungsengpässe oder Hygienedefizite.

3.4.2

Folge 1 der Bevölkerungsexplosion: Wachsende Gefällestufen

Als am Ende des Zweiten Weltkriegs die Welt des Kolonialismus wie ein Kartenhaus zusammenstürzte, tauchten überall euphorische Vorstellungen auf. So glaubte man

³³UNDP (1996), S.208 f., für Taiwan und Japan vom Autor hochgerechnet.

³⁴Zahlen 1996

³⁵Key Indicators of Developing Asian and Pacific Countries, hrsg. von der Asian Development Bank, Manila 1995, S.2.

zu wissen, daß die gerade selbständig gewordenen Länder eine „antiimperialistische“ Einheit bilden und sich gemeinsam nach einem neuen Muster politisch organisieren sowie wirtschaftlich entwickeln könnten.

Dieser Einheitstraum wurde nicht zuletzt auch bei der Bandung-Konferenz von 1955 beschworen, an der 23 asiatische sowie 6 afrikanische Staaten teilnahmen, und deren Repräsentanten den Willen bekundeten, einen dritten, von der damaligen Zwei-Lager-Situation unabhängigen Weg einschlagen zu wollen.

Spätestens in den 70er Jahren haben die Teilnehmer am damaligen „Rütli-Schwur“ allerdings einsehen müssen, daß die Vorstellung von einer Einheitlichkeit der Dritten Welt allzu romantisch, wenn nicht absurd gewesen war; hatten mittlerweile doch *wirtschaftliche* Entwicklungen die einstigen politischen Prioritäten in den Schatten gestellt, so daß nun die *Unterschiede* innerhalb der Dritten Welt umso scharfrändiger hervorzutreten begannen.

3.4.2.1 Gefällekatgorie Nr.1: Zwischen den Volkswirtschaften

Da war einerseits Afrika, das vor allem in den 70er und 80er Jahren - gemessen an BIP pro Kopf - immer ärmer wurde, andererseits aber Ostasien, in dem sich einige NICs (Newly Industrializing Countries), vor allem die Vier kleinen Tiger und die Drei kleinen Drachen von einem „Wirtschaftswunder“ zum nächsten bewegten und schnell zu den Industrieländern aufzuschließen begannen - allen voran Südkorea, das noch Mitte der 60er Jahre ein rückständiger Agrarstaat gewesen war, das sich im Zeitraum 1985-1993 aber mit durchschnittlich + 8,1% BIP-Wachstum an die Weltspitze setzen konnte und 1993 nur noch 7% seines BIP aus der einstmals so dominierenden Landwirtschaft bestritt. Beim gesamtvolkswirtschaftlichen BIP hatte es 1992 die Niederlande überholt und war beim Pro-Kopf-BIP mit 7.670 US\$ (1993) ebenfalls bereits an einigen EU-Mitgliedern, wie z.B. Griechenland (7.390) und Portugal vorbeigezogen.³⁶

Obwohl auch Taiwan und Singapur brillante Entwicklungsergebnisse aufzuweisen hatten, läßt sich Südkorea als das wohl spektakulärste Industrialisierungswunder des 20. Jh. bezeichnen. Geradezu absurd wäre es, die meisten südamerikanischen oder afrikanischen Volkswirtschaften mit Korea auch nur vergleichen zu *wollen*. Statt der ursprünglich erträumten Gleichheit war es hier also zu einem rapiden sozio-ökonomischen Gefälle zwischen den verschiedenen Teilen der Dritten Welt, nicht zuletzt aber auch zwischen Ostasien, Südostasien und dem „asiatischen Rest“ gekommen.

Schon 1993 spielte „Asien“, wenn man hier einmal einen Vergleich aus der Sportwelt heranzieht, in fünf verschiedenen Ligen:

Zu Gruppe 1 (über 15.000 US\$ pro Kopf) gehörten - nach dem Stand von 1993³⁷ - Japan (32.000), Singapur (19.310), Hongkong (17.860) und Brunei (17.000).

Gruppe 2 (zwischen 15.000 und 2.000): Taiwan (10.850), Südkorea (7.670), Malaysia (3.160) und Thailand (2.040).

Gruppe 3 (zwischen 2.000 und 500): Nordkorea, Indonesien, Philippinen, Malediven und Sri Lanka.

Gruppe 4 (unter 500): VR China (490), Pakistan (430),

Indien (290), Laos (290) und Bangladesh (220).

Gruppe 5 (unter 200): Vietnam, Kambodscha, Myanmar, Bhutan und Nepal.

Die ostasiatischen Staaten stehen auch hier, ebenso wie bereits bei den Einwohner-Verdoppelungszahlen, wesentlich besser da als die meisten anderen Asiaten. Mit Ausnahme der VR China, die seit Beginn der 90er Jahre zu einer eindrucksvollen Aufholjagd angesetzt und mehrere Jahre lang den weltweiten Wachstumsrekord gehalten hat, gehören sie alle zu den Ländern jenseits der 1000-US\$-Kategorie.

Etwas uneinheitlich nehmen sich die südostasiatischen Staaten aus: während das insulare Südostasien z.T. Spitzen-, im übrigen aber gute und mittlere Plätze belegt, gehören die vier festländischen Staaten Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar zu den Schlußlichtern, wobei das metakonfuzianische Vietnam allerdings, ebenso wie China, mit beträchtlichem Erfolg dazu angesetzt hat, aus der durch seine einstmals realsozialistische Politik verursachten Misere herauszukommen und so schnell wie möglich auf die Überholspur zu geraten.

Ganz am Ende des Entwicklungszugs stehen auch hier wiederum die Länder Südasiens, die, von den Malediven einmal abgesehen, alle unterhalb der 500-US\$-Grenze liegen.

Noch ein weiteres Ergebnis läßt sich aus dem hier vorgelegten Datenmaterial entnehmen: sieht man nämlich vom Sonderfall des Rohölland Brunei ab, so wird die wohlhabende Spitzengruppe durchwegs von Volkswirtschaften dominiert, in denen der Metakonfuzianismus den Ton angibt. Wenn die VR China und vor allem Vietnam, die dieses Wertesystem teilen, gegenüber den anderen Volkswirtschaften so weit zurückgeblieben sind, so liegt dies vor allem an ihrer im Zeichen des Realsozialismus jahrzehntelang geführten Wirtschaftspolitik, die das metakonfuzianische Erbe eine Zeitlang verdrängt, es aber mittlerweile in aller Hast wieder hervorgeholt hat.

Neben den Einwohner-Verdoppelungs- und den BIP-pro-Kopf-Zahlen zeigt aber noch ein dritter Parameter, wohin die Entwicklung künftig aller Wahrscheinlichkeit nach verläuft. Nimmt man nämlich die reale Wachstumsrate des BIP pro Kopf im Zeitraum zwischen 1985 und 1993 als Maßstab,³⁸ so ergibt sich folgendes Wachstumsprofil: Thailand (+8,4%), Südkorea (+8,1%), China (+6,5%), Singapur (+6,1%), Malaysia (+5,7%), Hongkong (+5,3%), Indonesien und Vietnam (+4,8%), Bhutan (+4,5%), Japan (+3,6%), Indien (+3%) und Sri Lanka (+2,6%). Alle anderen Volkswirtschaften, darunter Bangladesh, Pakistan, die Philippinen und Nepal lagen in diesem so aussagekräftigen Achtjahreszeitraum unter 2%.

Aus diesen Zahlen ergibt sich erneut ein deutlicher Vorsprung für die ost- (und z.T. auch für die südost-) asiatischen Volkswirtschaften, dagegen ein ebenso deutlicher Rückstand für Südasiens, dessen erfolgreichster Vertreter, Indien, gerade einmal auf Platz 11 gekommen ist.

Kein Zweifel, daß diese langfristigen Trends auch soziale und politische Auswirkungen haben: während bei der ostasiatischen Ländergruppe der Pfeil nach oben zeigt (hohes Wirtschaftswachstum bei geringer Bevölkerungsvermehrung), verhält es sich bei den südasiatischen Ländern gerade umgekehrt. Südostasien nimmt hier im großen und ganzen erneut einen mittleren

³⁶The World Bank Atlas 1995, S.18 f.

³⁷Dazu Key Indicators of Developing Asian and Pacific Countries, 1995, hrsg. von der Asian Development Bank, Manila 1995, S.15.

³⁸Dazu *The World Bank Atlas*, 1995, a.a.O., S.18 f.

Platz ein, wobei es eher zu Ost- als zu Südasiens hin tendiert.

Ist es unter diesen Umständen ein Zufall, daß südasiatische Staaten bisher weder der APEC noch dem ASEM angehören?

Wenn also heutzutage unter Wirtschaftsgesichtspunkten von „Asien“ die Rede ist, denkt kaum noch jemand an Süd- (oder an Zentral-), sondern, eben, an Ost- und Südostasien.

Differenzierungen dieser Art dürften sich in Zukunft eher verstärken als verringern, da die ostasiatischen und (via Huaren) auch die südostasiatischen Volkswirtschaften ein äußerst wirtschaftsfreundliches Wertesystem als Helfershelfer an ihrer Seite haben, und da wirtschaftlicher Erfolg nun einmal erfahrungsgemäß weitere wirtschaftliche Früchte reifen läßt, nämlich in Form des internationalen Kapitals, das sich seinen Weg mit Vorliebe nach Ost- und Südostasien bahnt: 1993 beispielsweise waren nicht weniger als 41% des in die „Dritte Welt“ strömenden Gesamtkapitals nach Ostasien geflossen - 1995 bereits 59% - und dies mit wachsender Tendenz. „Lateinamerika und Karibik“ folgten (ebenfalls 1995) mit gerade einmal 20%, „Osteuropa und Zentralasien“ (also der ehemalige Herrschaftsbereich der Sowjetunion) mit 10%, Südasiens mit 4%, der Mittlere Osten und Nordafrika mit ebenfalls nur 4% und Afrika südlich der Sahara schließlich mit kaum 3%.

Von den 59%, die auf Ostasien entfielen, gingen wiederum 70% in die VR China.

Zwölf Länder zogen also 1995 fast 80% der Dritte-Welt-Investitionen auf sich - darunter nahezu alle ostasiatische Volkswirtschaften. Von diesem „Dritte-Welt-Kuchen“ in Höhe von 231 Mrd. US\$ entfielen 90 Mrd. auf Direktinvestitionen, 47 Mrd. auf staatliche (ODA) Entwicklungshilfeleistungen und 94 Mrd. auf Handelskredite sowie auf Portfolio-Investitionen, welche letztere meist nur spekulativ angelegt werden und keine feste Beteiligung an Betrieben anstreben.

Noch krasser als durch das 59/3-Gefälle zwischen Ostasien und Afrika ließen sich die mittlerweile endemisch gewordenen Unterschiede zwischen Ländern der Dritten Welt wohl kaum noch ausdrücken! Kein Wunder, daß mittlerweile längst zwischen „Dritter“ und „Vierter Welt“ differenziert wird - zu dieser Vierten Welt gehören die „least developed countries“.

3.4.2.2

Gefällekatgorie Nr.2: Zwischen den Regionen

Markante Gefällestufen entwickeln sich aber nicht nur zwischen den Kontinenten (Afrika-Asien-Lateinamerika-Osteuropa und Zentralasien) heraus, sondern auch zwischen den einzelnen Staaten dieser jeweiligen Kontinente, nicht zuletzt aber auch zwischen den substaatlichen „Regionen“, welche letztere bei wirtschaftlichen Überlegungen eine immer wichtigere Rolle spielen.

Ein Vergleich mit den Verhältnissen in der EU zeigt, daß die Gefälle innerhalb von Asien weitaus krasser sind als in Europa: Betrachtet man das Wohlstandsgefälle zwischen den 15 EU-Mitgliedsstaaten nach *nationalen* Kriterien, so liegt Deutschland, nachdem es im Zug der Wiedervereinigung statistisch stark nach unten gezogen wurde, hinter Luxemburg, Belgien, Österreich und Frankreich nur noch auf Platz 6, und zwar mit 17.124 ECU (EU-Durchschnitt: 15.845 ECU).

Rückt man jedoch das *regionale* BIP pro Kopf in den Mittelpunkt, so behält Hamburg seine traditionelle Spitzenstellung vor Brüssel, der Ile de France, Wien, Greater London und der Lombardei.

Selbst innerhalb einer hochentwickelten Volkswirtschaft wie der deutschen gibt es (Stand 1995) immer noch irritierende - und bisweilen gar „asiatische“ Gefällestufen: dies wird deutlich, wenn man die Region Hamburg (30.061 ECU) mit der ärmsten Region, nämlich Mecklenburg-Vorpommern (8.223 ECU) vergleicht. Ein geringeres BIP pro Kopf als Mecklenburg-Vorpommern weist nur noch die griechische Region Ipolros (7.352) und das portugiesische Acores (6.679) auf.

Treten Gefälleunterschiede dieser Art bereits in Europa, ja sogar innerhalb von Deutschland zutage, so erst recht in Asien, das ja, wie nun schon mehrfach erwähnt, noch nie eine Einheit gewesen ist und das sich auch seit 1945 alles andere als zur Einheit hin entwickelt hat.

Ganz an der Spitze in Asien stehen die drei großen japanischen Ebenen auf der Hauptinsel Honshu, nämlich die Tokyo-, die Osaka- und die Nagoya-Ebene mit ihren industriellen und Dienstleistungs-Ballungszentren. Eine Zeitlang, vor allem in den 80er Jahren, galt der Großraum Tokyo als Region mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt.

Regionen mit hoher wirtschaftlicher Verdichtung befinden sich aber auch auf dem chinesischen Festland, und zwar im Küstenbereich, angefangen vom südchinesischen Guangzhou über Shanghai bis hinauf nach Shandong und zum Raum Beijing/Tianjin - nicht zu vergessen auch das zentralchinesische Wuhan am Yangzi.

Was Taiwan anbelangt, so ist fast die gesamte westliche Ebene von Taipei bis hinunter zur südlichen Hafenstadt Gaoxiong eine einzige Wirtschaftsregion, der auf dem Festland einsteilen nur Hongkong und die neue Wirtschaftszone von Shenzhen das Wasser reichen können.

Auch in Südostasien haben sich mehrere regionale Wirtschaftsknotenpunkte herausbilden können, nämlich der Großraum von Bangkok, der das übrige Thailand wirtschaftlich fast als Restgebiet erscheinen läßt, desweiteren das indonesische JaBoTaBek, d.h. der durch die vier west-javanischen Eckpunkte Jakarta, Bogor, Tangerang und Bekasi definierte Großraum. Immer wichtiger als Ballungszentrum wird auch das malaysische Kuala Lumpur sowie nicht zuletzt Singapur, das mit seiner alles überragenden Ausnahmeposition wie ein exotisches Einsprengsel innerhalb der südostasiatischen Umwelt wirkt. Auf den Philippinen hat es Manila und im wirtschaftlich neu aufstrebenden Vietnam das südliche Saigon zur Position eines Hauptmagneten gebracht.

In Korea sind seit den 70er Jahren mehrere Wirtschaftszentren zu Schwerpunktregionen geworden, die sich im Südosten um die Städte Pusan und Masan, im Südwesten um Mokp'o sowie um Kwangju und im Norden um Seoul herum erstrecken.

Zu den beiden Hauptregionen der indischen Wirtschaft haben sich Bombay und Kalkutta entwickelt; in Pakistan steht Karachi einsam an der Spitze.

Charakteristisch für die chinesischen und koreanischen, vor allem aber für die südostasiatischen Schwerpunktregionen ist der gewaltige regionale Unterschied, mit dem vergli-

chen selbst das Gefälle zwischen den deutschen Regionen Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern geradezu sanft wirkt. Das Gefälle zwischen der reichsten und der ärmsten Provinz Chinas beispielsweise, nämlich zwischen Shanghai und Guizhou, lag 1994 bei 9946 (RMB):1102, also beim Neunfachen, während das Gefälle zwischen Hamburg und M-V sich gerade einmal bei 3:1 bewegte. Während aber das deutsche Gefälle sich tendenziell einzuebnen beginnt, ist das chinesische gerade umgekehrt in eine Zerreißphase eingetreten. Noch 1990 beispielsweise hatte das Verhältnis zwischen Shanghai und Guizhou bei noch kaum 3:1 (2194:829) gelegen.³⁹ Zweite und Vierte Welt in *einem* Land!

Das Ideal der „Einen Welt“ scheint also immer mehr in unerreichbare Ferne zu rücken - und dies paradoxerweise ausgerechnet im Zeichen zunehmender Globalisierung! Von einer einheitlichen Dritten Welt gar, wie sie noch in Bandung beschworen worden war, kann ohnehin seit langem nicht mehr die Rede sein - nicht einmal im Bereich Asien!

Nun mag man einwenden, daß der Vergleich von „Stadtprovinzen“ à la Beijing, Tianjin, Shanghai oder Chongqing mit Flächenprovinzen nicht gerechtfertigt sei.

In der Tat kommen bei der Gegenüberstellung von Flächenprovinzen wesentlich „freundlichere“ Zahlen heraus, wobei sich bei einer Gegenüberstellung von China und Indien verhältnismäßig ähnliche Proportionen ergeben. Ein Vergleich zwischen beiden Ländern ist nicht zuletzt deshalb gerechtfertigt, weil sie sowohl vom Territorium als auch von der Einwohnerschaft her Spitzenwerte aufweisen (China ist das dritt-, Indien das siebtgrößte Land der Erde und bei der Einwohnerschaft steht China an erster, Indien aber an zweiter Stelle), da sie beide ferner in ihrer Beschäftigungsstruktur immer noch weitgehend landwirtschaftlich ausgerichtet sind, da sie schließlich beide über rund zwei Dutzend Millionenstädte verfügen und jeweils aus genau 31 Einheiten mit Provinz/Bundesstaatscharakter bestehen. Beim Vergleich zwischen der reichsten und der ärmsten Flächenprovinz, nämlich Liaonings und Guizhou, ergibt sich (bezogen auf das Jahr 1990) ein Gefälle von 3,3 (nach BIP pro Kopf). Der gleiche Unterschied zeigt sich (ebenfalls 1990) zwischen dem reichsten indischen Bundesland (Punjab) und dem ärmsten (Bihar).⁴⁰ Während Chinas wohlhabendste Provinzen entlang der Küste, vor allem der südöstlichen „Goldküste“ liegen, sind sie in Indien im nördlichen Binnenland angesiedelt. Die armen Regionen, die in China vor allem im Südwesten liegen (Guangxi, Guizhou, Anhui) finden in Indien ihre Entsprechung in den vier großen Ländern des sog. „Hindi-Herzlandes“, also in Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Uttar Pradesh, die bisweilen unter dem Akronym BIMARU auftauchen, in dem das Hinduwort *bimar* („krank“) steckt.⁴¹

Zieht man allerdings zum Vergleich die indische Wirtschaftsmetropole Bombay heran, so ergibt sich gegenüber Bihar ein noch krasserer Gefälle als zwischen Shanghai und Guizhou.

3.4.2.3

Gefällekatgorie Nr.3: Zwischen Metropolen und Dörfern

Neben den wachsenden Gefällestufen zwischen den einzelnen asiatischen Staaten sowie zwischen den Regionen dieser Länder ist als drittes noch die Polarisierung zwischen Stadt und Land zu untersuchen, die vor allem im Zuge einer auf den ersten Blick immer schneller vorandrängenden „Metropolisierung“ erfolgt, die vor allem das Wirtschaftsgeschehen - und damit auch die Zukunftsfähigkeit - erheblich beeinflusst.

Da dieser Prozeß nicht gleichmäßig, sondern in oft unterschiedlicher Weise verläuft, seien hier drei asiatische Metropolregionen einander gegenübergestellt, nämlich Manila, Bangkok und Seoul.⁴²

Anhand von acht Indikatoren (Metropolisierungsquote, BIP, Industriebeschäftigte, industrielle Wertschöpfung, Kfz/Pkw, Telefonanschlüsse, Universitäts/Collegestudenten sowie Krankenhausbetten) läßt sich veranschaulichen, daß die Vorrangstellung dieser Metropolen in den Jahren zwischen 1960 und 1990 laufend zugenommen hat, obwohl die staatliche Bürokratie immer wieder versuchte, die metropolitane Dominanz einzugrenzen; lediglich Südkorea hat mit Dezentralisierungsanläufen dieser Art allerdings Erfolge erzielen können.

Ansonsten weisen alle Werte jedoch in Richtung Konzentration:

- Dies zeigt sich, erstens, bei der Bevölkerungsverteilung: charakteristisch für ost-, vor allem aber für südostasiatische Metropolen ist das drastische Gefälle zwischen der Metropole und dem „Rest“ des Landes. Auf den Philippinen belief sich das Verhältnis zwischen der bevölkerungsreichsten und der bevölkerungsärmsten Einzelregion noch 1960 auf 2:1, 1990 dagegen bereits auf 3:1; in Thailand verschob es sich im selben Zeitraum von 5,7:1 auf 7:1 und in Südkorea sogar von 15:1 auf 21:1.

Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes (sog. „Metropolisierungsquote“: MQ) erweist sich Seoul als die mit Abstand dynamischste unter den drei hier zu betrachtenden Hauptstädten, gefolgt von Manila und Bangkok. Sogar im absoluten Sinne gehört Seoul zu den am schnellsten wachsenden Mittelpunktstädten der Erde; hat sie doch zwischen 1970 und 1990 um fast 10 Mio. zugenommen, während die Gesamtbevölkerung des Landes im gleichen Zeitraum lediglich um 12 Mio. anstieg!

Gleichwohl weist Südkorea geringere Bevölkerungsverzerrungen auf als Thailand und die Philippinen, da es in Südkorea neben Seoul immerhin noch weitere fünf Millionenstädte gibt, während der Unterschied zwischen Bangkok (rund 6 Mio.) und der nächstgrößeren Stadt Nonthaburi (227.000) beim 26fachen liegt! Was schließlich die Philippinen anbelangt, so liegt die Einwohnerzahl der zweitgrößten Stadt Davao mit 850.000 gerade einmal bei einem Neuntel der Einwohnerschaft von Metro-Manila (8 Mio.).

Mag Seoul also auf den ersten Blick auch wie ein Moloch wirken, so erscheint die Stadt im Gesamtverband des südkoreanischen Städtesystems doch wesentlich ausgewogener eingebettet als dies bei Bangkok oder Manila der Fall ist.

Wie steht es, zweitens, um die wirtschaftliche und soziale Dominanz der drei Metropolen gegenüber dem „restlichen“ Staatsgebiet?

⁴²Dazu Dirk Bronger, „Manila - Bangkok - Seoul: Metropolisierung versus regionale Entwicklung?“ in *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 139, 1995/5+6, S.339-352.

³⁹Schüller, 1997, S.131.

⁴⁰Indischer Economic Survey, bei Rothermund, Dietmar (Hrsg.), *Indien... Ein Handbuch*, München 1995, S.66.

⁴¹Ebd., 86 ff.

1960 waren die drei Mittelpunktstädte dem übrigen Land weit voraus: das BIP pro Kopf lag, gemessen am Landesdurchschnitt (= 100%), in Seoul bei 230%, in Bangkok bei 260% und in Manila bei fast 300%, das Verhältnis Kfz/Einwohner in Seoul bei 320%, in Bangkok bei 700% und in Manila bei etwa 450%, die Zahl der Telefonanschlüsse in Seoul bei 400%, in Bangkok bei 900% und in Manila bei 700%, die Zahl der Hochschulstudenten (pro Einwohner) in Seoul bei 680%, in Bangkok bei 700% und in Manila bei rund 500%; das Verhältnis der Krankenhausbetten pro Einwohner (ab 1970) in Seoul bei 250%, in Bangkok bei ebenfalls 250% und in Manila bei 430%.

Bemerkenswerterweise war diese Dominanz der Metropole im Falle Seouls bis zum Jahr 1990 fast bei allen Indikatoren auf Vorsprünge von nur noch 120% zusammengeschumpft, so daß sich hier also eine Egalisierung zwischen der Hauptstadt und dem landesweiten „Rest“ zumindest anbahnte, während Bangkok und Manila ihre Dominanz nicht nur beibehielten, sondern sie beim Pro-Kopf-Einkommen sogar noch weiter ausbauten, nämlich im Falle Bangkoks von 260% auf 350%! Mit dem wachsenden Gefälle kommt es aber zu einer weiteren Polarisierung.

Mit dieser Hypothese ist die dritte hier zu stellende Frage, ob sich die klaffenden Unterschiede nämlich zu einer Zeitbombe entwickeln können oder ob die Signale nicht eher auf Entspannung hindeuten, zum Teil bereits beantwortet. An dieser Stelle kommt übrigens auch der Staat als Ausgleichsagentur ins Spiel - und damit letztlich die Fähigkeit seiner Bürokratie, mit einem „modernen“ Hauptzielkonflikt fertigzuwerden, nämlich mit dem Dilemma zwischen Metropolisierung und Dezentralisierung.

Erneut hat sich die koreanische Staatsführung hier der thailändischen und der philippinischen Bürokratie als überlegen erwiesen: während nämlich bei der Hälfte der oben genannten acht Indikatoren Seoul seit langem nicht mehr „dominiert“, bleiben Bangkok und Manila in fast jeder Hinsicht überlegen, um nicht zu sagen: auf geradezu erdrückende Weise vorherrschend.

Damit aber rückt die Frage nach der *gerechten Entwicklung* in den Mittelpunkt. Entwicklung bedeutet letztlich Partizipation eines immer größeren Teils der Bevölkerung an dem wachsenden materiellen, sozialen und kulturellen Wohlstand. Eine solche Teilnahme findet im Falle Koreas immer mehr auch außerhalb Seouls statt, während sie im Falle Thailands und der Philippinen zum größten Teil auf die Metropolen beschränkt bleibt - und auch dort bei weitem nicht allen Einwohnern zugute kommt: man denke an Slums vom Ausmaß etwa Tondos in Manila.

Im Falle Südkoreas hat also eine Polarisations-Umkehr stattgefunden, nicht dagegen im Falle Thailands und der Philippinen. Kein Wunder, daß sich in Südkorea auch ein breiterer Mittelstand hat entwickeln können, der zunehmend demokratische Forderungen zu stellen beginnt, und daß das wirtschaftliche Erfolgsmodell letztlich auch zu einem politischen Erfolgsmodell geworden ist.

Die drei Metropolen sind also nach wie vor boomende Städte, die ihr jeweiliges Land in der Statistik gewaltig nach oben reißen; im Gegensatz zu Seoul produzieren Bangkok und Manila jedoch zugleich auch immer neue Gefällestufen und damit sozialen Sprengstoff. Dies zeigt sich bereits am äußeren Stadtbild. Ganz im Gegensatz zu Manila - und teilweise auch zu Bangkok - ist Seoul trotz seines rasanten Bevölkerungswachstums heutzutage weitgehend frei von jenen bedrückenden Elendquartieren, für

die beispielsweise der Name „Tondo“ steht.

Trotz aller Metropolisierung kann es also sehr verschiedene geo-soziale Entwicklungen geben. „Glanz und Elend der Metropolen“ sind - in dieser Gegensätzlichkeit - nicht naturgesetzlich vordeterminiert, sondern können durchaus in der einen oder anderen Richtung „moderiert“ werden.

Vor allem dem metakonfuzianischen Asien ist das Prinzip der Proportionalität und des Gleichgewichts kulturell eingepflanzelt. Die südkoreanische Bürokratie hat gezeigt, daß solche kulturellen Determinanten auch heute noch am Wirken sind.

Näheres zu Urbanisierung ist in einem späteren Kapitel dieser Serie auszuführen.

Der Ausgleichsdruck und seine Konsequenzen

Wo die Gefälle zwischen den einzelnen Ländern, zwischen den Regionen sowie zwischen Stadt und Land immer steiler werden, erscheint es für Bewohner der ärmeren Regionen geradezu natürlich, wie Wasser zu den chancenreicheren Gegenden zu strömen.

In der Tat gehört nicht nur die Migration von Arbeitskräften zwischen vereinzelt Ländern (z.B. aus Pakistan und Indien nach Japan, Hongkong und Singapur, vor allem aber von Indonesien nach Malaysia), sondern ganz besonders zwischen den Regionen einzelner Länder schon heute zum Alltag - offensichtlich mit schnell wachsender Tendenz.⁴³

Was die Binnenwanderung anbelangt, so ist sie in Indien seit Jahrzehnten gang und gäbe, hat in einem Land wie China aber erst nach Beginn der Reformen, nämlich in den frühen 80er Jahren eingesetzt und sich mittlerweile auf kaum noch überschaubare Migrationsströme vom Hinterland zur Küste erweitert - es werden Zahlen zwischen 80 und 100 Mio. *mangliu*, d.h. „blind Herumwandernden“ genannt. Die Anziehungskraft von Entwicklungssinseln ist also beträchtlich - und bedürfte eigentlich einer ausgleichenden Korrektur. In der Tat versucht die chinesische Bürokratie ein neues Konzept zu entwickeln, das auch Chancen auf den Dörfern eröffnet - Stichwort: Entwicklung von Klein- und Mittelstädten auf der Basis von neuen Industrie- und Dienstleistungsstrukturen. Einzelheiten dazu sind in einem späteren Abschnitt dieser Serie darzustellen.

3.4.3

Folge 2 der Bevölkerungsexplosion: Bodenverluste und Versorgungsengpässe

3.4.3.1

Schrumpfende Anbauflächen

In vielen Ländern Asiens, vor allem im Osten, war Boden immer schon knapp und wurde von den Bauern deshalb so intensiv bestellt, daß sie oft eher Gärtnern glichen als Bauern im westlichen Sinne. Kein Wunder, daß die Intensivierung der Landwirtschaft in Asien wesentlich früher eingesetzt hat als in Europa oder gar in Amerika, wo zusätzliche Nahrungsmittel meist schnell durch Extensivierung, d.h. durch Erschließung zusätzlicher Flächen beschafft werden konnten. In den meisten Teilen Asiens dagegen waren die Bauern auf Intensivbebauung eingestellt - vor allem auf dem Naßreisfeld, das seit Jahrhunderten zu einer „Hochleistungsfabrik“ ohnegleichen geworden war, mit dem sich

⁴³Zur internationalen Migration vergleiche FEER, 2.4.1992, S.21 und SOAa, 1993/9, S.340.

der europäische Acker auch nicht im entferntesten vergleichen läßt.

Zwar gibt es einige asiatische Volkswirtschaften, die nach wie vor reich mit landwirtschaftlichem Boden gesegnet sind, so z.B. Bangladesch, dessen Ackerland sich auf immerhin 66% des gesamten Staatsterritoriums beläuft,⁴⁴ desweiteren Indien (50,5%), Thailand (34,3%) und Pakistan (26,1%).

Auf der anderen Seite der Skala stehen die Staaten mit knapp bemessenem Ackerland, z.B. China (9,6%), Malaysia (3,4%), Laos (3,3%) und Bhutan mit gar nur 2,4%.

Einen Mittelplatz nehmen Länder wie Südkorea (19%), die Philippinen (18,4%), Vietnam (16,6%), Myanmar (14,2%) und Kambodscha (13%) ein. Im Vergleich dazu kommt Deutschland auf 32,7%!

Die Anbaufläche pro Person ist in Asien seit den 50er Jahren stetig gefallen - eine Folge der Ausdehnung von Städten, Industrieanlagen und Infrastrukturbauten. So ging etwa in Wirtschaftswunderländern wie Südkorea oder Taiwan allein im Zehnjahreszeitraum zwischen 1984 und 1994 nicht weniger als rund 20% der Getreideanbaufläche verloren - in ganz Asien waren es etwa 10%.

Der Verstädterungsprozeß, der für diesen elementaren Wandel in erster Linie ursächlich ist, verläuft in Asien weitaus schneller als beispielsweise in Deutschland: während die Bevölkerung hier 1960 zu 76%, 1993 zu 86% und im Jahr 2000 voraussichtlich zu 88% in Städten/Stadtregionen lebt, die Urbanisierung also angesichts hoher „Sättigung“ nur noch langsam vorankommt (zwischen 1960 und 1993 um 0,7%, zwischen 1993 und 2000 sogar nur noch um 0,4%),⁴⁵ lagen die drei Vergleichswerte 1960/1993/2000 in der VR China bei 19:29:35 und die beiden entsprechenden Verstädterungsraten bei 3,1% bzw. 3,8%,⁴⁶ wie ja überhaupt in den meisten asiatischen Staaten das Urbanisierungstempo weit höher als das entsprechende deutsche lag, so z.B. (bezogen auf den Zeitraum 1993 bis 2000) in Südkorea beim Sechsfachen (2,3%), in Thailand beim Siebenfachen (2,8%), in Malaysia beim Neunfachen (3,6%) und auf den Philippinen sowie in Vietnam beim Zehnfachen (3,9% bzw. 3,8%). Noch weit schneller ging es bei den asiatischen Rekordhaltern voran, nämlich in Indonesien (4,2%), Laos und Kambodscha (je 5,9%) sowie in Nepal (6,9%).⁴⁷

Selbst die einwohnerstärksten europäischen Städte (Paris 9,4 Mio. 1997, London 7,3 Mio.) werden von zahlreichen asiatischen Städten längst in den Schatten gestellt, sei es nun von Metro-Manila (9,2 Mio.), Jakarta (11,5), Seoul (11,6) oder Shanghai und Bombay (je 15). Weit davon entfernt, bereits Sättigungserscheinungen zu zeigen, wachsen auch diese Riesenmetropolen immer noch mit Spitzengeschwindigkeiten weiter, so z.B. (Zeitraum 1950-1995) Metro-Manila +3,1%, Jakarta +4,4%, Seoul +2%, Shanghai +2,3% und Bombay sogar +4,2%.⁴⁸ Selbst „kleinere“ Metropolen, wie Bangkok mit 6,5 Mio. Einwohnern, befinden sich nach wie vor auf einem Wachstumspfad von +2,2%.

3.4.3.2

Das Bauerntum - auf dem Aussterbeetat?

⁴⁴Zahlen 1993, UNDP, a.a.O., S.210 f.

⁴⁵UNDP, a.a.O., S.232.

⁴⁶Ebd., S.206.

⁴⁷Ebd.

⁴⁸Ebd., S. 206 f.

Während die Städte sich immer weiter ins Umland hinaufzesseln - gleichzeitig auch immer mehr in den Himmel wachsen -, scheint das Bauerntum vielerorts wie ein Stein in die Tiefe zu fallen.

Bereits in der westlichen Welt hat sich seit dem Ende des 19. Jh. eine gesellschaftliche Umschichtung ereignet, deren - historisch gesehen - sensationellstes Ergebnis das (Beinahe-) Verschwinden des Bauerntums war, das seit Beginn der Jungsteinzeit vor etwa 6000 Jahren zumindest quantitativ die meisten eurasiatischen Gesellschaften geprägt, und überdies auch ihre Denkweise mitdeterminiert hatte. Sogar in den beiden größten Industriegesellschaften der Vorkriegszeit, nämlich in Deutschland und den USA, hatte bis zum Zweiten Weltkrieg noch immer ein Viertel der Bevölkerung Landwirtschaft und Viehzucht oder Fischerei betrieben. Im dritten Viertel des Jahrhunderts war dieser Anteil jedoch in fast allen modernen Industriestaaten auf weit unter 10% zurückgegangen - und hatte sich 1991 beispielsweise in Deutschland auf gerade noch 4,2% eingependelt.⁴⁹

Fast ähnlich ruckartig vollzog sich, wenn auch zeitlich etwas verschoben, die Entwicklung im hochindustrialisierten Asien, nämlich in Japan, wo der Anteil der Bauern von 52,4% i.J. 1947 auf 9% i.J. 1985 zurückging, d.h. also innerhalb der halben statistischen Lebensspanne eines zeitgenössischen Durchschnittsjapaners.

Was das weniger entwickelte Asien anbelangt, so ist das Bauerntum dort innerhalb von nur zwei Jahrzehnten (1975 bis 1993) in den meisten Staaten um durchschnittlich 10%, in manchen Ländern, wie z.B. in Malaysia, sogar um 20% weggeschmolzen. In Indien, wo 1975 noch 70% der Männer und 83% der Frauen in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, waren es 1993 nur noch 61% bzw. 78%. Für Indonesien lauten die entsprechenden Zahlen (aufgerundet) 66/68 und 51/54, für Thailand 71/76 und 63/65 sowie für Malaysia 50/68 und 26/25.⁵⁰

Allerdings scheint es hier retardierende Kräfte zu geben - ein Eindruck, den insbesondere die Entwicklungen in der VR China nahelegen: dort ist der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und betrug 1996 nur noch 20% (1980: 30,4%). Konträr zu dieser Entwicklung ist in der Landwirtschaft jedoch nach wie vor ein Großteil der Arbeitskräfte beschäftigt: offiziell beläuft sich die Zahl der Beschäftigten in den Bereichen Anbau, Forstwirtschaft, Vieh- und Fischzucht sowie in der Nebengewerbeproduktion auf rund 300 Mio.⁵¹ Solche widersprüchlichen Entwicklungen machen deutlich, daß die Landwirtschaft heutzutage eine Art Rückstaubecken für „*xianyu rennyuan*“, d.h. für „überschüssige Arbeitskräfte“ ist, die, wenn sie nicht durch „ländliche Industrialisierung“ Arbeit und Brot finden können, früher oder später dazu angehalten sind, in die Städte abzuwandern.

Auf die Frage, was mit diesem „Überschuß“ geschehen soll, ist in einem späteren Kapitel einzugehen.

3.4.3.3

Die Schere zwischen schrumpfender Nutzfläche und wachsender Nachfrage nach Nahrungsmitteln

Während die Bevölkerungszahlen in Asien von Jahr zu

⁴⁹Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1993, S.116.

⁵⁰Key Indicators der ADB, a.a.O., S.7.

⁵¹Dazu Margot Schüller, „Chinas Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1996“, C.a., 1997/4, S.339-343, hier 339 f. m.N.

Jahr explodieren und die Städte ins Uferlose wachsen, befinden sich die Nutzböden in einem permanenten Schrumpfungsprozeß. Dieser Vorgang wirkt auf europäische Beobachter oft befremdend, da die EU mit ihren rund 360 Mio. Menschen schon seit langem zu einem Vorbild für das Gleichgewicht zwischen Nahrungsmittelvorräten und Bevölkerungszahl geworden ist: hat sich doch der Getreideverbrauch Europas seit fast zwei Jahrzehnten auf knapp 160 Mio. t eingependelt.

Diesen Idealzustand sollte man sich vor Augen halten - aber sogleich auch wieder verdrängen! - wenn man den Lichtkegel auf Asien richtet, wo die Unausgewogenheit zwischen Menschenzahl und Nahrungsmittelangebot sprichwörtlich ist, und von Jahr zu Jahr sogar noch zunimmt.

Einen besonders schockierenden Anschauungsunterricht liefert in diesem Zusammenhang die VR China: während sich ihre Bevölkerung zwischen 1949 und 1993 mehr als verdoppelt hat, ist die Ackerbaufläche im gleichen Zeitraum um etwa 16 Mio. ha geschrumpft, nämlich von 111 Mio. ha i.J. 1957 auf 95 Mio. i.J. 1993 - um ein Areal also, das schon fast an die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Deutschlands (19,5 Mio. ha) heranreicht. So kommt es, daß die Pro-Kopf-Nutzfläche, die in den 50er Jahren noch 0,18 ha betrug, Anfang der 90er Jahre auf 0,087 ha zusammengeschrumpft ist - und heutzutage gerade noch bei etwa einem Drittel des Weltdurchschnitts liegt. Schlimmer noch: während die Bevölkerung sich in den 90er Jahren jährlich um rund 16 Mio. netto vermehrt, nehmen die vorhandenen Ackerflächen kontinuierlich weiter ab. Besonders deutlich wurde dies in den beiden Boomjahren 1984/85 und 1992: durch den Aufbau von Kleinstädten und ländlichen Industrieansiedlungen gingen allein 1984/85 rund 1 Mio. ha Land verloren - der bisher gravierendste Einschnitt in der Geschichte nicht nur der Volksrepublik, sondern vielleicht des Reichs der Mitte überhaupt. Auch das „Bodenverwaltungsgesetz“ von 1990 konnte diesem Prozeß keinen merklichen Einhalt gebieten,⁵² zumal auch noch der Bau von Schienenwegen und Straßen, ja von Autobahnen jährlich viele tausend Hektar unter Asphalt verschwinden läßt.

Auch in Indonesien, Bangladesch oder Thailand sieht es nicht wesentlich besser aus. Eine Studie der Weltbank aus dem Jahr 1990 weist darauf hin, daß in Indonesien Jahr für Jahr rund 10.000 ha Agrarland allein als Baugrundstücke verschlungen werden. Allein die Hauptinsel Java verliert durch das Wachstum der Städte jährlich rund 20.000 ha Ackerland - eine Fläche, die ausreichen würde, um jährlich Reis für 378.000 Indonesier hervorzubringen.

In Bangladesch, vor allem rund um Dhaka, verschwinden ebenfalls jedes Jahr weite landwirtschaftliche Nutzflächen, weil die Bauern dort durch Bodenverkauf mehr Geld verdienen können als durch noch so fleißige Ackerbearbeitung.

Was schließlich die von vielen Kritikern als Krebsgeschwür betrachtete thailändische Metropole Bangkok angeht, so vergrößert sie sich zwischen 1984 und 2000 jährlich um vermutlich 51.000 ha - mit einer Wachstumsrate also von 40%!⁵³

Dieser Wucherungsprozeß ist umso bedenklicher, als ja die meisten asiatischen Städte - historisch gesehen - fast

immer in den fruchtbarsten landwirtschaftlichen Gebieten entstanden sind, und ausgerechnet diese Böden nun zubetoniert werden!

Aber auch die von der Bau- und Verstädterungswut einstweilen noch verschont gebliebenen Flächen verlieren schnell an Qualität, da ihnen häufig ein Übermaß an Grundwasser entzogen wird - vor allem in Nordindien und in Nordchina. Sollte es außerdem in den nächsten Jahren wegen Erwärmung der Temperatur des Planeten zu einem Anstieg des Meeresspiegels um 50-100 cm kommen, so gingen in tiefer gelegenen Bereichen wie Bangladesch, Südvietnam oder Küstenchina zusätzliche Flächen - diesmal durch Überschwemmung - verloren.

Allein in China wäre in diesem Fall mit dem Verschwinden von 9,2 Mio. ha zu rechnen. Dadurch würden etwa 80 Städte im wahrsten Sinne des Wortes versinken und überdies 70 Mio. Menschen heimatlos werden: sie müßten m.a.W. in höhergelegene Inlandsgebiete umziehen und sich mit den dortigen Bauern in eine noch schmaler gewordene Nutzfläche teilen.

Wie man die Lage der Bauern auch immer betrachtet, erscheint sie am Ende doch stets prekär: Zwar werden einstweilen durch immer neue „Intensivierungswunder“ von Jahr zu Jahr höhere Ernten erzielt, damit freilich gleichzeitig auch die Preise „verdorben“. Der „Lohn“ für viele chinesische Bauern, die 1996 beispielsweise eine Rekordernte von 490 Mio. t einbrachten (1992 waren es noch 443 Mio. gewesen), bestand darin, daß die Bauern in vielen Regionen beim Verkauf ihres Getreides an die staatlichen Einkaufsstationen statt Bargeld erneut wieder nur Anrechnungsscheine für eine spätere Bezahlung erhielten - nicht gerade ein Anreiz für weitere Produktionsanstrengungen!

Sollten die Überschüsse andererseits eines Tages angesichts wachsender Bevölkerungszahlen aufgebraucht sein, wäre auch dann die Gewinnsituation nicht gerade berauschend, weil sich allzu viele Bauern in die Gewinne teilen müßten.

In Indien wären von den oben angedeuteten Überschwemmungen, wie sie mit der Erwärmung der Erdatmosphäre einhergingen, 570.000 ha bedroht - gar nicht zu reden von dem noch tiefer gelegenen Vietnam, das zum Schutz des Küstenbereichs Deiche auf einer Länge von 4700 km neu errichten oder vorhandene Anlagen zumindest aufstocken müßte.⁵⁴

Die quantitative Schrumpfung und die qualitative Verschlechterung der Ackerböden kann auch durch höhere Düngergaben nicht wettgemacht werden, da Düngemittel auf die Dauer kein Ersatz für wirklich gesunde Böden sind - und da eine weitere Erhöhung nicht nur den Grenznutzen verringern, sondern auch zu einer zusätzlichen Überdüngung der Weltmeere führen würde: schon heute sorgen ja riesige Phosphor- und Stickstoffabflüsse an zahlreichen asiatischen Küsten für erhöhtes Algenwachstum und - als Folge davon - für ein rasantes Fischsterben.

Weitere Verluste von Ackerböden drohen aber nicht nur durch Urbanisierung, durch Überschwemmung und durch Bodendegradierung, sondern auch durch Wind- und Wassererosion, der in Afrika und Europa jährlich 5-10 t Krume pro ha zum Opfer fallen, dagegen annähernd 30 t pro ha in Asien! Dieser „Verlust an Mutterboden“ ist, wie World Watch⁵⁵ betont, nicht nur im Hinblick auf die Zu-

⁵²Dazu C.a., 1993/10, S.1021.

⁵³World Watch Institute Report. Zur Lage der Welt 1996. Konzepte für das Überleben unseres Planeten, Frankfurt/Main 1996, S.109.

⁵⁴Weltbank, Issues and Options in Greenhouse Gas Emissions Control: Summary Report, Washington D.C., December 1994.

⁵⁵Ebd., S.113.

kunft untragbar, sondern erweist sich auch als Sünde an der Leistung vergangener Generationen - und ist insofern von historischer Tragik: wurde doch hier in wenigen Jahrzehnten durch menschliches Handeln - und Versagen - ein natürliches Vermögen verschwendet, das sich in Tausenden von Jahren angesammelt hat!

Nicht in allen asiatischen Ländern stellt sich das Problem des Ackerbodenverlusts in gleicher Schärfe. In einigen der weniger dicht besiedelten Länder gibt es ja noch Intensivierungsreserven, so z.B. in Laos, wo die Möglichkeit besteht, im Falle eines schnelleren Bevölkerungsanstiegs drei Lösungen anzupeilen, von denen bisher noch nie Gebrauch gemacht wurde, nämlich Sicherstellung der Wasserversorgung auch im Trockenhalbjahr (sc.l. durch den Bau von Bewässerungsprojekten), systematischere Düngung und Verwendung ertragreicherer sowie widerstandsfesterer Anbausorten.

Noch bis in die frühen 90er Jahre hinein war die Bewässerung in Laos höchst unzulänglich gewesen, da nur etwa 3% der gesamten Anbaufläche in der Trockenzeit systematisch berieselt werden konnten. Wasserstauprojekte würden hier also Wunder wirken! Das gleiche wäre von einer besseren Düngung zu erwarten: da die Böden im Bereich des Mekong und seiner Nebenflüsse nährstoffarm sind, war der traditionelle laotische Bauer jahrhundertlang zu „ambulanten“ Feldbestellung gezwungen: Felder blieben also meist ein bis zwei Jahre brach liegen, ehe sie sich vom Nährstoffzug der vorangegangenen Ernte wieder erholt hatten und nun neu bestellt werden konnten. Nicht zuletzt aber galt es, geeignetere Anbausorten zu finden - eine Aufgabe, die sich unter Mithilfe des IRRI (International Rice Research Institute) bewerkstelligen ließ.

Daneben gab es noch weitere Intensivierungsmöglichkeiten, so z.B. die Züchtung von Fischen in den Reisfeldern, den vermehrten Obstanbau auf den Hochplateaugebieten und die Kombination von Teakbäumen mit Feldfrüchten oder Weideflächen, womit gleichzeitig auch ein Beitrag zum Bodenschutz und zur Erhöhung des bäuerlichen Einkommens geleistet würde. Hand in Hand damit waren aber auch die Verkehrswege zu verbessern, damit Nahrungsmittel und andere Güter zwischen den einzelnen Landesteilen ausgetauscht und damit auch die Arbeitsteilung auf ein neues Niveau gebracht würde.⁵⁶

Von Lichtblicken dieser Art einmal abgesehen, ist es um die Ernährungslandschaft in Asien aber langfristig düster bestellt.

Die Ernährungsfrage könnte also eines Tages sehr wohl - wieder! - zu einem Hauptthema werden, und zwar Hand in Hand mit der Bodenfrage.

3.4.4

Die soziale Frage meldet sich zu Wort

3.4.4.1

Vier Aspekte als Paradigmata

Noch um 1950 hatten in den meisten asiatischen Staaten über 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft gelebt. Entsprechend hoch war die wirtschaftliche Selbstversorgung und die soziale Absicherung.

Als Hauptkennzeichen für die damaligen Sozialbeziehungen lassen sich gering entwickelte Geldwirtschaft und wenig ausgeprägtes Profitdenken, traditionale (häufig auch religiöse) Fundierung der Abhängigkeitsverhältnisse zwi-

schen Grundbesitzern und „Pächtern“ oder aber - so die „hydraulische Theorie“! - zwischen Wasserbaubürokratie und Bauernschaft sowie soziale Sicherheit auf der Grundlage gegenseitiger Treueverhältnisse nennen, die vom herkömmlichen Pachtverhältnis in China bis hin zum Jajmani-System im hinduistischen Indien reichten. Außerdem spielte der Staat zumindest im Wirtschafts- und Sozialbereich kaum eine Rolle und begann sich hier erst dann einzumischen, wenn die Proportionen außer Rand und Band zu geraten und damit gesamtgesellschaftliche Sprengkraft zu entfalten drohten.

Alle diese im Laufe von Jahrhunderten eingespielten Konstellationen gerieten unter dem Druck der mit fast 200jähriger Verspätung auf Asien übergreifenden „industriellen Revolution“ ins Wanken und begannen vor allem in den Ländern der „kleinen Tiger und Drachen“ innerhalb einer einzigen Generation einzustürzen: An die Stelle der Tauschwirtschaft traten nun Geld und Profitdenken; die traditionelle Arbeitsteilung wurde durch Arbeitsverträge und die durch das alte „do ut des“ zumindest notdürftig garantierte „soziale Sicherheit“ durch das Verschwinden der Voraussetzungen dieses Systems demontiert. Gleichzeitig begann der Staat als Mitgestalter des wirtschaftlichen Aufbauprozesses und als Sozialagentur eine immer wichtiger werdende Rolle zu spielen, ohne daß er freilich die an ihn gerichteten Erwartungen auch nur im Ansatz hätte befriedigen können.

In „sozialistisch“ gewordenen Ländern, wie in China, Vietnam oder Nordkorea, blieben die traditionellen Strukturen in der Verkleidung „sozialistischer“ Konstellationen zwar noch eine Zeitlang bestehen, doch begannen diese Restbestände mit dem Einsetzen der Reformen auch hier nach und nach einzustürzen.

Wie sich die Verhältnisse mittlerweile geändert haben, sei hier anhand von vier sozialen Problemstellungen beispielhaft erläutert, nämlich erstens anhand des kritischen Verhältnisses zwischen Militär- und Sozialausgaben, das zugleich auch die neue Rolle des Staates deutlich werden läßt, der sich in früheren Zeiten zwar viel um Kriegsführungs-, kaum aber um Sozialbelange gekümmert hatte und der sich nun plötzlich mit einem ganz neuen Verteilungsdilemma konfrontiert sah; ein ähnliches Spannungsverhältnis ergibt sich bei der zweiten Frage, nämlich der Arbeitsbeschaffung; drittens geraten Gesundheits- und Erziehungsbelange sowie nicht zuletzt auch die Fragen des Gefalles zwischen den rasch auseinanderdriftenden Einkommensgruppierungen immer mehr ins Scheinwerferlicht der sozialpolitischen Diskussion.

3.4.4.1.1

Militär- und Sozialausgaben

Das Verhältnis zwischen Militär- und Sozialausgaben hat sich im Laufe der Jahrzehnte als ein Verschiebebahnhof erwiesen, der in Asien zu günstigeren Ergebnissen führte als in vielen anderen Teilen der Dritten Welt. Setzt man die nationalen Gesamtausgaben für Erziehung und Gesundheit mit 100 an, so lagen die daran gemessenen Militärausgaben weltweit im Jahre 1960 bei 104%, 1990/91 bei 37%. Die weltweiten Militärausgaben sind in diesen drei Jahrzehnten also fast auf ein Drittel zurückgegangen. Diese Reduktion war allerdings eher ein Verdienst der Industrie- als der Entwicklungsländer; konnten nämlich die Industriestaaten den Militäranteil von 97% auf 33% zurückfahren, so die Entwicklungsländer nur von 143% auf 60%.

⁵⁶Dazu SOAa, 1994/3, S.148.

Die in Asien höchsten Militärausgaben leistete sich hier 1990/91 Myanmar, und zwar mit 222%!

Es folgten Singapur (129%), China (114%) und Sri Lanka (107%), vermutlich aber auch Nordkorea und Thailand, für die keine näheren Angaben vorliegen.⁵⁷ Verglichen mit Spitzenreitern wie Syrien (373%), Irak (271%) und Oman (293%) nehmen sich die „asiatischen Werte“ - von Myanmar einmal abgesehen - zwar immer noch bescheiden aus, liegen aber insgesamt doch weit über dem lateinamerikanischen oder dem afrikanischen Durchschnitt. Auf der unteren Skala rangieren lediglich Bangladesch (41%), die Philippinen (41%), Malaysia (38%), Nepal (35%) und Hongkong (10%). Sie liegen unterhalb der mit 60% errechneten „Normalitätlinie“ aller Entwicklungsländer.

Obwohl die Sicherheitsprioritäten, wie diese Zahlen zeigen, in den vergangenen 30 Jahren zugunsten der sozialen Belange substantiell zurückgegangen sind, besteht immer noch beträchtlicher Verlagerungsbedarf zugunsten von Erziehung und Gesundheit! Militärisch leben die meisten asiatischen Staaten m.a.W. auch heute noch weit über ihre Verhältnisse!

Solange China hier allerdings keine grundlegende Wende vollzieht und bei der Abrüstung mit gutem Beispiel vorgeht, werden sich vermutlich auch die anderen mit ihren Konversionsüberlegungen Zeit lassen!

3.4.4.1.2

„Überschüssige Arbeitskräfte“

Auch die Arbeitslosigkeit wächst in den meisten asiatischen Ländern, wenngleich es zu diesem heiklen Thema nur selten präzise Zahlen gibt. China spricht beispielsweise verschämt von *xianyu renyuan* („überschüssigen Arbeitskräften“) und beziffert deren Zahl mit etwa 200 Mio. Manchmal ist auch von *daiyezhe* („auf Arbeit Wartenden“) die Rede.

Besser als auf genaue Arbeitslosenzahlen sollte man sich deshalb bei der Bewertung der Beschäftigungssituation auf die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte und auf ihre Bindung an den Sektor der „Landwirtschaft“ verlassen, die, wenn sie besonders hoch liegt, schon als solche ein Defizit verrät.

Unter denjenigen asiatischen Ländern, deren „Arbeitskraft“-Anteil (gemessen an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1990) über dem Durchschnitt aller Entwicklungsländer (47%) liegt, sind hier Bangladesch (49%), Laos und Nordkorea (50%), Myanmar, Vietnam und Hongkong (51%) sowie die beiden Spitzenreiter Thailand (57%) und China (59%) zu nennen.⁵⁸

Inwieweit sind diese Arbeitskräfte an die „Landwirtschaft“ gefesselt?

Zu den Spitzenreitern, deren Beschäftigte in der Landwirtschaft weit über dem Durchschnitt aller Entwicklungsländer (61%) liegen, gehören ebenfalls zahlreiche asiatische Staaten, allen voran Vietnam (71%), China (72%), Myanmar (73%), Kambodscha (74%), Laos (78%) und Bhutan (94%). Indien liegt im Vergleich dazu noch günstig, nämlich bei 64%.

Auch beim Dienstleistungsanteil, der für sämtliche Entwicklungsländer i.J. 1990 bei 23% aller Beschäftigten lag, stehen einige asiatische Staaten nicht besonders vorteilhaft

da, nämlich China mit 13%, das nur noch von Nepal und Bhutan (mit 6 bzw. 5%) unterboten wird, während auf Indien bereits 20%, auf Hongkong 62% und auf Singapur sogar 64% entfallen!

Die Beschäftigungsfrage gehört also bei einigen Ländern, nicht zuletzt bei der VR China mit zu den Hauptproblemen der Gesellschaft, und zwar nicht nur was die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern was auch ihre sektorale Verteilung - und damit ihre „Modernität“ - anbelangt.

3.4.4.1.3

Defizite im Gesundheits- und im Erziehungswesen

3.4.4.1.3.1

Gesundheitliche „Entbehrungen“

Das „Profil menschlicher Entbehrungen“, wie es vom UNDP erstellt wurde, nimmt sich in Asien besonders einheitlich aus: gibt es hier doch sowohl Spitzenreiter wie Japan und die Vier kleinen Drachen als auch Schlußlichter wie China und Indien mit ihren weltweit höchsten Zahlen an Einwohnern, die keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten, zu sicherem Wasser und zu einer, modernen Vorstellungen entsprechenden, hygienischen Lebensführung haben. Bezogen auf den Fünfjahreszeitraum 1990-95 mußten beispielsweise in der VR China 96 Mio. Menschen auf Gesundheitsdienste, 395 Mio. auf sicheres Wasser und 909 Mio. auf angemessene Hygiene verzichten. In Indien lag dieses Verhältnis bei 135:171:640 Mio. und in Indonesien bei 38:73:94 Mio.⁵⁹ Am entgegengesetzten Ende der Skala standen Hongkong und Singapur, wo diese Defizite eher gegen Null tendierten; andere Länder wie Thailand, Malaysia und die Philippinen lagen etwa in der Mitte zwischen diesen Extremen.

Während Atemwegsleiden meist durch sträfliche Vernachlässigung der Umwelt hervorgerufen werden, hängt die Zunahme ansteckender Krankheiten hauptsächlich mit mangelnder Hygiene zusammen, die z.T. individuelle, z.T. aber auch sozialpolitische Ursachen hat, sei es, daß die Bevölkerung nicht genügend aufgeklärt wird, oder sei es, daß hygienische Grundstandards, wie sie von der Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlen werden, in der Sozialpolitik einzelner Länder kein Echo finden.

Drei ansteckende Krankheiten sind es vor allem, die Asien in den kommenden Jahrzehnten auf besonders verheerende Weise heimsuchen dürften, nämlich Malaria, Tbc und Aids.

- Zur „Killerkrankheit Nr.1“ hat sich am Ende des 20. Jh. längst wieder - wie schon in der Vergangenheit - die Tropenseuche *Malaria* entwickelt, an der jährlich mehr als 100 Mio. Menschen erkranken - und mindestens 2 Mio. sterben, darunter vor allem Kinder unter fünf Jahren.

Zwar liegen die Flächenstaaten mit dem höchsten Infektionsrisiko in Zentralafrika sowie im nordöstlichen Lateinamerika. Doch sind diese Gebiete nicht so dicht besiedelt, wie die zwar kleineren, aber ebenfalls im Hochstrisikogebiet liegenden asiatischen Bereiche. Vor allem Festlandssüdostasien, Kalimantan/Borneo und Neuguinea gehören zu diesen gefürchteten „Zonen C“.

Indien, Pakistan und die größten Teile Indonesiens werden von der WHO dem Bereich „Zone B“ mit geringerer Infektionsgefahr zugerechnet, während der größte Teil der VR China zur „Zone A“ mit niedrigem Malariarisiko gehört. Da aber gerade die hier zu den Zonen B und C rechnenden

⁵⁷UNDP, a.a.O., S.204 f.

⁵⁸UNDP a.a.O., S. 198 f.

⁵⁹UNDP, a.a.O., 176 f.

Gebiete besonders dicht besiedelt sind, können die verringerten Gefahrenstufen durch erhöhte „Trefferquoten“ kompensiert werden.

Noch in den 50er und 60er Jahren war die WHO zuversichtlich gewesen, daß die Schwärme der weiblichen Anopheles, die den leberschädigenden Virus durch ihre Stiche überträgt, mithilfe des Kontaktgift DDTs in Form systematischer Sprühkampagnen vernichtet werden könnten.

Doch schon in den 70er Jahren hatte sie sich mit der ernüchternden Erkenntnis abfinden müssen, daß der Ausrottungsfeldzug gegen die Anopheles wohl doch verloren sei, da die Stechmücken in ihrem Organismus innerhalb kurzer Zeit ein Enzym hatten entwickeln können, das den DDT-Wirkstoff neutralisierte.

Auch andere Abwehrmittel erwiesen sich als weitgehend ungeeignet: das schon seit dem 17. Jh. verwendete Chinin z.B. führt allzu häufig zu Taubheit oder zu Erblindung. Selbst das lange Zeit hochgelobte Resochin hat, ebenso wie DDT, längst seine heilende Wirkung verloren, seit nämlich die Erreger auch hiergegen resistent werden konnten.

Mit der Erwärmung der Erdatmosphäre und dem damit einhergehenden Treibhauseffekt verbessern sich zu allem Überfluß auch noch die Lebensbedingungen der Malaria-stechmücken, so daß es auch bei den Viren zu einem neuen Evolutionssprung kommen könnte.

- Eine weitere Seuche, die sich (nach einem WHO-Bericht vom 21.3.96) ebenfalls wieder auf dem Vormarsch befindet, und bis zum Jahr 2015 weltweit rund 100 Mio. Tote fordern dürfte, ist die *Lungen-Tbc*. Am schlimmsten sind von diesem Leiden derzeit (nach dem Stand von 1993) die Philippinen und Indonesien betroffen.

China andererseits wurde in dem Bericht dafür gelobt, daß es das DOTS (Directly Observed Treatment, Short Course) der WHO vorbildlich durchgeführt und die Zahl seiner Tbc-Toten deshalb von 375.000 i.J. 1990 auf 105.000 i.J. 1994 habe reduzieren können.

Andererseits gebe es in Asien noch viele „heiße Punkte“, wo die Tbc besonders schnell um sich greife, vor allem in Thailand und in Vietnam.⁶⁰

- Eine dritte Killerkrankheit schließlich, der man in Asien später als in den meisten anderen Erdteilen Beachtung geschenkt hat, ist die explosionsartige Ausbreitung von *HIV* und *Aids*.

Im nordostthailändischen Chiangmai, wo im September 1995 ein Aids-Kongreß stattfand, befindet sich eines der Epizentren dieser modernen - und tödlichen Krankheit. Rund ein Fünftel der dort lebenden jungen Männer gelten bereits als Virusträger. Nach Schätzungen der WHO belief sich die Zahl der HIV-Infizierten in ganz Thailand 1995 auf 800.000 (bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 60 Mio. Einwohnern). Höhere Zahlen weist in Asien lediglich Indien mit 3,8 Mio. Virusträgern und rund 200.000 Aidserkrankten auf.

Man kann davon ausgehen, daß es Mitte der 90er Jahre weltweit ungefähr 18 Mio. HIV-Infizierte gibt, von denen 3-4 Mio. in Asien leben. Nach Befürchtungen der WHO könnte diese Zahl auf dem asiatischen Kontinent jedoch schon im Jahr 2000 bereits auf 10-15 Mio. hochgeschwungen sein- und dies mit schnell steigender Tendenz. Asien hätte

dann mehr Infizierte zu beklagen als der gesamte Rest der Welt.⁶¹

Ähnlich wie schon bei der Malaria hatte sich die WHO auch hier eine Zeitlang optimistisch gegeben und geglaubt, daß das „Afrikasyndrom“ nicht auf Asien übergreifen könne - immerhin hatte es bis 1987 gedauert ehe Indien seinen ersten Aidsfall meldete - und gar bis 1991, als hier auch Indonesien folgte. Kaum aber waren die ersten Fälle bekanntgeworden, begann ein regelrechtes Lauffeuer.

Die Schnelligkeit der Ausbreitung hängt u.a. damit zusammen, daß Scham und traditionelle Vorbehalte eine wirksame Aufklärung behindern. Anders als in den meisten westlichen Ländern werden HIV-Viren ferner nicht durch homosexuellen, sondern durch heterosexuellen Geschlechtsverkehr übertragen, für den das üppige Bordellwesen Asiens eine breite Grundlage liefert. In Ländern wie Thailand, den Philippinen oder in den noch bis vor kurzem realsozialistischen Ländern Vietnam und Kambodscha gibt es unzählige Bordelle und Massagesalons, die von den Einheimischen gleichsam „zum Nachtschiff“ besucht werden. In Thailand sind schätzungsweise 1 Mio., in Indien vermutlich 10 Mio. Frauen im Prostitutionsgewerbe tätig. Von den 100.000 Prostituierten Bombays gelten mehr als ein Drittel als HIV-infiziert. Hier handelt es sich um Schätzungen, die meist eher optimistisch angelegt sind.

Bordellbesucher, unter ihnen viele Ehemänner, sträuben sich in aller Regel dagegen, Kondome zu benutzen, weshalb HIV-Infektionen häufig auf Ehefrauen und Neugeborene übertragen werden.

Eine zweite Quelle der HIV-Verbreitung sind unkontrollierte Blutspenden, mit denen vor allem zahlreiche Arme Indiens einen Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten. Allerdings gibt es in nur vier indischen Großstädten Einrichtungen, die Spenderblut auf Kontamination hin untersuchen.

Ein dritter Ansteckungsherd sind schmutzige Nadeln, wie sie vor allem von Drogensüchtigen benutzt werden. Je näher sie um das Goldene Dreieck herum leben, umso mehr sind Asiaten von dieser neuen Form der Ansteckung bedroht, sei es nun in Nordostindien oder in Festlandssüdostasien.

In Vietnam gehen etwa 80% der bisher bekanntgewordenen 3.500 HIV- und Aids-Ansteckungen auf intravenöse Einspritzungen mit kontaminierten Nadeln zurück.⁶²

Sowohl das Sex- als auch das Drogenbusiness entwickelt sich, wie diese Zahlen zeigen, immer mehr zu einer Industrie des Todes, so daß eine wirksame Bekämpfung der hier entstehenden Ansteckungsgefahr nur durch eine systematischere Überwachung der Prostitution, vor allem aber durch eine intensivere Drogenbekämpfungspolitik erreicht werden könnte.

Doch türmen sich hier gewaltige Hindernisse auf:

Drogenbekämpfung z.B. findet überall dort ihre Grenzen, wo eine korrupte Bürokratie oder vielleicht sogar die Regierung selbst ihre Hände mit im Geschäft hat.

Fast noch frustrierender aber ist das Scheitern vieler Gesundheitskampagnen:

In Malaysia etwa, wo der Islam Staatsreligion ist und die

⁶⁰SCMP, 22.3.96 und SOAa, 1996/3, S.233.

⁶¹Dazu SOAa, 1995/11, S.483 m.N.

⁶²SOAa, 1996/5, S.233.

Zahl der HIV-Infektionen sich zwischen 1993 und 1994 verdoppelt hat, opponieren fundamentalistische Gruppen dagegen, daß Jugendliche Sexualunterricht erhalten und daß im Land der Gebrauch von Kondomen propagiert wird.

Auf den mehrheitlich katholischen Philippinen, wo die Regierung eine Anti-Aids-Kampagne zu starten versuchte, erhoben Kirchenfürsten den Vorwurf, die Regierung spiele die Aidsgefahr hoch, um gleichsam durch die Hintertür ihre bevölkerungsplanerischen Ziele doch noch verwirklichen zu können.

Lediglich im konfuzianischen und im theravadabuddhistischen Asien sind solche Widerstände geringer, so daß hier mehr Anlaß zu Hoffnung besteht. Einen über Thailand hinausreichenden Ruf hat sich der Bangkokener Gesundheitsminister Mitschai Wirawaidja erworben, der wegen seiner Kampagnen als „Mister Kondom“ bekannt wurde und der am liebsten alle Nachtclubs und „Go-go-Bars“ schließen möchte. Mit seinen Erfolgen verbindet die WHO viele Nachahmungshoffnungen.

3.4.4.1.3.2

Ausbildungsmängel

Auch beim Analphabetismus und bei der Unterernährung von Kindern rangierten einige asiatische Länder weltweit mit am unteren Ende:

- In China lag die Zahl der Männer, die nicht lesen und schreiben konnten, im Jahre 1995 beispielsweise bei 166 Mio., die der Frauen bei 119 Mio., in Indien bei 291 bzw. 183 Mio. Kein anderes Land der Dritten Welt, das diesen beiden „Schlußlichtern“ zahlenmäßig auch nur mit Abstand nahe gekommen wäre! Im Bevölkerungsreichen Brasilien beispielsweise lagen die Vergleichswerte bei 18:9, im Iran bei 12:8 und in Nigeria bei 26:16.⁶³

- Auch bei der Zahl der unterernährten Kinder nehmen China (19 Mio.) und Indien (72 Mio.) sowie Bangladesch (11 Mio.) negative Spitzenwerte ein.

3.4.4.1.4

Einkommensgefällestufen

Lediglich beim Kriterium des Einkommens-Gefälles, das dadurch errechnet wird, daß das Einkommen der 20% best- mit demjenigen der 20% schlechtest-verdienenden Bevölkerungsteile in Verbindung gesetzt wird, zeigt sich wieder eine gewisse „asiatische“ Kongruenz. Dieses Verhältnis belief sich im Zeitraum 1981 bis 1993 in Bangladesch z.B. auf 4,1, in Pakistan und Indien auf 4,7, in Indonesien auf 4,9, in Vietnam auf 5,6, in Südkorea auf 5,7, in China auf 6,5, auf den Philippinen auf 7,4, in Thailand 8,3, in Hongkong auf 8,7, in Singapur auf 9,6 und in Malaysia auf 11,7.⁶⁴

Verglichen mit extrem uneinheitlich - und damit „ungerecht“ - strukturierten Ländern wie Panama (29,9), Guatemala (30) und Brasilien (32,1), aber auch mit afrikanischen Ländern wie Kenia (18,2) oder Tansania (26,1) präsentieren sich die asiatischen Staaten fast wie Ausbünde sozialer Gerechtigkeit, wenngleich auch hier noch dringender Egalisierungsbedarf besteht.

Die Liste der sozialen „Entbehrungen“ ließe sich beliebig verlängern, angefangen vom täglichen Kaloriendefizit über das Elend der Säuglingssterblichkeit bis hin zum Stadt-Land-Gefälle. Doch zeigen bereits die hier präsentierten vier Sektoren, daß die „soziale Sicherung“ auch in Asien

längst zu einem Thema, ja zu einer Zeitbombe geworden ist, deren Entschärfung zunehmende Aufmerksamkeit erfordert.

3.4.4.2

„Sozialpolitik“ im traditionellen Asien

Während in den westlichen Industriestaaten die Sozialsysteme a priori den drei Grundprinzipien der Eigenverantwortung, der Subsidiarität und der Solidarität verpflichtet sind, wobei die Akzente in den einzelnen Staaten höchst unterschiedlich auszufallen pflegen, hat das traditionelle Asien fast nur dem Eigenverantwortungs- und dem Subsidiaritäts-Grundsatz gehorcht, Solidaritäts-Gesichtspunkten aber kaum je wirkliche Beachtung gezollt.

Ganz in diesem Sinne waren es in den konfuzianischen Gesellschaftsordnungen vor allem die Familie, der großfamiliäre Clan und die in Südchina mit einem Clan häufig identische Dorfgemeinschaft, die ihre Versorgung selbst in die Hand nahmen und, wenn nötig, das Erwirtschaftete auch in Eigenregie verteidigten: man denke etwa an das von dem japanischen Regisseur Akira Kurosawa verfilmte Dorfepos der „Sieben Samurai“, in dem dieses Eigenverantwortungsbrauchtum aufs eindringlichste vor Augen geführt wird.

Subsidiäre Staatshilfe pflegte erst dort einzusetzen, wo das Gleichgewicht des Ganzen aus den Fugen zu geraten drohte, wobei die Bürokratie meist mit zwei Haupthilfsmitteln arbeitete, nämlich direkt und kurzfristig mit der Verteilung von Nahrungsmitteln aus den öffentlichen Getreidespeichern, indirekt und langfristig aber mit der Wiederherstellung von Gleichgewichten, sei es, daß in Notzeiten öffentliche Aufträge vergeben, sei es, daß Beamte verschärft auf Korruption überwacht oder daß Antiluxusmaßnahmen neu in Erinnerung gebracht wurden. Es wäre allerdings unangebracht, solche Maßnahmen als Erscheinungsformen von „Solidarität“ zu bezeichnen; vielmehr gehören sie zum Instrumentarium des (von Menzius so bezeichneten) *yangmin* (wörtl.: „Ernährung des Volks“), das als Ausdruck väterlicher Fürsorge der Beamtschaft gegenüber den „Kindern“ verstanden wurde, und mit dessen Hilfe man übrigens auch auf jene „Himmelszeichen“ zu antworten versuchte, die in Form sozialer Mißstände aufleuchteten und die nicht unbeachtet bleiben durften, sollte es nicht zu einem „Mandatsverlust“ der Bürokratie, vor allem aber der herrschenden Dynastie kommen.

Auch im Rahmen der hinduistischen Gesellschaft, die Familien und Clans einen vielleicht noch höheren Stellenwert beimaß als das Reich der Mitte, wurde „soziale Sicherung“ in erster Linie von den Familien gewährt - und zwar auch hier entsprechend dem Prinzip der Eigenverantwortung.

Dem Gedanken sozialer Absicherung diente darüber hinaus das *Jajmani*-System, welches sein Entstehen dem Umstand verdankte, daß die einzelnen Subkasten/Jatis auf Gedeih und Verderb miteinander kooperieren *mußten*. Da die oberen Kasten keine körperliche Arbeit - und nun gar Schmutzarbeit - verrichten dürfen, sind sie von den unteren (auf solche Dienste spezialisierten) Jatis seit Urgroßväterzeiten nicht weniger abhängig als umgekehrt diese von den Lohnzahlungen der oberen. Die Austauschbeziehungen waren - und sind - dyadisch, vererblich und bestanden zwischen den Haushalten verschiedener Jati-Angehöriger, wobei die erst unter britischer Kolonialverwaltung eingeführten schriftlichen Verträge lediglich als (deklaratorische) Beweisgrundlage betrachtet wurden. Das *Jajmani*-System wurde während der britischen Kolo-

⁶³ UNDP, a.a.O., S.176 f.

⁶⁴ UNDP, a.a.O., S.200 f.

nialzeit kodifiziert - und damit einklagbar.⁶⁵

Es paßt aber trotz dieser Verrechtlichung weder ins westliche Subsidiaritäts- noch ins Solidaritätsschema; vielmehr ist es sowohl seiner Herkunft als auch seiner Zweckbestimmung nach wettbewerbs- und solidaritätsfeindlich.

Als weiteres soziales Auffangnetz spielt in der traditionellen Hindugesellschaft die Mildtätigkeit eine wichtige Rolle, die mit dem Alleinheits-Gedanken zusammenhängt und die im übrigen dazu geführt hat, daß Bettelei zum zweitwichtigsten Gewerbe im modernen Indien werden konnte.

Was die theravadabuddhistischen und malaio-islamischen Gesellschaften anbelangt, so sind die Familien- und Gruppenbeziehungen dort wesentlich schwächer ausgeprägt als im konfuzianischen oder im hinduistischen Kontext. Nicht zuletzt kommt dort auch dem Sparen ein geringerer Stellenwert zu, sei es, daß Einkommen zur Ansammlung von religiösem Karma (Theravadabuddhismus) verausgabt oder in rituelle Selamats, d.h. in Gastmähler für die Nachbarn und die Animae (Malaio-Islam) „investiert“, also im Sinne der westlichen Volkswirtschaftslehre letztlich nicht produktiv, sondern konsumtiv angelegt werden. Große Kapitalansammlungen, die als Polster für Sozialleistungen dienen könnten, scheiden damit von vornherein aus; statt dessen beschränkt sich der einzelne „Sparer“ auf *harta*, d.h. auf das Sammeln von Schmuck, Edelsteinen oder Gold und Silber.

Als Ausgleich für diese Solidaritätsdefizite im Sozialbereich stellen Buddhismus und Islam aber Ersatzmechanismen zur Verfügung, die gewissermaßen „subsidiär“ wirken: sowohl im Buddhismus als auch im Islam ist dies das weitverbreitete Almosengeben: Ohne Unterstützung durch die Laien wäre beispielsweise die theravadabuddhistische Verwirklichung des Mönchsideals unmöglich. Mönche leben von milden Gaben der Gläubigen: wer ihre Reisschale füllt, erhält dafür Karma. Dasselbe gilt, wenn auch in geringem Maße, für milde Gaben an Laien. Selbst buddhistische Könige können sich dadurch „verdient“ machen, daß sie Wohlfahrtseinrichtungen unterhalten und es den Laien dadurch ermöglichen, sich dem Wesentlichen, nämlich der Versenkung, zu widmen, ohne sich in Arbeit aufreiben zu müssen. Dies zumindest war die Grundlage des Ashoka-Laienbuddhismus.

Im Islam ist das Almosen („Zakat“) einer der fünf „Grundpfeiler“ des Gesetzes, und wurde von Mohammed selbst in eine geregelte Steuerabgabe verwandelt.

Mit dem Zerfall der traditionellen Dorfmilieus, mit dem Entstehen von Metropolen, mit der neuen Mobilität und der damit einhergehenden Völkerwanderung, die sich z.T. als Arbeitssuche, z.T. aber auch als Fluchtbewegung ereignet, beginnen all diese traditionellen Formen der sozialen Absicherung brüchig zu werden, ohne daß die meisten asiatischen Staaten gegen die damit entstehenden Lücken im Sicherheitsnetz auch nur annähernd hätten Vorsorge treffen können.

Überdies werden viele der im Zeichen des neuen „asiatischen Wirtschaftswunders“ erzielten Wachstumserfolge durch Öko- sowie durch Sozialdumping erkaufte. Damit aber verlagern sich die Kosten kurz- und mittelfristig auf die ärmeren Schichten, langfristig aber auf die nächsten

Generationen, von den ökologischen Langzeitwirkungen gar nicht erst zu reden.

3.4.4.3

Perspektiven asiatischer „Sozialpolitik“

Individuelle Nöte waren in Asien, ebenso wie im alten Europa, als „normal“ empfunden - und als unvermeidlich in Kauf genommen worden, solange sie nicht die soziale Symmetrie sprengten. Wo allerdings „Disproportionen“ zu einer Gefährdung des inneren Friedens und der „Harmonie“ führten, begannen auch bei der Bürokratie die Alarmglocken zu schrillen - und „sozialpolitische“ Maßnahmen direkter und indirekter Art zu greifen (dazu oben 3.4.4.2).

Bezeichnend für abwartendes Verhalten dieser Art ist auch heute noch die Einstellung der VR China, die in aller Regel zwar keine Individualrechte des einzelnen gegen den Staat, wohl aber Sozialrechte anerkennt: also Rechte der Gesamtheit auf die Funktionsfähigkeit der staatlichen Verwaltungseinrichtungen, auf die Verfolgung von Störern der öffentlichen Ordnung, auf Schutz des gesellschaftlichen Friedens, auf die Schaffung günstiger ökonomischer Bedingungen, auf Entwicklung und Überleben, auf eine „sozialistische geistige Zivilisation“ sowie auf eine heile Umwelt.

In ihrem Weißbuch vom November 1992 forderte die VR China, daß das „Recht auf Leben“ den obersten Rang einnehmen solle, an zweiter Stelle schließe sich das „Recht auf Frieden und Entwicklung“ sowie auf eine heile Umwelt an. Erst mit weitem Abstand und ganz am Ende folgten dann die liberalen Abwehrrechte im westlichen Sinne, die von „gewissen Regierungen“ (gemeint waren die USA!) leider immer wieder als Anlaß für Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten mißbrauchen würden.

Eine Zeitlang hatte es die VR China meisterhaft verstanden, in aller Welt den Eindruck zu verbreiten, als sei das von ihr in den 50er Jahren aus der Taufe gehobene Sozialsystem eine Art Patentlösung auf alle Fragen der neuen Gesellschaft. Bei genauerem Hinsehen stellte es sich jedoch heraus, daß lediglich die staatlichen Arbeiter und Angestellten mit einer Art „sozialer Vollkaskoversicherung“ ausgestattet worden waren, während die „restlichen“ 90% der Bevölkerung, vor allem die Bauern, nach wie vor selbst darauf achten sollten, wie sie sich über Wasser hielten. Anfangs geschah dies noch mithilfe des traditionellen „Sozialversicherungssystems“, nämlich der Versorgung des einzelnen durch die Familie. Seit Beginn der Reformen verlor diese altbewährte Methode jedoch an Wirksamkeit, weil sich die Familie mit der neuen Gleichung „Eine Familie ist gleich ein Kind“ konfrontiert sah. 1986/87 wurde dann zwar ein anonymes Sozialversicherungssystem nach dem Schema der Bismarckschen Sozialgesetzgebung eingeführt, doch ist die Hoffnung, daß die dort eingezahlten Beträge je ausreichen könnten, um die wachsenden Ansprüche zu befriedigen, nicht gerade überwältigend.

Sogar die wirtschaftlich fortgeschrittenste Nation Asiens, Japan, ist noch weit davon entfernt, den wachsenden Anforderungen an eine ausreichende soziale Sicherung zu genügen. Während die Zahl der Neugeborenen laufend zurückgeht (1993 bestritten die unter 14-Jährigen gerade einmal 16,7%), wuchs der Altenanteil im gleichen Jahr auf 14% - und kam damit schon dicht an die 15% Deutschlands und die 16% Englands heran - mit schnell steigender Tendenz. Längst hat Japan damit das UNO-Kriterium für eine „alte Gesellschaft“, nämlich für einen Altenanteil von mehr als 7%, überschritten; auch wächst dieser Anteil in Japan schneller als in jeder anderen Industrienati-

⁶⁵Lewis, Oscar, *Village Life in Northern India*, Urbana 1958, S.60 ff.

on, da Japaner seit 1977 die höchste Lebenserwartung der Welt haben: bei Männern beträgt sie 77, bei Frauen sogar 83 Jahre. Jeder achte japanische Haushalt ist bereits ein reiner Seniorenhaushalt. Wurde hohes Alter - ganz auf der Linie der konfuzianischen Tradition - früher noch als Glückszustand beschrieben, so verbindet es sich heutzutage fast nur noch mit negativen Vorstellungen: „Mehr alte Menschen“ werden mit „mehr Problemen“ gleichgesetzt - und als Belastung empfunden. Weit davon entfernt, neue Lebensinhalte (*ikigai*) der Senioren zu eruieren, richtet sich die öffentliche Diskussion fast nur noch auf die Frage, wie ihre wachsende Zahl zu finanzieren sei. Neben den privaten Versicherungen haben sich drei staatliche Rentensysteme etabliert, nämlich die Nationale Rentenversicherung (für Selbstständige), die Angestelltenrentenversicherung (für Arbeitnehmer im Privatsektor) und die „Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit“ für Angestellte im öffentlichen Dienst. Allerdings beginnen diese Versicherungen mit ihrer Auszahlung erst fünf Jahre nach der Pensionierung, so daß sich - eine einzigartige Lücke im japanischen System! - zwischen Arbeitsende und Rentenbeginn ein „Loch“ von fünf Jahren auftut - und dies zu einer Zeit, da die angehenden Rentner oft noch unter dem Druck lastender Zahlungsverpflichtungen stehen, z.B. für die Ausbildung der Kinder.

Neben der Altersrente gibt es noch die beiden anderen großen Pfeiler der Sozialversicherung, nämlich die Krankenversicherung und die Sozialhilfe, welche letztere in Japan allerdings wesentlich seltener in Anspruch genommen wird als in Deutschland, weil strikte Kriterien von seiten der Behörden, aber auch Unkenntnis und nicht zuletzt das weitverbreitete Schamgefühl, auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein, das die Zahl der Antragsteller gering bleiben läßt. Was die Pflegeversicherung angeht, so erscheint sie, auch hier wiederum im Gegensatz zu Deutschland, in Japan einstweilen kaum vorstellbar, weil dort nach wie vor die Eigenversorgung im Vordergrund steht. Diskutiert wird allerdings die Einschaltung kommerzieller Pflegedienste, die angeblich billiger kommen als Einweisungen in staatliche Krankenhäuser. Auch sehen Teile der japanischen Wirtschaft, vor allem die „Silver Industries“ in den Alten ein wachsendes, und damit interessantes, Nachfragepotential.

Die japanische Diskussion geht davon aus, daß das jetzige Rentensystem im großen und ganzen beibehalten wird. Da angesichts verlangsamten Wirtschaftswachstums allerdings, ähnlich wie in Deutschland, das Problem der „leeren Kassen“ immer mehr auf den Fingern brennt, scheint die Einführung einer „Zwecksteuer“ nicht mehr in allzu weiter Ferne zu liegen - einer Steuer also, die ausschließlich zur Finanzierung der Sozialleistungen dienen soll. Die Versuche von Ministerpräsident Hosokawa, eine solche Steuer einzuführen, stieß allerdings auf breiten Protest und mußte deshalb verschoben werden.

Eine hohe private Sparrate und eine niedrige Staatsquote nähren die Hoffnung, daß die soziale Absicherung auch in Zukunft hauptsächlich durch eigenverantwortliches Bürgerverhalten sichergestellt - und damit wieder an eher traditionelle Formen angeknüpft werden kann.

Sowohl hier in Japan als auch in anderen Erfolgsstaaten Asiens stellt sich überall die Frage, ob Sozialpolitik je in gleichem Ausmaß „verbürokratisiert“ werden kann - und soll - wie in Europa, und ob nicht eher soziale Agenturen, vor allem in Form von Grundeinheiten und NGOs (Non Governmental Organizations) ein höheres Maß an Verant-

wortung übernehmen sollten.⁶⁶

Wo schon Japan, Hongkong, Singapur oder Taiwan Schwierigkeiten mit der Befriedigung sozialer Ansprüche haben, sieht es in anderen, wirtschaftlich weniger erfolgreichen Staaten wesentlich düsterer aus. Auf sie alle dürfte früher oder später eine „soziale Atombombe“ zukommen.

3.5

Zeitbombe Umweltdumping

3.5.1

Armut und Skrupellosigkeit

Zwischen Wachstum, sozialen Entwicklungen und Umwelt besteht ein enger Zusammenhang - und dies vor allem in einem unter Bevölkerungsexplosionen leidenden Erdteil wie Asien: wo Menschen arm sind, tickt die Zeitbombe weiterer ökologischer Verschlechterungen, während umgekehrt wohlhabendere Gesellschaften zumindest die Chance besitzen, auch mit der Umwelt pfleglicher umzugehen.

Zu den beiden Hauptursachen für Umweltschädigungen gehört aber nicht nur die Armut, sondern auch rücksichtsloser Umweltverbrauch im Interesse schnelleren Wachstums - ein Tatbestand, der in der westlichen Welt seit langem bestens bekannt ist und der mittlerweile auch einigen schnellwachsenden Erfolgswirtschaften Asiens bewußt geworden ist, ohne daß daraus bereits Konsequenzen gezogen würden, da Umweltdumping vielfach noch in Kauf genommen wird, sei es nun durch Wasserverschwendung, durch kommerzielles Abholzen oder durch Entsorgung von Giften und Abgasen in die Umwelt, die ja „nichts kostet“.

3.5.2

„Kogai“

Die ostasiatischen Wirtschaftserfolge sind zwar, wie in einem späteren Abschnitt dieser Serie noch näher darzulegen, hauptsächlich durch zahlreiche positive Antriebsfaktoren wie Marktdienlichkeit, Korporatismus und Exportorientierung, durch hohe Investitionen in die Wirtschaft und in den Menschen sowie durch eine glückliche Mischung von Elementen des überkommenen Wertesystems konditioniert, sie zehren zu einem nicht geringen Teil aber auch von einem jahrzehntelangen Umweltverbrauch - und könnten deshalb schon mittelfristig wieder auf den Teppich zurückgeholt werden.

Bereits Japan ist in seinem frühen Entwicklungsstadium mit dem „kogai“, d.h. mit Umweltzerstörungen, höchst bedenkenlos zu Werke gegangen, vor allem in den Jahren zwischen 1960 und 1980, also in den Flegeljahren des Turbowachstums. Als Folge davon sind Begriffe wie „Yokkaichi-Asthma“, „Minamata-Krankheit“ und „Itai-itai“ zu Schlagworten geworden: In der Stadt Yokkaichi, einem Zentrum der petrochemischen Industrie erkrankten - und starben - Anfang der 60er Jahre viele Menschen an chronischem Asthma - Folge skrupelloser Luftverschmutzung durch die dortige Industrie; in der Kleinstadt Minamata (auf Westkyushu) kam es zu Quecksilbervergiftungen, die so verheerend waren, daß die japanische Öffentlichkeit schlagartig wie aus einem Traum erwachte. Ähnliche Wirkungen zog auch die Itai-itai (wörtl. „Au-au“) -Krankheit nach sich, die durch Cadmium verursacht wurde, das in vielen Landstrichen Japans durch Flutung der Reisfelder auf die Ackerböden und von dort - via Reis-

⁶⁶Näheres dazu Friederike Bosse, „Überalterung der Bevölkerung stellt neue Anforderungen an Japans Sozialpolitik“, in Manfred Pohl (Hrsg.), *Japan 1993/94*, Hamburg 1994, S.84-111.

korn - in die Nahrungskette gelangte.

Zwar lösten die damaligen Erkrankungskatastrophen einen tiefgehenden Umdenkungsprozeß aus, so daß die ersten fortschrittlichen Umweltgesetze bereits 1967 erlassen wurden, doch verhält sich die japanische Wirtschaft auch heutzutage alles andere als rücksichtsvoll, da sie viele Probleme schlicht über die Grenzen des eigenen (insularen) Landes hinaus - verlagert und die Reinigung sowie die Vorverarbeitung der meisten Rohstoffe seitdem auf den Philippinen sowie in anderen Teilen Südasiens besorgen läßt. Auch Japans Walfangpraktiken, seine Treibnetzfisherei und seine Tropenholzimporte zeigen, daß der Wohlstand des Landes immer noch auf Kosten der Umwelt geht - wenn auch einer weit von den japanischen Inseln entfernten Umwelt. So kontrollieren beispielsweise japanischen Importeure rund 30% des Weltmarkts für Nutzholz - Folge des gewaltigen Holzverbrauchs in Japan, wo alles und jedes, angefangen von Eßstäbchen bis hin zu Häusern, aus Holz gefertigt wird - ganz zu schweigen vom Papierverbrauch, der in Japan 1995 z.B. bei 231 kg pro Kopf lag - weitaus höher als etwa in Deutschland (201 kg) und Schweden (195).

Geht schon Japan sorglos mit der Umwelt um, so erst recht das übrige Asien:

Mit den rühmlichen Ausnahmen von Tokyo, Osaka oder Singapur ersticken mittlerweile fast sämtliche Großstädte des Kontinents in Schmutz und Lärm.

Den Asien-Rekord an Luftverschmutzung hält die nordchinesische Industriestadt Shenyang. Schlimm genug ist es aber auch um Beijing bestellt, dessen Abgasbelastung 35mal höher liegt als diejenige Londons und 16mal höher als diejenige Tokyos. Dabei steht der Höhepunkt der Luftverschmutzung erst noch bevor: Im Zeitraum zwischen 1991 und 2000 wird sie sich in Seoul und in Bangkok vermutlich noch einmal verdreifachen und in Taipei, Jakarta und Kuala Lumpur zumindest verdoppeln.

Hauptverursacher in den Städten ist die von Jahr zu Jahr explosionsartig zunehmende Fahrzeuglawine, vor allem die dieselgetriebenen Taxis, Minibusse und LKWs. In Beijing beispielsweise sorgen Straßenfahrzeuge für 75% der Verschmutzung, in Kuala Lumpur für 86% und in Taipei sogar für 95%. Dabei ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht, da das Straßenverkehrsübel in ganz Südostasien z.Z. jährlich um 10% zunimmt, also im wahren Sinne des Wortes explodiert. In Bangkok kommen jeden Tag rund 500 neue Autos hinzu ein Jahresanstieg um +14%, womit der Spitzenrekord in Asien erreicht ist. Aber auch in Taipei hat sich die Zahl der Motorräder, der Autos und der Busse seit 1985 mehr als verdoppelt. Dasselbe ist in Kuala Lumpur der Fall - und dies, obwohl sich das städtische Straßennetzwerk überall nur halb so schnell ausgedehnt hat.

Eine weitere Ursache für die Luftverschmutzung ist der ungezügelter Bauboom in den asiatischen Städten. Jeder Besucher in einer asiatischen Metropole braucht nur eine halbe Stunde lang durch die Straßen zu schlendern, um in Atemnot zu kommen und nur noch von dem einen Wunsch erfüllt zu sein, wieder möglichst schnell ins Hotel zurückzukehren: Überall sind Preßluftschlämmer in Bewegung, an allen Ecken und Enden verrichten Abrißbirnen ihr Werk und überall auch wachsen Hochhäuser in den Himmel, die ihrerseits reinigenden Winddurchzug abhalten. Die Luft ist voller Schwebstoffe und angereichert mit Blei (Katalysatoren sind bei Pkws noch die große Ausnahme!), Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid und anderen gifti-

gen Substanzen, die Allergien hervorrufen, Nase und Augen wässrig werden lassen, Niesanfalle hervorrufen und Kopfweh erzeugen. Kein Wunder, daß in einigen Städten, z.B. in Taipei der Lungenkrebs zur Haupttodesursache geworden ist. Unter den hohen Bleikonzentrationen leiden vor allem Kinder, deren Fähigkeit zur Aufmerksamkeit nachläßt und die immer aggressiveres Verhalten an den Tag legen. Kein Europäer, dem beim Besuch der asiatischen Durchschnittsmetropole nicht immer wieder das Wort „Lebensqualität“ durch den Kopf ginge!

Ein dritter Schmutzverursacher sind Eisen- und Stahl- sowie Düngemittel- und Zementwerke, aber auch Papier- und Textilfabriken, die vor allem dann auf Kosten der Umwelt gehen, wenn sie auch noch mit Kohle betrieben werden. Kein Land in Asien verbrennt mehr Kohle als die VR China, die rund 70% ihrer Energie auf Kohlebasis erzeugt, und damit nicht nur das eigene Land mit Schwefel und Monoxid-“Drachen“ überzieht, sondern auch in den Nachbarländern den Himmel dunkel werden läßt. Fünf der zehn meistverschmutzten Städte der Welt befinden sich in China. Rund 30% des Landes, vor allem im Süden, werden periodisch von saurem Regen heimgesucht. Unter diesen Umständen kann China fast noch von Glück sprechen, daß es dort ohnehin nur noch wenige Wälder gibt. Nach einer Studie der Universität Tokyo sind 30% des sauren Regens in Westjapan chinesischer Herkunft. Darüber hinaus geht rund ein Drittel der schwefelsauren Verschmutzungen in Südkorea von China aus!

Die verschmutztste Stadt Asiens ist nach einer Studie der Weltbank, wie bereits erwähnt, das nordostchinesische Shenyang, wo die Schwefeldioxidkonzentration 13mal über der Toleranzgrenze der einschlägigen US-Standards liegt. Als Folge davon wuchs die Zahl der an Atemwegserkrankungen gestorbenen Personen zwischen 1983 und 1990 um 250%. Immerhin neutralisiert der im Norden überall vorhandene alkalihaltige Staub in der Luft wenigstens teilweise die bei der Verbrennung von Kohle erzeugten Sulfate und Nitrate. Anders im feuchten Süden, wo Kohle mit bis zu 7% Schwefelgehalt verbrannt wird (in Europa sind es i.d.R. nur etwa 2% Schwefel!).

3.5.3

Gegenmaßnahmen - und ihre Grenzen

Zwar hat die VR China seit Beginn der 80er Jahre zahlreiche höchst fortschrittliche Gesetze erlassen, bis Ende 1995 insgesamt 364 durchaus konkrete Umweltkriterien festgelegt, zahlreiche umweltbezogene Organe eingerichtet und auch Kampagnen (zur Aufforstung, zur Verbesserung von Weideland, zum Kampf gegen das weitere Vordringen der Wüste sowie zur ökologischen Umgestaltung der Landwirtschaft) gestartet. Das Problem besteht jedoch hier, genauso wie in anderen asiatischen Ländern darin, daß zwischen Theorie und Praxis eine immer noch allzuweite Lücke klafft. Da nützt es auch nichts, daß bis Oktober 1996 rund 42.000 besonders umweltschädliche Industriebetriebe dichtzumachen hatten. Beijing jedenfalls kann den Vollzug solcher Meldungen nicht nachkontrollieren, zumal lokale Betriebe in aller Regel mit der lokalen Verwaltung unter einer Decke stecken und ein Großteil des „Wirtschaftswunders“ von jenen unzähligen neuen Unternehmen erbracht wird, die abseits der Metropolen in Kleinstädten und Dörfern entstanden sind und ihre Erfolge auf Kosten der Umwelt erzielen: Ungeklärt werden die Abwässer dieser Kleinbetriebe in Seen, Flüsse und Kanalnetze eingespeist. Niemand, der den jährlichen Ausstoß dieser ländlichen Kleinunternehmen an Schadstoffen auch nur annähernd beziffern könnte! Die häufigsten Ver-

unreinigungen in den Wasserabzugskanälen bestehen aus Phenolen, Schwermetallen und organischen Abfällen der Lebensmittelindustrie.

Mittlerweile gibt es in einigen der gereiften Erfolgsstaaten zwar Ansätze zur Umweltbewegung, vor allem in Japan, in Taiwan und in Thailand; unterstützt werden sie von örtlichen Handelskammern, die vor allem Angst davor haben, daß die zunehmende Umweltverschmutzung potentielle Investoren verschrecken könnte.

„Grüne“ Ansätze dieser Art werden jedoch sogleich wieder durch eine breite Front von Transportunternehmern, von Maklern und von Regierungsfunktionären blockiert, die finster entschlossen sind, kurzfristige Gewinne über Umweltbedenken zu stellen. Ein Beispiel dafür ist die malaysische Regierung, die es ihrer Paradeindustrie, nämlich dem Hersteller von „Proton“-Autos gestattet, PKWs für den Inlandsmarkt ohne Katalysator auf den Markt zu bringen, die aber gleichzeitig Wert darauf legt, daß Exportautos mit allen nötigen Umwelteinrichtungen ausgestattet sind!

Obwohl die Umweltverschmutzung in den meisten asiatischen Erfolgsstaaten längst ein Ausmaß erreicht hat, das im empfindlich gewordenen Europa von niemandem mehr akzeptiert würde, gibt es, von einigen NGOs, Handelskammern und Regierungsabteilungen abgesehen, in Asien derzeit noch erstaunlich wenig Widerstand gegen die fortschreitende Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts. Offensichtlich müssen auch hier erst einmal flächendeckende Katastrophen à la Bhopal, Yokkaichi oder Itai-itai eintreten, bevor effiziente Gegenstrategien überhaupt in Erwägung gezogen werden. Schreckensvisionen dessen, was eines Tages auf ganz Asien zukommen könnte, liefert schon heute eine Großmetropole - nämlich Bangkok, das Asienbesuchern der 60er Jahre noch als Idylle in Erinnerung ist.

Vorerst schützen sich die Behörden vor dem Horror der „Bangkokisierung“ noch mit einem Einerseits-Andererseits. Als Beispiele hierfür seien Japan und China genannt:

- Japan hat in der Zwischenzeit zwar sein eigenes Haus umweltpolitisch weitgehend in Ordnung gebracht, verlagert seine Probleme dafür aber umso cleverer auf andere Länder, betreibt m.a.W. also klassisches Öko-dumping.

- Was China anbelangt, so steuert es inzwischen einen Dreifachkurs, der sich vor allem auf die Betriebe, auf Absatzbewegungen von der Kohle und auf Aufforstungsmaßnahmen konzentriert:

- Wie schon bei der Organisationsreform, die hauptsächlich in den 80er Jahren durchgezogen wurde, steht auch bei der Umweltreform wieder einmal der Betrieb im Zentrum der politischen Bestrebungen. Seit Beginn der 90er Jahre wird hier auf die sog. „Drei Gleichzeitigkeiten“ geachtet, nämlich auf „gleichzeitige“ Berücksichtigung der Umwelt beim Entwurf, beim Bau und bei der Inbetriebnahme von Produktionsprojekten. Angeblich wurden bis Mitte 1995 60% der Bauprojekte von der Kreisebene aufwärts auf solche Umweltbelange untersucht; 87% haben angeblich auch die „Drei Gleichzeitigkeiten“ durchgeführt. Betriebe, die sich als vorbildlich erweisen, werden als Modelle herausgestellt und anderen zur Nachahmung empfohlen.

- Zweitens erfolgt im Kampf gegen Verschmutzung durch übermäßigen Kohleeinsatz eine stückweise Umstellung auf Hydroenergie (das „Drei-Schluchten-Projekt“ am Yangzi gehört mit zu diesen neueren „Alternativen“), werden Grünflächen in den Städten erweitert sowie Naturschutz-

parks vermehrt gegründet: alles Tropfen auf den heißen Stein!

Im Kampf gegen die zunehmende Überschwemmungsgefahr und gegen das Vordringen der Wüsten gibt es, drittens, den Plan einer „Großen Grünen Mauer“ mit drei Schutzwaldgebieten in Nordostchina, Nordchina und Nordwestchina sowie am Ober- und Mittellauf des Yangzi. Desweiteren sollen aus 1,3 Mio. ha versandetem Gebiet Ackerflächen, Viehweiden und Obstplantagen gewonnen werden; damit wären 12% der verwüsteten Böden reguliert und 10% unter Kontrolle (gegen weitere Degradierung) gebracht.

Was die Auswirkung dieser Planung anbelangt, so sind in den letzten drei Jahrzehnten zwar massive Aufforstungsmaßnahmen durchgeführt worden, doch blieb der Erfolg eher bescheiden, da nur etwa ein Drittel der Jungbäume Wurzeln schlugen.

Hand in Hand mit solchen Maßnahmen setzt China - seiner alten konfuzianischen Tradition folgend - vor allem auf die Umwandlung des Denkens im Zuge großangelegter Umwelterziehungsversuche.

Die Kehrseite der Medaille besteht jedoch darin, daß die meisten dieser ganz gewiß gutgemeinten Ansätze ins Leere gehen, da sie von kontraproduktiven Maßnahmen begleitet werden. Kontraproduktiv in diesem Sinn wirkt beispielsweise die Zulassung, ja Förderung einer Privatautokultur, wirkt ferner das Fortbestehen der wirtschaftlich so erfolgreichen, ökologisch aber katastrophalen Kleinindustrie auf den Dörfern und wirkt sich nicht zuletzt auch die Weiterverwendung von Kohle aus, für die es auch längerfristig keine Alternative gibt, es sei denn, daß man verstärkt auf Atomkraft- und damit vielleicht auf Dutzende von „Tschernobyls“ - setzt.

Anders als Japan betreibt China das Ökodumping nicht außerhalb seiner eigenen Grenzen (wenn man einmal von der als solcher unbeabsichtigten Luftverunreinigung in den Nachbarländern absieht), sondern im eigenen Land. Damit aber läuft es, vergleichbar anderen „Tigern“ und „Drachen“, Gefahr, sich langfristig den Boden unter den eigenen Füßen wegzuziehen. Hohes Wachstums und nachhaltige Entwicklung sind zumindest bisher nicht miteinander vereinbar: Allzusehr zehren die Gewinne an der ökologischen Substanz. Gleichwohl ist kaum jemals bereit, im Interesse des Umweltschutzes ein niedrigeres oder gar ein Null-Wachstum in Kauf zu nehmen. Zwar wurde das Wachstum 1996 etwas heruntergefahren - allerdings nicht im Interesse des Umweltschutzes, sondern im Kampf gegen Inflation und weitere Gleichgewichtsverluste: vor allem zwischen Produktion und Infrastruktur.

In China wäre, ebenso wie in den anderen metakonfuzianischen Ländern, viel zu erreichen, wenn Konsens über die Nachhaltigkeit von Produktion erzielt werden könnte. Solange die Menschen allerdings nicht davon überzeugt sind, daß Ökologie für sie und ihre Nachkommenschaft wichtiger ist als momentaner Zuwachs, dürften alle Anläufe zum Schutz der Umwelt ins Leere gehen. In Ländern mit wacher Öffentlichkeit, wie in Japan oder Taiwan, ist der Bewußtseinswandel zwar bereits verhältnismäßig fortgeschritten, doch werden Umweltbelastungen auch hier nicht a priori ausgeschaltet, sondern, wie erwähnt, a posteriori vielfach ins Ausland abgeschoben; nicht nur Japan, sondern auch Taiwan betreiben ja systematisch Öko- und übrigens auch Sozial-dumping, wie die intensiven Auslagerungen ganzer Produktionszweige Taiwans nach Südostasien, neuerdings

vor allem nach Vietnam und Kambodscha, beweisen.

Eine wirkliche ökologische Wende ist vermutlich nur von den großen Volkswirtschaften zu erwarten, die, anders als die kleineren „Drachenzonen“, ökologische Probleme nicht einfach verlagern können, sondern sie letztlich immer am eigenen Leibe zu spüren bekommen und deshalb früher oder später von ihren eigenen Bevölkerungen zum Handeln gedrängt werden - allen voran China, Indonesien und vielleicht auch Indien.

Solang eine solche grundlegende Wende i.S. eines ökologischen Konsenses nicht in Sicht ist, bleibt auch der Begriff der „Entwicklung“, wie er in den Köpfen der großen Mehrheit ausgebildet ist, einseitig und auf wirtschaftliches Wachstum, vielleicht auch noch auf „Entwicklung des Menschen“ eingeengt, hat allerdings kaum etwas mit Nachhaltigkeit zu tun. „Kurzfristige Entwicklung“ aber ist ein Trend, den sich die Asiaten am allerwenigsten wünschen sollten, wenn sie nicht langfristig zur Kasse gebeten werden sollten, und wenn ihnen nicht noch der letzte Rest an Lebensqualität abhanden kommen soll.

Da sich das Umweltbild der asiatischen Wachstumsstaaten so katastrophal ausnimmt, können sie auch keineswegs als Modell für andere Entwicklungsländer dienen.

Hoffnung besteht nur langfristig: Eine der wichtigsten Kategorien der konfuzianischen Ordnungsphilosophie ist das Gleichgewicht. Gleichgewichtigkeit ist ein Daueranliegen chinesischer Politik - und dort, wo sie fehlt, ein Daueranlaß zu nervöser Suche nach der Wiederherstellung von Symmetrien, sei es nun - im antiken Wortschatz ausgedrückt - zwischen „Himmel, Erde und Mensch“ oder, in moderner Ausdrucksweise, zwischen Ökonomie und Ökologie.

Kurz- und mittelfristig sind solche traditionellen Betrachtungsweisen, wie sie dem konfuzianischen Denken an und für sich immanent sind, beiseitegeschoben worden, da viele asiatische Länder im Zeichen der einstigen Kolonialisierung und der heutigen Globalisierung eine Identitätskrise durchlaufen und offensichtlich der Meinung sind, alle verfügbaren Mittel - u.a. auch ihre Umwelt - einsetzen zu müssen, um sich rechtzeitig optimale Startvorteile im nachkolonialen Wettrennen zu sichern. Langfristig dürften sie dorthin zurückzukehren, wo sie ihrem Selbstverständnis nach eigentlich hingehören, nämlich zur „Mitte“, und damit auch zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie.

Mag sein, daß zum Schutz der Umwelt eines Tages auch religiöse Aspekte wieder zum Tragen kommen: In ganz Asien spielen heilige Berge und Flüsse eine vor allem für die Volksreligiosität wichtige Rolle - man denke an die Verehrung des Kailash (im Hindukusch), des Gunung Agung auf Bali, der Vulkane auf Java, der Fünf dem Daoismus und der Vier dem Buddhismus heiligen Berge in China, oder des Fujisan in Japan. Erinnert sei auch an die heiligen Flüsse in Indien, allen voran den Ganges, der vom Himmel auf die Erde heruntergefallen ist, dort vom Haupt des Shiva aufgefangen wurde, und nun „reinigendes“ Wasser verströmt, in dem der fromme Hindu sich badet und den feinen Sündenschmutz wegwäscht. Was für den indischen Hindu der Ganges, ist für den nepalesischen Hindu der Bagmati, für den frommen Thai der Menam Chao Phaya, für den Birmanen der Salween sowie der Irrawaddy und für fromme Shintoisten der japanische Fluß Isuzu, der das Gelände des heiligen Schreins der Sonnengöttin in Ise durchströmt. In China werden die Berge als Drachen ver-

ehrt, denen man jahrhundertlang mit Mitteln des Fengshui auf der Spur war, um so Mensch und Natur in ein möglichst harmonisches Verhältnis zueinander zu bringen.

Auch Pflanzen, vor allem Bäume, gelten vielerorts als heilig, angefangen von dem allen Theravadabuddhisten heiligen Bo-Baum, unter dessen Zweigen Gautama Buddha seine Erleuchtung fand, bis hin zum südost- und südasiatischen Banyang-Baum und zu dem im Shinto-Ritual allgegenwärtigen Sakaki-Baum, der im Legendenkreis um die Sonnengöttin eine prominente Rolle spielt und mit dessen Zweigen apotropäische Zeremonien durchgeführt werden. In China ist die Akazie der Gegenstand fast religiöser Verehrung, vor allem im Schreingebiet von Qufu, dem Geburtsort des Konfuzius.

Von den drei möglichen Haltungen, die es gegenüber der Natur gibt (Unterwerfung, Beherrschung, Harmonisierung) hat die christlich-abendländische Kultur die Unterwerfungsoption gewählt („Macht euch die Erde untertan!“), die Mehrheit der asiatischen Kulturen aber den Harmonisierungsweg gewählt. Was Einfügung - oder besser das „Einschmiegen“ - in die Natur bedeutet, wird nirgends deutlicher als in der klassischen ostasiatischen Architektur und Landschaftsmalerei - man denke an die Teehäuser von Kyoto, an die Pavillons von Suzhou sowie an die Shanshui-Tuschspiele, auf denen der Mensch neben Kiefern, Felsen und Wasserfällen nur als einer von vielen Darstellungsgegenständen in Erscheinung tritt. Er drängt sich also nicht, wie in der europäischen Renaissance, in den Vordergrund, sondern ist Partikel einer allumfassenden Natur und einbezogen in das Gefüge der Polaritäten: von Himmel und Erde, Fels und Baum, von Festgefügtem und Schwebendem, Alltäglichem (Fischer bei der Arbeit) und Numinosem (Tempel auf dem nebelumhüllten Felsgrat) von Zehntausend Dingen und dem Leeren.

Diese „Frömmigkeit“, die nach Einklang mit der Natur verlangt, scheint im Umbruch zur Moderne vielfach abhanden gekommen zu sein - ja ist häufig genug in schiere Barbarei umgeschlagen, wie die oben beschriebenen Sünden gegen die Umwelt zeigen. Ganz in Vergessenheit freilich dürften die einstigen „Umwelt“-Traditionen ebensowenig geraten sein wie jener eiserne Bestand von Verhaltenstraditionen, der, wie in einem späteren Kapitel zu beschreiben, in einem Prozeß teilweiser Rückkehr begriffen sind. Die Hoffnung auf die Rückkehr der Harmonisierungstraditionen wiederum ist Ausgangspunkt für die Erwartung, daß der Umwelt künftig jener Stellenwert zurückgegeben wird, wie er in der Vergangenheit immer schon gewährt wurde und der im Hinblick auf die Zukunft unumgänglich ist, wenn sich „die“ Asiaten nicht den Boden unter den Füßen wegziehen wollen.